



**Vereinte Nationen**

# **Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen**

**Generalversammlung**

**Offizielles Protokoll**

**Neunundfünfzigste Tagung**

**Beilage 1 (A/59/1)**

**Generalversammlung**  
Offizielles Protokoll  
Neunundfünfzigste Tagung  
Beilage 1 (A/59/1)

# **Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen**



Vereinte Nationen • New York 2004

*Anmerkung*

Die Dokumentennummern (symbols) der Dokumente der Vereinten Nationen bestehen aus Großbuchstaben und Zahlen. Wo im Text eine derartige Kurzbezeichnung verwendet wird, handelt es sich um eine Bezugnahme auf ein Dokument der Vereinten Nationen.

# Inhalt

<i>Kapitel</i>	<i>Ziffer</i>	<i>Seite</i>
Abkürzungsverzeichnis .....		v
<b>I. Einleitung</b> .....	1-10	1
<b>II. Herbeiführung von Frieden und Sicherheit</b> .....	11-81	3
Konfliktverhütung und Friedensschaffung .....	14-40	3
Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung .....	41-58	11
Die Vereinten Nationen und die Regionalorganisationen .....	59-63	17
Wahlhilfe .....	64-67	18
Abrüstung .....	68-74	19
Terrorismus .....	75-77	20
Sanktionen .....	78-81	21
<b>III. Erfüllung der humanitären Verpflichtungen</b> .....	82-115	23
Schutz und Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene .....	84-91	23
Kordinierung und Erbringung humanitärer Hilfe .....	92-100	25
Bereitstellung von Finanzmitteln bei humanitären Notlagen .....	101-108	28
Naturkatastrophen-Management .....	109-110	30
Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten .....	111-115	31
<b>IV. Entwicklungszusammenarbeit</b> .....	116-196	33
Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele .....	116-141	33
Der Kampf gegen HIV/Aids .....	142-156	39
Nachhaltige Entwicklung .....	157-173	41
Afrika .....	174-188	44
Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer und der kleinen Inselentwicklungsländer .....	189-196	47
<b>V. Internationale Rechtsordnung und Menschenrechte</b> .....	197-232	50
Entwicklung auf dem Gebiet der Menschenrechte .....	197-206	50
Internationaler Strafgerichtshof .....	207-210	52
Internationale Gerichtshöfe .....	211-221	53
Stärkung der Herrschaft des Rechts .....	222-225	56
Rechtsangelegenheiten .....	226-232	58
<b>VI. Management</b> .....	233-262	60
Verwaltung and Management .....	233-245	60

Rechenschaftspflicht und Aufsicht.....	246-254	63
Stärkung der Vereinten Nationen .....	255-262	65
<b>VII. Partnerschaften</b> .....	263-294	67
Kommunikation .....	263-281	67
Fonds der Vereinten Nationen für Internationale Partnerschaften.....	282-287	70
Projektdienste.....	288-289	72
Zivilgesellschaft und Unternehmenspartnerschaften .....	290-294	72
<b>VIII. Fazit</b> .....	295-297	75

## Abkürzungsverzeichnis

ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen
BONUCA	Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik
ECE	Wirtschaftskommission für Europa
ECOWAS	Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten
ESCAP	Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik
ESCSA	Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IFAD	Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung
MINURSO	Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara
MINUSTAH	Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti
MONUC	Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo
NEPAD	Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas
OHCHR	Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte
UNAIDS	Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids
UNAMI	Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak
UNAMSIL	Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone
UNCTAD	Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNF	Stiftung für die Vereinten Nationen
UNFIP	Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften
UNFPA	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UNHCR	Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIDO	Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNMEE	Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea
UNMIK	Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
UNMIL	Mission der Vereinten Nationen in Liberia
UNMISSET	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Osttimor

UNOGBIS	Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau
UNOPS	Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste
UNRWA	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
VN-Habitat	Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen
WFP	Welternährungsprogramm
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WTO	Welthandelsorganisation

## Kapitel I

### Einleitung

1. Die Vereinten Nationen haben ein außerordentlich schwieriges Jahr hinter sich gebracht. Der Sicherheitsrat musste sich mit den Kontroversen um die Irakkrise und die Nachkriegsrolle der Organisation befassen. Die Nachfrage nach Friedenssicherungseinsätzen aus mehreren Ländern, die gerade einen gewaltsamen Konflikt überwunden hatten, stieg sprunghaft an. Der internationale Terrorismus und die Gefahr eines Einsatzes von Massenvernichtungswaffen warfen einen Schatten über alle Völker der Welt. Gleichzeitig sahen sich die Vereinten Nationen mit der stark zunehmenden Verbreitung von Infektionskrankheiten sowie mit anhaltenden Herausforderungen in Gestalt von extremer Armut und Hunger, Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen und humanitären Notstandssituationen konfrontiert. Vor diesem Hintergrund setzte ich im vergangenen November eine Hochrangige Gruppe für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel ein, mit dem Auftrag, die Bedrohungen zu untersuchen, denen wir uns gegenübersehen, unsere gegenwärtigen Politiken, Verfahren und Institutionen zu evaluieren sowie kühne und durchführbare Empfehlungen abzugeben.

2. Wir sollten uns daran erinnern, dass die Charta von den Vereinten Nationen verlangt, die Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und Aufstieg sowie die Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, gesundheitlicher und verwandter Art zu fördern. Für die meisten Menschen der Welt stellen Armut, Hunger, verschmutztes Trinkwasser, Umweltzerstörung und endemische oder ansteckende Krankheiten die unmittelbarsten Bedrohungen dar. Die wichtige Arbeit der Vereinten Nationen auf diesen Gebieten konzentriert sich auf die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Zu den acht Zielen gehört unter anderem, bis zum Jahr 2015 die Armut und den Hunger zu halbieren, die allgemeine Grundschulbildung zu gewährleisten und HIV/Aids und andere schwere Krankheiten zurückzudrängen.

3. Trotz einiger Erfolge ist bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele eine gemischte Bilanz zu ziehen. Die Ziele können nur durch eine solide Wirtschafts- und Sozialpolitik, eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung, die Mobilisierung von Ressourcen und eine echte Partnerschaft zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern erreicht werden.

4. Ein wichtiges neues Programm im Kampf gegen HIV/Aids ist eine Initiative der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Gemeinsamen Programms der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS), deren Ziel es ist, 3 Millionen Menschen bis Ende des Jahres 2005 eine antiretrovirale Behandlung zukommen zu lassen. Da 6 Millionen mit HIV/Aids infizierte Menschen in den Entwicklungsländern Zugang zu antiretroviraler Therapie benötigen, um überleben zu können, ist dringendes Handeln erforderlich. Im Kampf gegen HIV/Aids sind starke weltweite Führerschaft, wirksame weltweite Partnerschaften und dauerhafte weltweite Maßnahmen notwendig.

5. Die Diskrepanz zwischen steigendem Bedarf und begrenzten Mitteln wird noch augenfälliger in ihrer Dringlichkeit, wenn es um die Bewältigung von Naturkatastrophen, Flüchtlingssituationen und anderen humanitären Notlagen geht. Die eingehenden Mittel sind durchweg niedriger als in den Beitragsappellen der Vereinten Nationen erbeten, was den Umfang der bereitgestellten Dienste notwendigerweise einschränkt. Die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für Entwicklungszwecke und humanitäre Angelegenheiten wäre eine solide und in Anbetracht der zu erwartenden Friedens- und Sicherheitsrendite auch kostenwirksame Investition.



6. Die kritische Situation in Afrika und die Not seiner Völker ist ein Anliegen von höchstem Vorrang. Der bewaffnete Konflikt in Darfur im Westen Sudans ist eine bittere Erinnerung an das Andauern tödlicher Konflikte auf dem Kontinent. Die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung lebt in Armut, und Afrika ist die einzige Region, in der die Zahl der mangelernährten Kinder zu- und nicht abnimmt. Die HIV/Aids-Pandemie hat etwa 15 Millionen Menschenleben in Afrika gefordert und hat nach wie vor verheerende soziale und wirtschaftliche Folgen für die betroffenen Gesellschaften. Dennoch sehe ich mich durch einige positive Entwicklungen ebenso ermutigt wie durch die von den afrikanischen Staaten und Institutionen unternommenen Anstrengungen zur Bewältigung der Herausforderungen Frieden und Sicherheit, wirtschaftliche und soziale Entwicklung und Menschenrechte. Afrikanische Staaten übernahmen eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung Burundis und Liberias. Der neu geschaffene Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union besitzt großes Potenzial als Instrument zur Verhütung, Bewältigung und Beilegung gewaltsamer Konflikte. Mit der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) und ihrem Mechanismus der gegenseitigen Beurteilung (Peer-Review-Mechanismus) beweist Afrika erneut seine Bereitschaft, sich für die Armutsbeseitigung, die Menschenrechte und eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung einzusetzen.

7. Die konstruktiven Beiträge nichtstaatlicher Akteure zu Fortschritten auf Gebieten wie Gleichstellung von Mann und Frau, Klimawandel, Verschuldung, Landminen und HIV/Aids sind nicht zu unterschätzen. Heute besteht die Herausforderung darin, den einzigartigen zwischenstaatlichen Charakter der Vereinten Nationen durch eine zunehmende Offenheit für Partnerschaften mit der globalen Zivilgesellschaft zu bereichern.

8. Im vergangenen Jahr kam es zu einem dramatischen Anstieg der Nachfrage nach Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen, und in Burundi, Haiti, Liberia und Sudan wurden neue Einsätze eingerichtet. Derzeit sind weltweit mehr als 56.000 Uniformierte und etwa 11.000 Zivilbedienstete aus 97 Ländern in 16 Missionen im Einsatz. Viele dieser Einsätze sind mehrdimensionaler Natur und nicht nur mit Sicherheitsfragen befasst, sondern auch mit politischen Problemen, der Herrschaft des Rechts, den Menschenrechten, humanitären Anliegen und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die wachsende Zahl der Missionen zeigt, dass die Nachfrage zugenommen hat und dass die Friedenssicherung auch weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Beendigung von Feindseligkeiten und zur Friedenskonsolidierung in vielen Ländern leistet. Gleichzeitig hat sie eine enorme Belastung der Ressourcen der Vereinten Nationen und ihrer Kapazität zur Planung, Durchführung und Verwaltung dieser Einsätze zur Folge. Den augenblicklich laufenden Einsätzen wird ohne die nachhaltige politische Unterstützung und das Engagement der Mitgliedstaaten und ohne die richtigen Ressourcen der Erfolg verweigert bleiben.

9. Die Vereinten Nationen müssen notwendigerweise am Kampf gegen den internationalen Terrorismus beteiligt sein, da wirksame Gegenmaßnahmen eine umfassende internationale Zusammenarbeit erfordern. Der im Mittelpunkt der Bemühungen der Vereinten Nationen stehende Ausschuss des Sicherheitsrats zur Bekämpfung des Terrorismus soll nunmehr durch die Schaffung eines Exekutivdirektoriums zur Bekämpfung des Terrorismus verstärkt werden. In dem von uns angetretenen gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus müssen wir aber unbedingt auch dafür Sorge tragen, dass die Freiheit, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit gewahrt und geschützt werden.

10. Ich hoffe, dass die Dynamik, die für die Veranstaltung zur fünfjährigen Überprüfung der Millenniums-Erklärung im Jahr 2005 und für das 60-jährige Bestehen der Vereinten Nationen allmählich entsteht, anhalten und noch weiter wachsen wird und dass die für unsere Organisation und für die Welt notwendigen positiven Ergebnisse zustande kommen.

## Kapitel II

### Herbeiführung von Frieden und Sicherheit

11. Millionen von Zivilpersonen auf der ganzen Welt werden auch weiterhin von gewaltsamen Binnenkonflikten in Mitleidenschaft gezogen, die durch ihre Ausdehnung auch auf benachbarte Länder eine noch umfassendere Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen. Häufig durch eine wenig partizipative und rechenschaftspflichtige Regierungs- und Verwaltungsführung seitens der politischen Führungsspitzen ausgelöst, können solche Kriege ethnische und religiöse Unterschiede für ihre Zwecke ausbeuten und auf dem Nährboden wirtschaftlicher Interessen gedeihen. Die an diesen Kriegen beteiligten Parteien schenken dem Unterschied zwischen Kombattanten, Zivilpersonen und humanitären Helfern oft keine Beachtung, ja, es werden Zivilpersonen vorsätzlich angegriffen, Kinder werden zwangsrekrutiert, und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen werden zu strategischen Zielscheiben. Zudem geben die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Terrorismus nach wie vor Anlass zu großer Besorgnis.

12. Die Vereinten Nationen setzen auch weiterhin eine Vielzahl von Mitteln ein, einschließlich Präventivdiplomatie, Friedensschaffung, Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung, um Mitgliedstaaten bei der Bewältigung interner sowie traditionellerer zwischenstaatlicher Konflikte behilflich zu sein. Während der vergangenen 12 Monate kamen alle diese Mittel zum Einsatz, von der Bereitstellung Guter Dienste in mehreren heiklen Streitfällen über eine Kombination aus Friedenssicherung und Friedensschaffung im Falle Westsaharas und Zyperns bis zur Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit in Sierra Leone. Darüber hinaus setzten die Entwicklungsorganisationen der Vereinten Nationen ihre Bemühungen fort, den Mitgliedstaaten dabei zu helfen, die tiefer liegenden Ursachen von Konflikten anzugehen und langfristige Kapazitäten zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten aufzubauen.

13. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Friedenskonsolidierungs- und Friedenssicherungsmissionen erneut an, wodurch zwar die zentrale Rolle unserer Organisation bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit unter Beweis gestellt wurde, aber gleichzeitig auch unsere personellen und materiellen Ressourcen in zunehmende Maße strapaziert wurden.

### Konfliktverhütung und Friedensschaffung

14. Auf Grund der gravierenden Verschlechterung der Sicherheitslage in Irak beschloss ich, das internationale Personal der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak (UNAMI) sowie der Einrichtungen, Programme und Fonds der Vereinten Nationen vorübergehend an Standorte außerhalb des Landes zu verlegen. Das System der Vereinten Nationen steuerte jedoch weiterhin ein breites Spektrum an grundlegenden Hilfstätigkeiten in allen Teilen Iraks, sowohl von innerhalb als auch außerhalb des Landes.

15. In seiner Resolution 1483 (2003) ersuchte mich der Sicherheitsrat, das "Öl-für-Lebensmittel"-Programm in Irak bis zum 21. November 2003 zu beenden und die Verantwortung für alle noch verbleibenden Tätigkeiten im Rahmen des Programms an die Provisorische Behörde der Koalition zu übertragen. Am 21. November 2003 übertrugen die Vereinten Nationen die gesamte operative Verantwortung auf die Behörde. Bis zum 30. Juni 2004 wurden 8,6 Milliarden US-Dollar an verbleibenden Mitteln an den Entwicklungs-

fonds für Irak übertragen. Das Büro für das Irak-Programm schloss seine Tätigkeit am 31. Mai ab.

16. In seiner Resolution 1511 (2003) bat der Sicherheitsrat den Regierungsrat Iraks, bis zum 15. Dezember 2003 einen Zeitplan und ein Programm für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Irak und für die Abhaltung demokratischer Wahlen festzulegen. Er traf außerdem den Beschluss, dass die Vereinten Nationen ihre maßgebliche Rolle in Irak stärken und weiter wahrnehmen sollen, soweit die Umstände es zulassen, und ermächtigte eine multinationale Truppe, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Stabilität in Irak beizutragen. Am 15. November 2003 unterzeichneten die Provisorische Behörde der Koalition und der Regierungsrat ein Abkommen zur Festlegung eines politischen Prozesses für die Wiederherstellung der Souveränität bis zum 30. Juni 2004 sowie für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die Abhaltung von Wahlen im Rahmen dieser Verfassung.

17. Am 19. Januar 2004 veranstaltete ich in New York ein Treffen mit einer Delegation des Regierungsrats und der Provisorischen Behörde der Koalition; im Anschluss daran wurden die Vereinten Nationen gebeten, einen Prozess des Dialogs und der Konsensbildung unter den Irakern fördern zu helfen, um einen friedlichen und erfolgreichen politischen Übergang zu gewährleisten. Zu diesem Zweck unternahm mein Sonderberater drei Missionen nach Irak. Bei seiner ersten Mission vom 6. bis 13. Februar 2004 kam er gemeinsam mit einem Team der Abteilung Wahlhilfe der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten zu dem Schluss, dass bis zum 30. Juni 2004 keine glaubhaften Wahlen stattfinden könnten und dass auf andere Weise eine Interimsregierung gebildet werden müsse. Während seines zweiten Besuchs vom 26. März bis 16. April war mein Sonderberater auf Grund weitreichender Konsultationen mit einem breiten Spektrum von Vertretern der irakischen Gesellschaft, dem Regierungsrat und der Provisorischen Behörde der Koalition in der Lage, vorläufige Vorstellungen für einen erfolgreichen Übergang zu erarbeiten. Am 27. April legte er diese Vorstellungen dem Sicherheitsrat dar. Bei seiner dritten Mission vom 1. Mai bis 2. Juni unterstützte er die Bildung der irakischen Interimsregierung am 1. Juni. Parallel dazu wurde vom 3. Mai bis 6. Juni eine Wahlhilfemission entsandt, um die Aushandlung der Wahlmodalitäten zu erleichtern und eine Wahlkommission einzusetzen. Nach einem landesweiten Nominierungs- und Auswahlverfahren unter der Aufsicht der Vereinten Nationen wurde am 31. Mai die Unabhängige Wahlkommission Iraks gebildet. Nach Konsultationen mit einer breiten Vielzahl von Irakern im ganzen Land und Gesprächen mit dem Regierungsrat und der Provisorischen Behörde der Koalition wurde am 7. Juni der rechtliche Rahmen für das Wahlsystem sowie die politischen Parteien und Rechtsträger verkündet.

18. Am 8. Juni 2004 verabschiedete der Sicherheitsrat die Resolution 1546 (2004), in der er den vorgeschlagenen Zeitplan für den politischen Übergang Iraks billigte und beschloss, dass die Vereinten Nationen eine führende Rolle dabei übernehmen werden, soweit die Umstände es zulassen, bei der Einberufung einer Nationalkonferenz behilflich zu sein, hinsichtlich des Verfahrens für die Abhaltung der Wahlen Rat zu erteilen und den nationalen Dialog und die Herbeiführung eines Konsenses über die Ausarbeitung einer nationalen Verfassung zu fördern. Außerdem erteilte der Rat der UNAMI ein Mandat in anderen Bereichen, wie etwa Entwicklung und humanitäre Hilfe, Menschenrechte und nationale Aussöhnung.

19. Auf der Grundlage ihres mit Resolution 1546 (2004) gestärkten Mandats werden die Vereinten Nationen ihr Möglichstes tun, um dem irakischen Volk im Übergangsprozess behilflich zu sein. Zu diesem Zweck wird mein neuer Sonderbeauftragter eng mit der Inte-

rimsregierung zusammenarbeiten und einen Dialog mit Ländern in der Region und darüber hinaus aufnehmen. Eine erweiterte Rolle der Vereinten Nationen beim Aufbau von Institutionen, beim Wiederaufbau sowie auf dem Gebiet der Menschenrechte und auf anderen Gebieten wird jedoch davon abhängen, ob das allgemeine Sicherheitsumfeld eine größere Präsenz in Irak zulässt. In der Zwischenzeit wird sich mein Sonderbeauftragter auf die in Resolution 1546 (2004) festgelegten vorrangigen Aufgaben konzentrieren, sowohl von außerhalb als auch innerhalb Iraks, soweit die Umstände es zulassen. Um dabei erfolgreich zu sein, bedarf er der vollen Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.

20. Was den israelisch-palästinensischen Konflikt betrifft, so blieb der Friedensprozess trotz der nachdrücklichen Bemühungen der internationalen Gemeinschaft im Rahmen des Quartetts (bestehend aus den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika) und der von den Parteien der "Fahrplan"-Initiative bekundeten Entschlossenheit festgefahren, und die Gewalt hielt weiter an. Die humanitäre Lage in dem besetzten palästinensischen Gebiet verschlechterte sich weiter, wobei der Lebensstandard vieler Palästinenser nur durch Hilfeleistungen seitens der internationalen Gebergemeinschaft, unter anderem des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und anderer Einrichtungen und Programme der Vereinten Nationen, auf dem Subsistenzniveau gehalten werden konnte.

21. In den vergangenen 12 Monaten verabschiedete der Sicherheitsrat zwei Resolutionen über den Nahen Osten. In Resolution 1515 (2003) vom 19. November 2003 machte er sich den "Fahrplan" zu eigen und forderte die Parteien auf, ihre entsprechenden Verpflichtungen zu erfüllen. Am 19. Mai 2004 verabschiedete der Rat die Resolution 1544 (2004), in der er Israel aufforderte, seine Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht zu achten, darunter seine Verpflichtung, nicht unter Verstoß gegen dieses Recht palästinensische Wohnhäuser zu zerstören. Auf ihrer wiederaufgenommenen zehnten Notstandssondertagung verabschiedete die Generalversammlung die Resolution ES-10/13 vom 21. Oktober 2003, in der sie verlangte, dass Israel den Bau der Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet und in und um Ostjerusalem beendet und rückgängig macht. Am 8. Dezember trat die Versammlung erneut auf ihrer zehnten Notstandssondertagung zusammen und verabschiedete die Resolution ES-10/14, in der sie den Internationalen Gerichtshof um ein dringendes Gutachten zu der Frage ersuchte, welche Rechtsfolgen sich aus der Errichtung der Mauer ergeben. In seinem Gutachten vom 9. Juli 2004 stellte der Gerichtshof fest, dass der Verlauf der Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet gegen das Völkerrecht verstößt und dass Israel verpflichtet ist, den Bau der Mauer zu beenden, die bereits errichteten Teile abzubauen und für alle an palästinensischem Eigentum entstandenen Schäden Wiedergutmachung zu leisten. Er stellte außerdem fest, dass die Staaten verpflichtet sind, die rechtswidrige Situation nicht anzuerkennen und sicherzustellen, dass Israel das im Vierten Genfer Abkommen niedergelegte Völkerrecht einhält. Laut dem Gerichtshof sollten die Generalversammlung und der Sicherheitsrat weitere Maßnahmen prüfen. Die Versammlung nahm zur Behandlung dieser Frage ihre zehnte Notstandssondertagung wieder auf und verabschiedete am 20. Juli 2004 die Resolution ES-10/15, in der sie von dem Gutachten Kenntnis nahm, verlangte, dass Israel seine in dem Gutachten genannten rechtlichen Verpflichtungen erfüllt, die Mitgliedstaaten aufforderte, ihre rechtlichen Verpflichtungen ebenso zu erfüllen, und mich ersuchte, ein Register der infolge des Baus der Mauer entstandenen Schäden zu erstellen.

22. Über meine Direktkontakte und diejenigen meines Sonderkoordinators sowie über den Quartett-Mechanismus habe ich Gute Dienste geleistet. Auf dem Treffen der Mitglieder des Quartetts am 4. Mai 2004 in New York erklärten wir erneut, dass alle Fragen betreffend den endgültigen Status, wie beispielsweise den Verlauf der Grenzen und das

Flüchtlingsproblem, von den Parteien auszuhandeln sind und dass der international anerkannte Rahmen für den Friedensprozess Grundlage dieser Verhandlungen sein muss. Darüber hinaus legten wir die Grundsätze für den Erfolg eines möglichen israelischen Rückzugs aus dem Gazastreifen fest und erklärten, dass ein vollständiger Rückzug zu erfolgen hat, der zum Ende der Besetzung Gazas führen und von ähnlichen Schritten im Westjordanland begleitet sein muss. Es wurden Gespräche über einen Aktionsplan aufgenommen, der die Parteien weiter voranbringen und ihnen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen helfen soll.

23. In der Zypern-Frage wurde am 31. März 2004 nach zweimonatigen intensiven Verhandlungen durch meinen Sonderberater und mit meiner persönlichen Beteiligung das in dem Regelungsplan vorgeschlagene Gründungsabkommen fertiggestellt und für separate gleichzeitige Referenden in den beiden Volksgruppen am 24. April vorgelegt. Der Plan wurde zwar von der türkisch-zyprischen Volksgruppe mit Zweidritelmehrheit gebilligt, von den griechisch-zyprischen Wählern hingegen zu 75 Prozent abgelehnt, sodass er nicht in Kraft trat. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehe ich keine Grundlage für die Wiederaufnahme meiner Guten Dienste in Zypern. Stattdessen bedarf es einer umfassenden Neubewertung des gesamten Spektrums der Friedentätigkeiten der Vereinten Nationen. Diesbezüglich habe ich eine Überprüfung der Friedenstruppe der Vereinten Nationen in Zypern gefordert. Obwohl die Entscheidung der griechisch-zyprischen Volksgruppe respektiert werden muss, hoffe ich doch, dass sie ihren Standpunkt überdenken wird, damit künftige Anstrengungen Aussichten auf Erfolg haben können. Ich habe an die türkischen Zyperer und die Türkei appelliert, an dem Wunsch der Volksgruppe nach Wiedervereinigung festzuhalten, und den Sicherheitsrat aufgefordert, den Staaten nahe zu legen, die unnötigen Schranken aufzuheben, die die türkischen Zyperer isolieren und ihre Entwicklung behindern.

24. In Burundi wurden mit der Unterzeichnung der Protokolle vom 8. Oktober und 2. November 2003 und dem Abschluss der Globalen Waffenruhevereinbarung zwischen der Übergangsregierung Burundis und den Kräften für die Verteidigung der Demokratie am 16. November beträchtliche Fortschritte im Friedensprozess erzielt. Mit der Erklärung seines Präsidenten vom 22. Dezember 2003 erkannte der Sicherheitsrat diese Fortschritte an und nahm Kenntnis von dem vom Präsidenten Burundis und vom Stellvertretenden Präsidenten Südafrikas im Namen der Staaten der Regionalinitiative an die Vereinten Nationen gerichteten Ersuchen, die Ablösung der Afrikanischen Mission in Burundi zu erwägen. Außerdem begrüßte der Rat meinen Beschluss, die Situation eingehender zu prüfen. Zu diesem Zweck entsandte ich vom 16. bis 27. Februar 2004 eine Bewertungsmision nach Burundi, in deren Anschluss ich die Einrichtung eines multidisziplinären Friedenssicherungseinsatzes in diesem Land empfahl. Mit seiner Resolution 1545 (2004) vom 21. Mai richtete der Rat die Operation der Vereinten Nationen in Burundi für einen Anfangszeitraum von sechs Monaten ab dem 1. Juni 2004 und mit einer genehmigten Truppenstärke von 5.650 Soldaten und bis zu 120 Zivilpolizisten ein. Unterdessen gingen die Bemühungen um die Herbeiführung einer umfassenden, alle Seiten einschließenden Waffenruhe trotz anhaltender ernsthafter Schwierigkeiten weiter.

25. Die von der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung geführten Gespräche über Sudan sind im vergangenen Jahr beträchtlich vorangekommen; lediglich die Einzelheiten einer Waffenruhe und die internationalen Garantien sind noch auszuhandeln, bevor ein umfassendes Friedensabkommen vollendet ist. Mein Sonderberater gewährte den Parteien und dem Vermittlungsprozess der Behörde durchgehende Unterstützung. Ich hoffe, dass die sudanesischen Parteien in der Lage sein werden, rasch ein Friedensabkommen zu schließen. Auf Ersuchen des Sicherheitsrats begannen die Vereinten Nationen mit den Vorbereitungen

zur bestmöglichen vollen Unterstützung der Parteien während der Durchführung eines umfassenden Friedensabkommens.

26. Im Jahr 2004 führten die in Darfur im westlichen Sudan ausgebrochene bewaffnete Rebellion und die Reaktion der Regierung darauf zu erheblichen Verlusten an Menschenleben und zur massiven Vertreibung von Zivilpersonen in der Region; viele von ihnen waren gezwungen, in den Nachbarländern, hauptsächlich in Tschad, Zuflucht zu suchen. Während die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung andauerte, verschlechterten sich die humanitäre Lage und die Menschenrechtssituation in dem Gebiet bis zum Frühjahr 2004 so weit, dass es zum völligen Notstand kam (siehe nachfolgendes Kapitel). Mehr als 1 Million Menschen wurden zu Binnenvertriebenen, und über 170.000 Flüchtlinge halten sich derzeit in Tschad auf. Auf Bitten der sudanesischen Regierung entsandte ich zwei Missionen zur Beurteilung der humanitären Lage und der Menschenrechtssituation in das Gebiet. Anhaltende Berichte über massive Menschenrechtsverletzungen und den humanitären Notstand in Darfur gaben weiter Anlass zu ernster Besorgnis. Anfang Juli 2004 stattete ich Sudan und Tschad einen Besuch ab, um festzustellen, was getan werden könnte, um die Grundursachen des Konflikts in Darfur auszuräumen und seine Folgen zu mildern. In einem am Ende meines Besuchs unterzeichneten gemeinsamen Kommuniqué gingen die Regierung Sudans und die Vereinten Nationen einen breiten Fächer von Verpflichtungen ein, die unverzüglich zu erfüllen waren, um der Krise zu begegnen. Es wurde ein gemeinsamer Durchführungsmechanismus unter dem geteilten Vorsitz des sudanesischen Außenministers und meines Sonderbeauftragten für Sudan eingerichtet, um die Durchführung des gemeinsamen Kommuniqués zu überwachen. Ich bat außerdem meinen Sonderberater in der Region, der Afrikanischen Union bei ihren Vermittlungsbemühungen im Rahmen der politischen Verhandlungen über Darfur behilflich zu sein. Am 30. Juli verabschiedete der Sicherheitsrat die Resolution 1556 (2004), in der er verlangte, dass die Regierung Sudans ihre Zusagen erfüllt, die Janjaweed-Milizen zu entwaffnen und die Führer der Janjaweed und ihre Verbündeten, die zu Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und zu anderen Greueln angestiftet und diese verübt haben, festzunehmen und vor Gericht zu stellen. Ferner ersuchte mich der Rat, ihm in 30 Tagen und danach in monatlichen Abständen darüber Bericht zu erstatten, inwieweit die Regierung Sudans in dieser Angelegenheit Fortschritte erzielt hat, und er verlieh seiner Absicht Ausdruck, im Falle einer Nichtbefolgung weitere Maßnahmen zu erwägen.

27. Im Januar 2004 verlängerte der Sicherheitsrat in seiner Resolution 1523 (2004) das Mandat der Mission der Vereinten Nationen für das Referendum in Westsahara (MINURSO) um drei Monate bis zum 30. April, um meinem Persönlichen Abgesandten die Möglichkeit zu geben, mit der Regierung Marokkos weitere Konsultationen über ihre endgültige Antwort auf den Friedensplan für die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara zu führen, den er den Parteien im Januar 2003 vorgelegt hatte. Die "Polisario"-Befreiungsfront hatte meinem Persönlichen Abgesandten Anfang Juli 2003 mitgeteilt, dass sie den Friedensplan akzeptiere. Im April 2004 legte Marokko seine endgültige Antwort vor und bekundete darin seine Bereitschaft, auch weiterhin auf eine politische Lösung im Rahmen der Souveränität Marokkos hinzuwirken; damit lehnte es grundlegende Bestandteile des Friedensplans ab. Am 29. April verabschiedete der Rat die Resolution 1541 (2004) zur Verlängerung des Mandats der MINURSO bis zum 31. Oktober. Darüber hinaus bekräftigte der Rat seine Unterstützung für den Friedensplan sowie meine Anstrengungen zur Herbeiführung einer für beide Seiten annehmbaren politischen Lösung für die Streitigkeit über Westsahara. Am 1. Juni reichte mein Persönlicher Abgesandter seinen Rücktritt ein, wobei er seine Überzeugung zum Ausdruck brachte, dass er alles in seinen Kräften Stehende getan habe, um den Parteien bei der Suche nach einer Lösung des Konflikts be-

hilflich zu sein. Außerdem stellte er fest, dass es den Vereinten Nationen trotz der Fortschritte, die in den sieben Jahren seines Engagements in der Frage auf mehreren Gebieten erzielt wurden, nicht gelungen sei, die zugrunde liegende Streitigkeit beizulegen. Im Anschluss an den Rücktritt meines Persönlichen Abgesandten entschied ich, dass mein derzeitiger Sonderbeauftragter für Westsahara gemeinsam mit den Parteien und den Nachbarländern weiter auf eine politische Lösung hinarbeiten wird. Währenddessen setzte die MINURSO die Überwachung der Waffenruhe zwischen den Parteien, die seit September 1991 in Kraft ist, fort und gewährte weiterhin Unterstützung bei der Durchführung vertrauensbildender Maßnahmen unter der Leitung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, so auch beim Austausch von Familienbesuchen zwischen Westsahara und den Flüchtlingslagern in Tindouf (Algerien), der im März 2004 begann.

28. Die Fortschritte, die Mitte 2004 auf der unter der Schirmherrschaft der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung in Kenia abgehaltenen Nationalen Aussöhnungskonferenz für Somalia erzielt wurden, gaben Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Konzertierte Anstrengungen der Außenminister der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung ermöglichten den Beginn der dritten und abschließenden Phase der Konferenz. Die somalischen traditionellen Führer nahmen Verhandlungen über die Verteilung der Parlamentssitze unter allen großen Klänen auf. Jeder Klan soll eine Liste von Abgeordneten zur Bildung des 275 Sitze umfassenden Übergangs-Bundesparlaments vorlegen, welches seinerseits einen Präsidenten wählen soll. Ich spreche den Regierungen der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung meine Anerkennung für den neuen Zusammenhalt aus, den sie in der Frage der nationalen Aussöhnung in Somalia unter Beweis gestellt haben. Am 8. Juli richtete ich persönlich das Wort an die somalischen Delegierten auf der Konferenz und ermutigte sie, so bald wie möglich eine alle Seiten einschließende Regierungsstruktur zu schaffen.

29. Im Hinblick auf die Unterstützung der friedlichen Beilegung potenziell gewaltsamer Konflikte durch die Vereinten Nationen war ich über die maßgeblichen Fortschritte erfreut, die Kamerun und Nigeria mit Hilfe der Vereinten Nationen bei der Umsetzung der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom Oktober 2002 über die Land- und Seegrenze zwischen den beiden Ländern erzielten. Diese Fortschritte wurden im Rahmen der Gemischten Kommission Kamerun-Nigeria erzielt, die ich auf Ersuchen der Staatschefs der beiden Länder einsetzte und in der mein Sonderbeauftragter für Westafrika den Vorsitz führt. Das von der Kommission eingeleitete Verfahren für den Abzug der zivilen Verwaltungs-, der Militär- und der Polizeikräfte der beiden Staaten aus Gebieten, die in den Hoheitsbereich des jeweils anderen Staates fallen, und die entsprechende Übertragung der Autorität gemäß der Forderung des Gerichtshofs werden die Zusammenarbeit zwischen Kamerun und Nigeria vertiefen. Der Staatsbesuch, den der nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo Kamerun vom 28. bis 29. Juli 2004 abstattete, demonstrierte die Entschlossenheit der beiden Länder, ihre bilateralen Beziehungen auch künftig durch friedliche Zusammenarbeit und Dialog zu verstärken. Ebenso scheint sich die seit langem bestehende Grenzstreitigkeit zwischen Äquatorialguinea und Gabun nach einer Reihe von Vermittlungssitzungen unter der Leitung meines Sonderberaters und Vermittlers in dieser Frage auf eine beiderseitig annehmbare Lösung zuzubewegen. Ich freue mich, berichten zu können, dass die Führer der beiden Länder am 6. Juli eine Vereinbarung über die gemeinsame Erschließung von Erdöl und anderen natürlichen Ressourcen in den ausschließlichen Wirtschaftszonen Äquatorialguineas und Gabuns unterzeichneten.

30. Auf dem amerikanischen Kontinent hat die Verifikationsmission der Vereinten Nationen in Guatemala, die sich nunmehr in ihrem letzten Jahr befindet, mit den innerstaatlichen Institutionen und der neu gewählten Regierung zusammengearbeitet, um die Konti-

nuität bei der Durchführung der Friedensabkommen und der Festigung der Demokratie zu gewährleisten. In Anbetracht der ernststen Bedrohung, die organisierte kriminelle Gruppen für die Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit darstellen, schlossen die Vereinten Nationen mit der früheren Regierung ein Abkommen über die Schaffung einer Kommission zur Untersuchung illegaler Gruppen und geheimer Sicherheitsapparate ab, das von der neuen Regierung gebilligt wurde. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung trägt ebenfalls zur Stärkung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen bei, um organisierten kriminellen Gruppen entgegenzutreten, die eine ernste zerstörerische Kraft für die Zivilgesellschaft und für eine gute Regierungs- und Verwaltungsführung darstellen.

31. Trotz mehrfacher Friedensbemühungen meines Sonderberaters für Kolumbien haben die Regierung und die Guerillagruppen die Friedensgespräche nicht wieder aufgenommen. Seit Ende 2002 führt die Regierung einen intensiven militärischen Feldzug gegen die beiden größten Guerillagruppen, die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens und die Nationale Befreiungsarmee. Gleichzeitig führt sie mit einigen paramilitärischen Gruppen Gespräche, die auf die Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung dieser Gruppen gerichtet sind. Auf Ersuchen der Regierung prüfte das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) den Entwurf eines Gesetzes über Gerechtigkeit und Wiedergutmachung und kam dabei zu dem Schluss, dass es auf die Frage der Straflosigkeit und auf die Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit eingehen muss. Unterdessen hält die Gewalt an und verschlechtert unmittelbar die humanitäre Lage und die Menschenrechtssituation.

32. Angesichts der derzeitigen Situation wird im Rahmen des zweiten humanitären Aktionsplans, den das System der Vereinten Nationen in Kolumbien einleiten wird, ein umfassendes Hilfsprogramm bereitgestellt werden, das ein festes Engagement seitens der Regierung und der anderen Parteien erfordert. Außerdem fordere ich die Regierung nachdrücklich auf, die Empfehlungen der Menschenrechtskommission umzusetzen. Schließlich stehen meine Guten Dienste bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts in Kolumbien weiter zur Verfügung. Über Kontakte mit der Regierung, mit Guerillagruppen, der Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft wird mein Sonderberater die Friedensbemühungen auch weiterhin unterstützen.

33. In Südasien haben Indien und Pakistan bei ihren Bemühungen um die Verbesserung ihrer Beziehungen und die Regelung noch ausstehender Fragen wichtige Fortschritte erzielt. Seit einer im Januar 2004 in Islamabad getroffenen Vereinbarung, den bilateralen Dialog zu einem einvernehmlichen Bereich von Fragen, einschließlich im Hinblick auf Jammu und Kaschmir, wieder aufzunehmen, haben die beiden Seiten zielstrebige und ernsthafte Gespräche geführt. Dies lässt hoffen, dass die beiden Länder die Streitigkeit beilegen können, die ihre Beziehungen seit ihrer Unabhängigkeit trübt. Ich habe den Führern der beiden Länder sowohl öffentlich als auch privat meine Bewunderung für die Bemühungen zum Ausdruck gebracht, die sie gemeinsam unternehmen, um der Region Frieden zu bringen, und sie ermutigt, diese Bemühungen fortzusetzen. Die Vereinten Nationen stehen weiter bereit, um sie bei diesem Prozess auf jede von ihnen für notwendig erachtete Weise zu unterstützen.

34. In Nepal ist der Aufstand unter der Führung der Kommunistischen Partei Nepals (Maoistisch) seit dem Zusammenbruch der Friedensgespräche und der Waffenruhe im August 2003 eskaliert und hat in großen Teilen des Landes beträchtliches Leid verursacht. Ich habe mein Engagement gegenüber allen Beteiligten verstärkt, um zu einer politischen Lösung des Konflikts beizutragen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen



(UNDP) und das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte unterstützen derzeit verstärkt die nationalen Bemühungen zur Eindämmung von Menschenrechtsverletzungen, die mit dem Konflikt zusammenhängen, und die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen passen ihre Programme an, um sicherzustellen, dass sie den betroffenen Bevölkerungsgruppen Schutz und Hilfe gewähren können.

35. Der Friedensprozess in Sri Lanka stößt nach wie vor auf Schwierigkeiten und Verzögerungen. Die Waffenruhe hat jedoch bislang gehalten, worin der Wunsch aller Seiten nach einem dauerhaften Frieden auf der Grundlage einer ausgehandelten Vereinbarung zum Ausdruck kommt. Ich hege die Hoffnung, dass die laufenden Bemühungen um die Wiederbelebung der Verhandlungen mit Vermittlung der Regierung Norwegens Früchte tragen und den Weg für den lange erwarteten Wiederaufbau und die Wiederherstellung des Landes ebnen werden. Das System der Vereinten Nationen ist bereit, an diesem Prozess voll mitzuwirken.

36. Ich freue mich, berichten zu können, dass der Friedensprozess in Bougainville (Papua-Neuguinea) langsam, aber stetig vorankommt. Unter der Aufsicht der Beobachtermision der Vereinten Nationen in Bougainville, der verkleinerten Nachfolgemission des Politischen Büros der Vereinten Nationen in Bougainville, wurden über 80 Prozent der Waffen der Parteien von Bougainville vernichtet. Gleichzeitig sind die Parteien von Bougainville zusammen mit der Regierung Papua-Neuguineas dabei, die Verfassung von Bougainville fertigzustellen. Die Verabschiedung dieser Verfassung wird den Weg für die Wahl einer autonomen Regierung von Bougainville ebnen, hoffentlich noch vor Ablauf dieses Jahres. Mit der Einsetzung der autonomen Regierung wird die Mission ihr Mandat erfüllt haben.

37. Ich stellte weiter Gute Dienste zur Erleichterung der nationalen Aussöhnung und Demokratisierung in Myanmar zur Verfügung. Mein Sonderbotschafter besuchte Yangon im September 2003 und im März 2004 und konferierte mit maßgeblichen Akteuren. Am 17. Mai berief die Regierung erneut die Nationalversammlung zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung ein, bedauerlicherweise ohne Beteiligung der Nationalen Liga für Demokratie und einiger Volksgruppenparteien. Ich habe erklärt, dass der politische Fahrplan der Regierung nur dann als ein glaubhaftes und alle Seiten einschließendes Instrument für einen demokratischen Übergang betrachtet werden kann, wenn die restlichen über Daw Aung San Suu Kyi und ihren Stellvertreter U Tin Oo verhängten Einschränkungen aufgehoben werden und der Nationalen Liga für Demokratie die Wiedereröffnung ihrer Büros gestattet wird.

38. Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Regierung Indonesiens zur Unterstützung der Bemühungen der Regierung um politische, wirtschaftliche und soziale Reformen setzt sich auf konstruktive Weise fort. Insbesondere gewährten die Vereinten Nationen technische Hilfe für die in den letzten Monaten abgehaltenen indonesischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Die nationale Einheit und territoriale Unversehrtheit Indonesiens lässt sich am besten durch die Achtung demokratischer Normen und die Förderung der Menschenrechte gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Regierung den militärischen Notstand in Aceh am 19. Mai in einen zivilen Notstand umgewandelt hat. Ich hoffe, dass dieser Statuswandel einen ungehinderten Zugang zu der Bevölkerung in Aceh bewirkt, sodass die Vereinten Nationen dort ihre gesamten humanitären Hilfs- und Entwicklungsaktivitäten wieder aufnehmen können. Darüber hinaus bin ich nach wie vor besorgt über die Situation in Ambon (Molukken), wo im April erneut religiöse Gewalt aufflammte. Ich bin weiter der Überzeugung, dass diejenigen, die 1999 schwere Menschenrechtsverletzungen in Timor-Leste (damals Osttimor) begingen, vor Gericht gestellt werden müssen.

39. In Bezug auf die koreanische Halbinsel bemühte sich mein Persönlicher Abgesandter weiter mit einigem Erfolg darum, über das System der Vereinten Nationen internationale humanitäre Hilfe für die Demokratische Volksrepublik Korea zu mobilisieren. Meine Sorge gilt zunehmend der Gesundheitssituation in dem Land, deren Hauptopfer die Kinder sind. Im politischen Bereich habe ich meine Bemühungen auf die Unterstützung der Sechsparteiengespräche gerichtet, die das vielversprechendste Mittel zur Herbeiführung einer kernwaffenfreien Halbinsel und einer umfassenden Regelung der damit zusammenhängenden Fragen darstellen. Ich bin weiter davon überzeugt, dass für eine dauerhafte Lösung dieser Fragen den langfristigen wirtschaftlichen Bedürfnissen der Demokratischen Volksrepublik Korea Rechnung getragen werden muss. In engem Benehmen mit der Regierung dieses Landes und anderen beteiligten Regierungen hat mein Persönlicher Abgesandter Sachverständigengruppen eingesetzt, die prüfen sollen, wie die internationale Gemeinschaft der Demokratischen Volksrepublik Korea am besten dabei behilflich sein kann, ihren Energiebedarf zu decken und ihre Wirtschaft zu modernisieren.

40. Die Vereinten Nationen arbeiten weiter am Ausbau ihrer institutionellen Konfliktverhütungs- und Friedensschaffungskapazitäten. In Reaktion auf die Resolution 57/337 der Generalversammlung vom 3. Juli 2003 über die Verhütung bewaffneter Konflikte hat das System der Vereinten Nationen Mitgliedstaaten vermehrt Hilfe beim Aufbau ihrer nationalen Konfliktverhütungskapazitäten gewährt. Die Landesteam haben damit begonnen, diese Hilfe besser in ihre Programme zu integrieren. Außerdem haben die Organisationen und Hauptabteilungen der Vereinten Nationen unter der Schirmherrschaft des Interinstitutionellen/Hauptabteilungsübergreifenden Rahmen-Koordinierungsmechanismus eine wachsende Zahl von Mitgliedstaaten auf deren Ersuchen dabei unterstützt, die Kapazitäten und Fähigkeiten der Institutionen, der Regierungen und der Zivilgesellschaft aufzubauen, die diese benötigen, um die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und die Förderung der nachhaltigen Entwicklung und des sozialen Zusammenhalts, einschließlich der Festigung einer demokratischen Regierungs- und Verwaltungsführung, zu gewährleisten.

## **Friedenssicherung und Friedenskonsolidierung**

41. Im Berichtszeitraum nahm die Nachfrage nach friedenssichernden Tätigkeiten der Vereinten Nationen stark zu und führte zur Einrichtung neuer und komplexer Missionen in Liberia, Côte d'Ivoire, Burundi und Haiti (die letzten drei kurz hintereinander). Im Juli 2004 verfügten die Vereinten Nationen in 16 Einsätzen weltweit über mehr als 56.000 Friedenssicherungskräfte, einschließlich Soldaten, Militärbeobachtern und Zivilpolizisten. Der Anstieg der Zahl der Friedenssicherungsmissionen stellt eine ernste Herausforderung für die Fähigkeit der Organisation zur wirksamen Planung, rechtzeitigen Durchführung und nachhaltigen Unterstützung dieser Einsätze dar. Die neuen Einsätze können nur dann erfolgreich sein, wenn die Mitgliedstaaten kontinuierlich politische, finanzielle und personelle Ressourcen bereitstellen.

42. Die vom Sicherheitsrat erteilten Friedenssicherungsmandate verfolgen zunehmend das Ziel, die notwendigen Bedingungen zur Vermeidung eines Rückfalls in den Konflikt zu schaffen, indem den Parteien geholfen wird, den nationalen Wiederaufbau zu beschleunigen und mit Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft die Hauptverantwortung für den Prozess der Friedenskonsolidierung zu übernehmen. Die Wirksamkeit und der Erfolg der Friedenssicherungs- und Friedenskonsolidierungsmaßnahmen der Vereinten Nationen hängen weiter von der Förderung und Umsetzung integrierter regionaler Konzepte zur Bewältigung von Herausforderungen ab, wenn diese transnationalen Ursprungs sind und transnationale Auswirkungen haben. Das Büro des Sonderbeauftragten für Westafrika,

im Jahr 2002 als Büro der Vereinten Nationen für Westafrika eingerichtet, hat dem Sicherheitsrat praktische Mittel und Wege zur Bekämpfung derartiger übergreifender und subregionaler Probleme in Westafrika empfohlen. Unter der Leitung meines Sonderbeauftragten führte das Büro mit allen Leitern der Missionen der Vereinten Nationen in der Subregion weiter regelmäßige Konsultationen mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den Missionen zu fördern.

43. Obwohl im Übergangsprozess in der Demokratischen Republik Kongo einige Fortschritte erzielt wurden, wurde der Prozess durch das anhaltende Misstrauen zwischen verschiedenen Teilen der Regierung der nationalen Einheit und des Übergangs gehemmt. Die Beziehungen zwischen der Demokratischen Republik Kongo, Ruanda und Uganda erfuhren nach der Verabschiedung der Grundsätze für gutnachbarliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Burundi, Ruanda und Uganda im September 2003 in New York eine leichte Verbesserung. Seit Anfang 2004 hat sich jedoch das Tempo der Normalisierung der bilateralen Beziehungen verlangsamt. Unterdessen konsolidierte die Ituri-Brigade der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) ihre militärischen Positionen in Ituri und bezog Stellungen an mehreren Standorten im Innern der Region, wodurch ein gewisses Maß an Frieden und Stabilität wiederhergestellt wurde. Die Führer der meisten bewaffneten Gruppen in Ituri unterzeichneten am 14. Mai 2004 eine Erklärung, in der sie sich darauf verpflichteten, die Entwaffnungsbemühungen und den nationalen Übergangsprozess uneingeschränkt zu unterstützen. Das Koordinierungszentrum für Antimineralprogramme koordinierte eine Vermessung von vermintem Gelände und Straßen im Bezirk Ituri und trug so zu einer sicheren Dislozierung der Mission bei. In den Kivu-Provinzen stellte die MONUC ebenfalls eine Truppe in Brigadestärke auf. Am 26. Mai 2004 brachen jedoch in Bukavu (Süd-Kivu) zwischen Truppen, die der Regierung der nationalen Einheit und des Übergangs treu sind, und Truppen, die den Dissidentengruppen der ehemaligen Kongolesischen Sammlungsbewegung für die Demokratie-Goma treu sind, Kämpfe aus. Obwohl sich die Krise auf die nationale Ebene ausweitete, konnte die Lage mit dem Rückzug der dissidententreuen Truppen aus der Stadt unter Kontrolle gebracht werden. Infolge der durch die Bukavu-Krise eingetretenen Verschlechterung der bilateralen Beziehungen zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda wurde am Rande des Gipfeltreffens der Afrikanischen Union am 6. Juli in Addis Abeba ein Minigipfel über die Demokratische Republik Kongo abgehalten, auf dem die Einrichtung eines Gemeinsamen Verifikationsmechanismus Demokratische Republik Kongo-Ruanda vereinbart wurde.

44. Die seit Januar 2003 in Côte d'Ivoire eingesetzte Truppe der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS), die die Verantwortung für die Friedenssicherungsaufgaben mit der französischen Truppe (Licorne) teilt, war nach wie vor mit einem ernsthaften Mangel an logistischen und finanziellen Ressourcen konfrontiert. Die ECOWAS und die ivoirischen Parteien schlugen vor, dass die Vereinten Nationen die Friedenssicherungsaufgaben in Côte d'Ivoire mit der Schaffung eines mehrdimensionalen Einsatzes übernehmen. Mit seiner Resolution 1528 (2004) vom 27. Februar 2004 richtete der Sicherheitsrat mit Wirkung vom 4. April die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire ein. Ihr Mandat umfasst die Überwachung der Waffenruhe, die Unterstützung der Durchführung des Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramms, den Schutz des Personals der Vereinten Nationen und der Zivilpersonen, denen unmittelbar Gewalt droht, die Unterstützung der Bereitstellung von Sicherheitsdiensten für die Minister der Regierung der nationalen Aussöhnung, die Erleichterung der Erbringung humanitärer Hilfe, die Bereitstellung von Aufsicht, Anleitung und technischer Hilfe für die Wahlen von 2005, den Schutz der Menschenrechte und die Unterstützung der Regierung

bei der Wiederbelebung und Wiederherstellung der Herrschaft des Rechts. Mitte August 2004 erreichte die Operation ihre genehmigte Truppenstärke von 6.240 Soldaten.

45. Im Laufe des Jahres 2004 wurde jedoch der ivorische Friedensprozess durch die zunehmenden Unstimmigkeiten zwischen dem Präsidenten, dem Premierminister und den Oppositionsparteien ernsthaft behindert. Dies führte schließlich dazu, dass die Opposition am 7. März ihre Regierungsbeteiligung einstellte. Am 25. März führten Demonstrationen Oppositioneller in Abidjan zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen den ivorischen Sicherheitskräften und den Demonstranten sowie zur Festnahme von Oppositionsmitgliedern. Auf Ersuchen des Präsidenten und des Premierministers stattete eine Internationale Untersuchungskommission Côte d'Ivoire vom 15. bis 28. April einen Besuch ab. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die Demonstrationen vom 25. März für einen sorgfältig geplanten und durchgeführten Einsatz der ivorischen Sicherheitskräfte sowie von Spezialeinheiten und parallelen Kräften gegen Oppositionsparteien und Bürgergruppen benutzt worden waren. Angesichts des gefährlichen Stillstands im Friedensprozess berief ich am 6. Juli am Rande des Gipfeltreffens der Afrikanischen Union in Addis Abeba einen Minigipfel über Côte d'Ivoire ein. Die Teilnehmer, unter ihnen Präsident Laurent Gbagbo, vereinbarten die Veranstaltung eines größeren Gipfeltreffens in Accra. Auf dem vom 29. bis 31. Juli abgehaltenen Treffen von Accra einigten sich die ivorischen Parteien auf wesentliche Punkte, darunter die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Regierung der nationalen Aussöhnung, die Übertragung von Befugnissen des Präsidenten auf den Premierminister und die Einleitung des Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramms. Ich erwarte, dass alle Parteien ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachkommen.

46. Die Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone (UNAMSIL) nahm weiter mit Erfolg ihr Mandat zur Unterstützung der Regierung Sierra Leones bei der Konsolidierung des Friedens wahr. Mit Hilfe der UNAMSIL und anderer bilateraler und multilateraler Partner hat die Regierung Sierra Leones bedeutende Fortschritte in einigen Schlüsselbereichen erzielt, beispielsweise im Hinblick auf die Wiedereingliederung von Exkombattanten, die Rückführung von Flüchtlingen, die Konsolidierung der Staatsgewalt, die Wiederherstellung der Kontrolle der Regierung über den Diamantenabbau und die wirtschaftliche Gesundung.

47. Anfang Februar 2004 wurde eine interdisziplinäre Bewertungsmission nach Sierra Leone entsandt, mit dem Auftrag, eine Bestandsaufnahme der wichtigsten Sicherheitsmaßstäbe vorzunehmen und festzustellen, ob eine Restpräsenz der UNAMSIL über Dezember 2004 hinaus erforderlich ist. Im Anschluss an diese Mission legte ich dem Sicherheitsrat meine Empfehlungen vor. Daraufhin genehmigte der Rat in seiner Resolution 1537 (2004) vom 30. März 2004 für einen Anfangszeitraum von sechs Monaten ab dem 1. Januar 2005 eine auf eine neue Höchststärke von 3.250 Soldaten, 141 Militärbeobachtern und 80 Zivilpolizisten der Vereinten Nationen verringerte Präsenz der UNAMSIL in Sierra Leone. Die Restpräsenz der UNAMSIL verschafft der Regierung Sierra Leones die einzigartige Gelegenheit, den Friedensprozess weiter zu konsolidieren und ihren Sicherheitssektor weiter zu verbessern.

48. Die Büros der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik und in Guinea-Bissau waren den Gastländern weiter bei der Förderung einer guten Regierungs- und Verwaltungsführung und bei der Mobilisierung internationaler Unterstützung für den Wiederaufbau behilflich. Trotz des destabilisierenden Drucks einiger Ereignisse, namentlich der Putsche in der Zentralafrikanischen Republik im März 2003 beziehungsweise in Guinea-Bissau im September 2003, konzentrierten sich das

Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in der Zentralafrikanischen Republik (BONUCA) und das Büro der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in Guinea-Bissau (UNOGBIS) in ihrem jeweiligen Gastland auf die Wiederherstellung und Konsolidierung normaler verfassungsmäßiger Verhältnisse durch einen friedlichen politischen Übergang. Das UNOGBIS trug zur erfolgreichen Abhaltung von Parlamentswahlen im März 2004 bei, und das BONUCA erleichterte die Einrichtung eines aus Vertretern der Übergangsregierung, führenden Politikern und Vertretern der Zivilgesellschaft bestehenden Konsultationsmechanismus.

49. Im Berichtszeitraum wurden maßgebliche Fortschritte bei der Wiederherstellung des Friedens in Liberia erzielt. Mit seiner Resolution 1509 (2003) vom 19. September 2003 richtete der Sicherheitsrat die Mission der Vereinten Nationen in Liberia (UNMIL) ein, unter anderem mit dem Auftrag, die Durchführung der Waffenruhevereinbarung vom 17. Juni 2003 und die Reform des Sicherheitssektors zu unterstützen, zu den Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte beizutragen und die Durchführung des am 18. August 2003 von den liberianischen Parteien in Accra unterzeichneten Umfassenden Friedensabkommens zu unterstützen. Mit einer genehmigten Truppenstärke von 15.000 Soldaten übernahm die UNMIL am 1. Oktober 2003 die Friedenssicherungsaufgaben von einer Truppe der ECOWAS.

50. Die in dem Umfassenden Friedensabkommen vorgesehene Nationale Übergangsregierung Liberias nahm am 14. Oktober 2003 ihre Amtsgeschäfte auf. Mit der landesweiten Dislozierung der UNMIL verbesserte sich die Sicherheitslage im ganzen Land. Die Waffenruhe hatte im Großen und Ganzen Bestand, obwohl gruppeninterne Streitigkeiten zeitweilig zu Gewalt führten. Etwa 63.000 Exkombattanten wurden entwaffnet und demobilisiert, und die Programme zu ihrer Wiedereingliederung in die Gemeinschaft gehen weiter. Die Zivilpolizei der Vereinten Nationen mit einer Personalstärke von 1.060 Polizisten arbeitet bei der Neugliederung der Nationalpolizei nach wie vor eng mit der Nationalen Übergangsregierung Liberias zusammen. Die UNMIL nimmt weiter eine zentrale Rolle bei der Unterstützung der für Oktober 2005 vorgesehenen Abhaltung landesweiter Wahlen wahr. Mit der Verbesserung des Zugangs für die humanitäre Hilfe wurde der Weg für eine künftige Rückkehr der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge geebnet. Anfang Februar fand eine Internationale Wiederaufbaukonferenz für Liberia statt, auf der Mittel in Höhe von 520 Millionen Dollar für den Wiederaufbau und die Deckung des humanitären Bedarfs des Landes zugesagt wurden. Die UNMIL und das Landesteam der Vereinten Nationen arbeiten eng mit der Nationalen Übergangsregierung Liberias und deren Entwicklungspartnern zusammen, um sicherzustellen, dass die auf der Konferenz vorgestellten Projekte für die Gesundung des Landes finanziert und durchgeführt werden.

51. Trotz des Stillstands im Friedensprozess zwischen Eritrea und Äthiopien blieb die Lage im Grenzgebiet aus militärischer Sicht verhältnismäßig ruhig. Gleichzeitig hielten die Spannungen auf politischer Ebene an, verschärft durch eine Flut von Hetzreden aus den beiden Hauptstädten. Um den durch das Ausbleiben von Fortschritten bei der Markierung der Grenze verursachten Stillstand zu durchbrechen, ernannte ich einen Sonderbotschafter für Äthiopien und Eritrea, mit dem Auftrag, einen Dialog zwischen den beiden Seiten einzuleiten. Die Mission der Vereinten Nationen in Äthiopien und Eritrea (UNMEE) unterstützte weiter den Friedensprozess, indem sie die vorübergehende Sicherheitszone zwischen den beiden Ländern überwachte, den Vorsitz der Militärischen Koordinierungskommission führte und die Aktivitäten im Bereich der humanitären Hilfe, der Menschenrechte und der Minenräumung in der vorübergehenden Sicherheitszone und ihren angrenzenden Gebieten koordinierte. In Anbetracht der herrschenden Umstände wird die Wirksamkeit der UNMEE derzeit überprüft, mit dem Ziel, ihre Tätigkeit erforderlichenfalls zu ändern und

zu straffen. Ohne eine sorgfältige Prüfung der möglichen Auswirkungen auf den Friedensprozess und die bislang erzielten Ergebnisse sollten jedoch keine Änderungen vorgenommen werden.

52. Die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon überwachte weiter die Blaue Linie zwischen Israel und Libanon und hielt Verbindung zu den Parteien, um Spannungen abzuwenden, möglichst gering zu halten und einzudämmen. Leider nahm die Zahl der Zwischenfälle entlang der Blauen Linie im vergangenen Jahr zu; dabei kam es zu Verletzungen des libanesischen Luftraums durch Israel, die von der Hisbollah mit Flugabwehrfeuer erwidert wurden. Israel flog Luftangriffe auf mutmaßliche Stellungen der Hisbollah, und es fanden überwiegend im Gebiet der Shabaa-Farmen Feuergefechte mit Raketen, Mörsern und Kleinwaffen statt. Darüber hinaus legte die Hisbollah auf der libanesischen Seite der Blauen Linie Sprengfallen in unmittelbarer Nähe der Patrouillenstrecken der israelischen Verteidigungskräfte. Ich habe die Parteien auch weiterhin ermahnt, die Blaue Linie zu achten und ihren Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen. Die libanesischen Streitkräfte sind nach wie vor im Süden aktiv, doch die Regierung Libanons hat noch nicht alle erforderlichen Schritte zur Durchsetzung und Aufrechterhaltung ihrer vollen Autorität in der Region unternommen. Das Koordinierungszentrum für Antiminenprogramme ist weiter bei der Räumung von Antipersonenminen in Südlibanon behilflich; seit Mai 2002 wurden insgesamt fünf Quadratkilometer von Minen geräumt.

53. Im Berichtszeitraum setzte Timor-Leste mit Hilfe der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Osttimor (UNMISSET) und der Organisationen der Vereinten Nationen die Schaffung beziehungsweise Stärkung seiner nationalen Institutionen fort. Die Sicherheitslage blieb stabil. Um die bislang erzielten Fortschritte zu sichern und Timor-Leste bei der Verwirklichung der vollen Eigenständigkeit behilflich zu sein, beschloss der Sicherheitsrat in seiner Resolution 1543 (2004), das Mandat der UNMISSET um einen Zeitraum von sechs Monaten ab dem 20. Mai 2004 zu verlängern, mit dem Ziel, es danach um einen weiteren und abschließenden Zeitraum von sechs Monaten zu verlängern. Um den veränderten Bedingungen am Boden Rechnung zu tragen, wurde die Mission verkleinert und ihre Aufgabenstellung revidiert. Die Regierung Timor-Lestes hat die volle Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität im Land übernommen, doch steht die UNMISSET nach wie vor bereit, Hilfe zu gewähren, falls außergewöhnliche Umstände dies erfordern. Die Mission gewährt weiterhin Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten in der öffentlichen Verwaltung, im Rechtsvollzug und im Gerichtswesen.

54. In Afghanistan ging die Durchführung des Übereinkommens von Bonn im Berichtszeitraum weiter. Die neue afghanische Verfassung wurde im Januar 2004 von einer Loya Jirga verabschiedet, es wurde ein Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm für Exkombattanten eingeleitet, und am 1. Dezember 2003 begann eine Wählerregistrierungsaktion zur Vorbereitung auf Wahlen. Im März 2004 gab die Regierung öffentlich ihre Absicht bekannt, im September 2004 gleichzeitig Präsidentschaftswahlen und Wahlen zum parlamentarischen Unterhaus abzuhalten. Unter Anführung rechtlicher und technischer Gründe verkündete das Gemeinsame Wahlverwaltungsorgan am 9. Juli, dass die Präsidentschaftswahlen am 9. Oktober und die Parlamentswahlen im April 2005 stattfinden würden. Mit den Kämpfen zwischen verschiedenen Gruppen im Norden und den Operationen terroristischer Elemente im Süden bietet Afghanistan nach wie vor ein unsicheres Umfeld. Beträchtliche Fortschritte bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sind entscheidend, um einen dauerhaften Frieden und die Abhaltung von Wahlen zu gewährleisten. Das Sicherheitsvakuum innerhalb Afghanistans ist einer der Schlüsselfaktoren, die etwa 3 Millionen afghanische Flüchtlinge in der Islamischen Republik Iran und in Pakistan sowie Tausende von Binnenvertriebenen an der Rückkehr hin-

dern, und es untergräbt überdies den politischen Prozess: So haben beispielsweise Extremisten gezielte Angriffe auf die Aktion zur Registrierung von Wählern unternommen. Ein großes Hindernis für den Erfolg des Bonner Prozesses ist der zunehmende Anbau von Drogenpflanzen, der sowohl die Kämpfe zwischen verschiedenen Gruppen als auch den Terrorismus fördert. Das Engagement der internationalen Gemeinschaft ist nach wie vor ein entscheidender Faktor für die Wahrung des Friedens und die Förderung des Bonner Prozesses. Auf einer im März und April 2004 in Berlin abgehaltenen Konferenz kamen hochrangige Vertreter aus 56 Ländern zusammen. Auf dieser Konferenz verpflichteten sich die Geber, im Laufe der nächsten drei Jahre 8,2 Milliarden Dollar für ein Wiederaufbauprogramm unter afghanischer Führung bereitzustellen. Das Zentrum für Antiminenprogramme in Afghanistan koordiniert weiter alle minenbezogenen Tätigkeiten, darunter die Räumung von bislang 780 Quadratkilometern verminten Geländes.

55. Die Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien überwachte weiter die Durchführung der Moskauer Waffenruhevereinbarung von 1994 durch die georgische und die abchasische Seite und setzte ihre Bemühungen um die Herbeiführung einer umfassenden Beilegung des Konflikts auf der Grundlage des Prinzips der territorialen Unversehrtheit Georgiens fort. Ihre Bemühungen waren darauf gerichtet, die Stabilität am Boden aufrechtzuerhalten und beide Parteien in sicherheitsbezogenen und politischen Fragen sowie im Hinblick auf die Rückkehr der Flüchtlinge und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu engagieren. Die Gruppe der Freunde unterstützte diese Bemühungen weiter. Unterdessen haben die durch die Wahl eines neuen Präsidenten und die Parlamentswahlen Anfang 2004 bewirkten politischen Veränderungen in Georgien den Bemühungen des Landes um die Lösung seiner internen Konflikte, einschließlich in Abchasien, neuen Auftrieb verliehen. Die abchasische Seite weigert sich jedoch nach wie vor, den Status Abchasiens innerhalb des georgischen Staates zu erörtern, was ein Haupthindernis für die Bemühungen um eine Verhandlungslösung darstellt.

56. Zur Förderung der Schaffung demokratischer vorläufiger Selbstverwaltungsinstitutionen trat die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) im Einklang mit dem Verfassungsrahmen Machtbefugnisse an die vorläufigen Selbstverwaltungsinstitutionen ab. Die UNMIK übt nach wie vor die allgemeine Autorität aus und nimmt die vorbehaltenen Aufgaben wahr, die in Kapitel 8 des Verfassungsrahmens aufgeführt sind. Im März 2004 kam es im gesamten Kosovo zu Gewaltausbrüchen, die in erster Linie gegen Angehörige und Einrichtungen der kosovo-serbischen Gemeinschaft, darunter auch gegen serbisch-orthodoxe religiöse Stätten, gerichtet waren. Die Gewalttaten zeigten, dass das Kosovo noch ein gutes Stück davon entfernt ist, den vom Sicherheitsrat in der Erklärung seines Präsidenten vom 12. Dezember 2003 gebilligten Standards zu entsprechen. Folglich wird im Rahmen des Umsetzungsplans zusätzliches Gewicht auf die Sicherheit und die Rechtsstaatlichkeit, die Rechte und den Schutz von Minderheiten, die Rückkehr der Vertriebenen, die wirtschaftliche Entwicklung und die Dezentralisierung gelegt werden. Darüber hinaus regte die UNMIK weiter einen direkten Dialog über praktische Angelegenheiten zwischen Belgrad und Pristina an.

57. Angesichts der Verschlechterung der Situation in Haiti verabschiedete der Sicherheitsrat am 29. Februar 2004 die Resolution 1529 (2004), mit der er die Entsendung einer Multinationalen Interimstruppe nach Haiti genehmigte und seine Bereitschaft erklärte, im Anschluss daran eine Stabilisierungstruppe einzurichten, um einen friedlichen und verfassungsmäßigen politischen Prozess nach dem Rücktritt und der Ausreise von Präsident Jean-Bertrand Aristide zu unterstützen. Außerdem genehmigte der Rat im Anschluss an eine multidisziplinäre Bedarfsermittlungsmission die Einrichtung der Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti (MINUSTAH) ab dem 1. Juni 2004. Die mehrdimensional

ausgelegte Mission soll den Haitianern bei der Bewältigung der vielen komplexen Probleme behilflich sein, denen sie sich gegenübersehen. Eine enge Zusammenarbeit mit der Organisation der amerikanischen Staaten und der Karibischen Gemeinschaft wird ausschlaggebend für die Gewährleistung der erfolgreichen Durchführung des Mandats der Mission sein. Im Juli 2004 legte die haitianische Übergangsregierung der Gebergemeinschaft in Washington einen mit Hilfe der Weltbank, des UNDP und der MINUSTAH ausgearbeiteten Interimsrahmen für die Zusammenarbeit vor und erhielt Mittelzusagen in Höhe von 1,3 Milliarden Dollar, um eine Vielzahl politischer, sozialer und wirtschaftlicher Bedürfnisse befriedigen zu helfen.

58. Bislang bin ich ermutigt über die Einsatzbereitschaft und den politischen Willen, die die Interimsregierung demonstriert, um Haiti auf einen Weg der Demokratie und der nachhaltigen Entwicklung zu bringen. Die internationale Gemeinschaft muss das Ihrige tun und sowohl politisch als auch finanziell langfristig engagiert bleiben. Aufbauend auf den früheren Erfahrungen muss sie nach kreativen Möglichkeiten zur Gewährung von Hilfe suchen und gleichzeitig die Trägerschaft des Prozesses fest in der Hand des haitianischen Volkes belassen.

### **Die Vereinten Nationen und die Regionalorganisationen**

59. Die Vereinten Nationen intensivierten weiter ihre Partnerschaft mit Regionalorganisationen, um die gemeinsamen Ziele des Friedens, der Stabilität und der Entwicklung im Rahmen einer demokratischen Regierungs- und Verwaltungsführung und unter Achtung der Menschenrechte und der Herrschaft des Rechts zu verwirklichen.

60. In Afrika verstärkten die Vereinten Nationen weiter ihre Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union und den subregionalen Organisationen. Wir unterstützten die Afrikanische Union bei der Ausarbeitung ihres grundsatzpolitischen Rahmens für die Schaffung afrikanischer Friedens- und Sicherheitsstrukturen und arbeiten diesbezüglich auch weiterhin eng zusammen, namentlich bei der Einrichtung einer afrikanischen verfügbaren Truppe und eines Generalstabsausschusses. In dem Bestreben, die Verbindungen mit der ECOWAS im Hinblick auf die Förderung des Friedens und der Stabilität in der Subregion zu festigen, wie vom Sicherheitsrat mehrmals gefordert, führte mein Sonderbeauftragter für Westafrika am 31. Mai in Nigeria und am 22. und 23. Juli 2004 in Senegal ausführliche Konsultationen mit Amtsträgern der ECOWAS über praktische Modalitäten zur Verbesserung der Arbeitsbeziehungen. Als Ergebnis dieser Konsultationen haben die ECOWAS und das Büro des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Westafrika eine Vereinbarung und ein Arbeitsprogramm für 2004-2005 ausgearbeitet, die gemeinsame Aktivitäten auf den Gebieten Regierungs- und Verwaltungsführung, Reform des Sicherheitssektors, Wahlhilfe, Jugendarbeitslosigkeit, freier Personen- und Güterverkehr, Kleinwaffen und leichte Waffen sowie grenzüberschreitende Sicherheit vorsehen.

61. Die Vereinten Nationen und die Europäische Union erzielten bedeutende Fortschritte bei ihrer Zusammenarbeit im Bereich der Konfliktprävention, des Wiederaufbaus in der Konfliktfolgezeit und des Krisenmanagements. Die ersten Dialoge der beiden Organisationen über Konfliktprävention, die im Oktober 2003 und im Juni 2004 in Brüssel beziehungsweise New York abgehalten wurden, leiteten eine neue Phase der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Europäischen Union sowohl auf Amtssitz- als auch auf Landesebene ein. Es herrschte allgemeiner Konsens darüber, dass die Ziele der Dialoge unter dem Blickwinkel der gemeinsamen Bewertung von Situationen am Boden, des verstärkten Zusammenwirkens der beiden Organisationen, des Vorschlagens von Fol-



maßnahmen und der Ermittlung konkreter Bereiche der Zusammenarbeit bei der Konfliktprävention in fünf Schwerpunktländern oder -subregionen erreicht worden waren. Die im September 2003 unterzeichnete Gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Europäischen Union auf dem Gebiet des Krisenmanagements verpflichtete die beiden Organisationen zur Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Krisensituationen und enthielt die Forderung nach der Schaffung eines gemeinsamen Konsultationsmechanismus auf Arbeitsebene, mit dem Auftrag, Möglichkeiten zur Verbesserung der Koordinierung und Kompatibilität zu prüfen. Mitte Februar 2004 tagte erstmals der gemeinsame Konsultationsmechanismus, der Lenkungsausschuss der Vereinten Nationen und der Europäischen Union für Krisenmanagement, am Amtssitz der Vereinten Nationen und erörterte eine Reihe von Fragen betreffend die Zusammenarbeit auf den Gebieten Planung, Ausbildung, Kommunikation, beste Verfahrensweisen und Unterstützung afrikanischer Initiativen zum Aufbau von Friedenssicherungskapazitäten. Die Kontakte und Treffen auf Arbeitsebene wurden fortgesetzt, und die nächste Tagung des Lenkungsausschusses ist für Oktober in Brüssel vorgesehen.

62. Gemäß Resolution 57/35 der Generalversammlung vom 21. November 2002 haben die Vereinten Nationen ihre Kontakte mit den Mitgliedstaaten und dem Sekretariat des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) in Angelegenheiten im Zusammenhang mit Frieden und Sicherheit in der Region verstärkt. Auf der im Februar 2004 in Jakarta (Indonesien führt derzeit den Vorsitz des ASEAN) abgehaltenen vierten regionalen Arbeitstagung der Vereinten Nationen und des ASEAN über die Verhütung und Lösung von Konflikten und die Friedenskonsolidierung in Südostasien wurden neue Mittel und Wege zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen empfohlen, insbesondere bei der Friedenssicherung und dem Austausch der in den Bereichen humanitäre Hilfe, Präventionsmaßnahmen und Frühwarnung gewonnenen Erkenntnisse.

63. Ich begrüße die von den politischen Führern des Pazifiks vorgenommene umfassende Überprüfung der Tätigkeit des Pazifikinsel-Forums und seines Sekretariats, dessen Ziel die Ausarbeitung eines Plans zur Verwirklichung der Vision des Pazifiks als einer Region des Friedens, der Harmonie, der Sicherheit und des wirtschaftlichen Wohlstands ist, und sehe der Vertiefung unserer Zusammenarbeit zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Ziele erwartungsvoll entgegen.

## **Wahlhilfe**

64. Wahlen können polarisierend wirken und politische Spannungen verschärfen. Werden Wahlen auf glaubhafte Weise durchgeführt, so können die Verlierer an der Wahlurne die Ergebnisse eher akzeptieren, während technisch fehlerhafte Wahlen das Feld für zivile Unruhen oder Gewalt öffnen. Während des vergangenen Jahrzehnts gingen bei den Vereinten Nationen vermehrt Anträge auf technische Hilfe zur Steigerung der Qualität von Wahlen und zur Senkung ihres Konfliktpotenzials ein. Während des Berichtszeitraums wurden 18 Neuanträge gestellt; 39 Länder erhalten derzeit Hilfe. Bei der Wahlhilfe der Vereinten Nationen besteht eine Hauptpriorität darin, die Teilhabe von Frauen an Wahlprozessen durch eine Vielzahl von Maßnahmen, darunter öffentliche Aufklärungskampagnen und gegebenenfalls auch Quoten, zu erhöhen.

65. Die Beteiligung der Vereinten Nationen an Wahlangelegenheiten in Irak war von besonderer Bedeutung und nahm eine Vorrangstellung ein. Nachdem eine Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen zu dem Ergebnis kam, dass eine Abhaltung glaubhafter Wahlen in dem Land bis zum 30. Juni 2004 nicht möglich sei und nachdem die Provisori-

sche Behörde der Koalition und der Regierungsrat Iraks am 15. November 2003 eine entsprechende Einigung erzielt hatten, wurde ein Übergangsgesetz verabschiedet, das eine im Januar 2005 beginnende Serie von Wahlen vorsieht. Wahlexperten der Vereinten Nationen waren im Anschluss daran bei der Einsetzung einer unabhängigen irakischen Wahlkommission behilflich und steuern zurzeit ihren technischen Sachverstand zur Vorbereitung dieser Wahlen bei (siehe auch Ziffer 17).

66. Zur Vorbereitung der Wahlen in Afghanistan (siehe Ziffer 54) führten die afghanischen Behörden mit Hilfe der Vereinten Nationen zwischen dem 1. Dezember 2003 und dem 15. August 2004 eine landesweite Wählerregistrierung durch, die erste in der Geschichte Afghanistans. Obwohl dieser Prozess unter Drohungen und Angriffen vonstatten ging, trugen sich beinahe 9 Millionen Afghanen, mehr als 90 Prozent der geschätzten Wahlbevölkerung, in die Wählerverzeichnisse ein.

67. Auch die Friedensprozesse in Burundi, Côte d'Ivoire, der Demokratischen Republik Kongo, Liberia und Sierra Leone schließen als unabdingbaren Mechanismus der Friedenskonsolidierung Wahlen mit ein. In Sierra Leone bedeuteten die im Mai 2004 im Anschluss an die landesweiten Wahlen im Jahr 2002 abgehaltenen Kommunalwahlen, für die die Vereinten Nationen entscheidende technische und logistische Unterstützung leisteten, einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Festigung der politischen Stabilität.

## **Abrüstung**

68. In diesem Jahr profitierte die Abrüstungskonferenz von zielgerichteten Erörterungen auf hoher Ebene, in deren Verlauf die Außenminister der Konferenz ihre nachdrückliche politische Unterstützung aussprachen. Weitere Fortschritte sind notwendig, um sicherzustellen, dass die Konferenz ihre Rolle bei der Aushandlung neuer Rüstungskontroll- und Abrüstungsübereinkünfte mit besonderem Gewicht auf der Beseitigung von Massenvernichtungswaffen wieder aufnehmen kann. Die nachweisliche Fähigkeit der Konferenz, Abrüstungsverträge zu formulieren, sollte in vollem Umfang genutzt werden.

69. Verschiedene Fragen im Zusammenhang mit Massenvernichtungswaffen gaben der internationalen Gemeinschaft nach wie vor Anlass zu tiefer Sorge. Dazu gehörten die schleppenden Fortschritte bei der Abrüstung von Massenvernichtungswaffen, Verstöße gegen Nichtverbreitungszusagen, Hinweise auf ein geheimes nukleares Netzwerk und die Gefahr des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen durch Terroristen. Derartige Entwicklungen gefährden den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und können das Risiko einer neuerlichen einseitigen oder vorbeugenden Anwendung von Gewalt erhöhen.

70. Ich begrüße die Entscheidung der Libysch-Arabischen Dschamahirija, ihre Programme zur Entwicklung von Massenvernichtungswaffen aufzugeben. Ermutigend ist auch, dass die Vertragsstaaten des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen ihre Verpflichtung auf dieses Übereinkommen bekräftigt haben. Allen Vertragsstaaten des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen lege ich eindringlich nahe, nach wie vor bestehenden Besorgnissen hinsichtlich der Vertragseinhaltung zu begegnen, neue Initiativen zur Stärkung des Vertrags zu erwägen und gleichzeitig seine Universalität anzustreben. Darüber hinaus fordere ich nachdrücklich zu weiteren Anstrengungen auf, den Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen unverzüglich in Kraft zu setzen.

71. Die Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats, die als Reaktion auf die Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen durch nichtstaatliche Akteure verabschiedet wurde, gibt konkrete Präventivmaßnahmen vor, die von allen Staaten ergriffen werden sollen. Ihre wirksame Durchführung würde die laufenden Anstrengungen zur Stärkung der bestehenden multilateralen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregime ergänzen.

72. Die Vereinten Nationen gewährten einer breiten Zahl von Akteuren auch weiterhin Unterstützung bei ihren Anstrengungen zur Durchführung des 2002 verabschiedeten Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten. Insbesondere halfen sie Mitgliedstaaten bei der Einrichtung nationaler Koordinierungsstellen, beim Aufbau einzelstaatlicher Kapazitäten, bei der Verwaltung oder der Vernichtung von Beständen, bei der Berichterstattung über die Durchführung des Aktionsprogramms und beim Erlass beziehungsweise bei der Änderung innerstaatlicher Rechtsvorschriften über den Verkauf und den Einsatz von Kleinwaffen.

73. Im Juni 2004 begannen multilaterale Verhandlungen über ein internationales Übereinkommen, das den Staaten die Identifizierung und Rückverfolgung unerlaubter Kleinwaffen und leichter Waffen gestattet. Vereinbarte Normen und Verfahren sowie eine stärkere Zusammenarbeit können den Staaten helfen, größere Kontrolle über die Ströme unerlaubter Waffen in ihr Hoheitsgebiet beziehungsweise aus diesem heraus zu erlangen. In einer weiteren Initiative führten die Vereinten Nationen in diesem Jahr breit angelegte Konsultationen mit Staaten, regionalen und subregionalen Organisationen, internationalen Organisationen und Sachverständigen im Feld darüber, wie die internationale Zusammenarbeit zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Zwischenhandels mit Kleinwaffen und leichten Waffen weiter verstärkt werden kann. Ich lege den Mitgliedstaaten nahe, das Zusatzprotokoll gegen die unerlaubte Herstellung von Feuerwaffen, deren Teilen, Komponenten und Munition sowie gegen den unerlaubten Handel damit zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität zu ratifizieren, damit es in Kraft treten kann.

74. Jedes Jahr aufs Neue fordern Antipersonenminen schätzungsweise 15.000 Opfer, und 50 Staaten sind bisher noch nicht Vertragsparteien des Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung. So wird das vom 29. November bis 3. Dezember 2004 in Nairobi stattfindende Gipfeltreffen für eine minenfreie Welt, die erste Überprüfungskonferenz des Übereinkommens, eine günstige Gelegenheit für noch stärkere Anstrengungen bieten, die Welt von diesen unmenschlichen Waffen zu befreien. Ich bitte diejenigen Staaten, die das Übereinkommen noch nicht ratifiziert haben, dies umgehend zu tun, und fordere alle Staaten nachdrücklich auf, sich auf möglichst hoher Ebene an dem Gipfeltreffen von Nairobi zu beteiligen.

## **Terrorismus**

75. Die Ereignisse des vergangenen Jahres haben deutlich gemacht, dass der Terrorismus nach wie vor den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedroht und dass es einer internationalen Zusammenarbeit auf breiter Grundlage bedarf, um ihm entgegenzutreten. Während des Berichtszeitraums setzte der Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution 1373 (2001), auch als "Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus" bekannt, seine Anstrengungen zur Unterbindung und Verhütung des Terrorismus fort und leitete einen Prozess der Neubelebung ein, der im März 2004 in der Verabschiedung der Resolution 1535

(2004) des Sicherheitsrats gipfelte, durch die Reichweite und Wirksamkeit des Ausschusses gesteigert werden sollen. Im Einklang mit der Resolution ernannte ich am 14. Mai einen Exekutivdirektor des Exekutivdirektoriums für Terrorismusbekämpfung, das später in diesem Jahr eingesetzt werden wird.

76. Im Laufe des Jahres 2003 leistete die Unterabteilung Terrorismusverhütung des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in engem Benehmen mit dem Ausschuss zur Bekämpfung des Terrorismus mehr als 70 Ländern Gesetzgebungshilfe im Zusammenhang mit der Ratifikation und Durchführung der zwölf universellen Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus sowie der Durchführung der Resolution 1373 (2001) des Sicherheitsrats. Seit dem Beschluss der Generalversammlung im Jahr 2002, die Tätigkeit der Unterabteilung zu stärken, leistet diese den Staaten auf deren Antrag oder auf Antrag des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus technische Hilfe. Der in den Resolutionen 1373 (2001) und 1456 (2003) des Sicherheitsrats anerkannte Zusammenhang zwischen Terrorismus und organisierter Kriminalität wurde auf der Frühjahrstagung 2004 des Koordinierungsrats der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen ebenso erörtert wie die Notwendigkeit globaler Antwortmaßnahmen.

77. Ich bekräftige meine Überzeugung, dass der Kampf gegen den Terrorismus nicht auf Kosten der Grundfreiheiten und der grundlegenden Menschenwürde geführt werden darf. Wir können den Terrorismus nur dann erfolgreich besiegen, wenn wir den Werten treu bleiben, die die Terroristen negieren. Im September 2003 veröffentlichte das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Presse und Information das Dokument "Digest of Jurisprudence of the United Nations and Regional Organizations on the Protection of Human Rights while Countering Terrorism" (Zusammenschau der Rechtsprechung der Vereinten Nationen und der Regionalorganisationen über den Schutz der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung). Das Amt des Hohen Kommissars unterstützte die Arbeit der Sonderberichterstatterin über Menschenrechte und Terrorismus (Unterkommission für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte) und wird den kürzlich ernannten unabhängigen Experten der Menschenrechtskommission für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten bei der Terrorismusbekämpfung unterstützen. Die Hauptabteilung Presse und Information führt einige Aktivitäten durch, um die Kontakte zur Zivilgesellschaft zu verstärken und die Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung zu informieren.

## Sanktionen

78. Der Sicherheitsrat hat das Instrument der Sanktionen weiter verfeinert, damit es bei neuen oder sich verändernden Bedrohungen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wirksamer eingesetzt werden kann. Nach dem Abschluss umfassender Friedensabkommen in der Demokratischen Republik Kongo und Liberia kamen Sanktionen des Sicherheitsrats zum Einsatz, durch die verhindert werden sollte, dass die labilen Friedensprozesse durch den fortgesetzten Zustrom von Waffen untergraben werden. Da zu dem Zeitpunkt, als der Rat die Sanktionsmaßnahmen beschloss, in diesen Ländern bereits Friedenssicherungseinsätze im Gange waren, konnten die Militärbeobachter und sonstigen Mitarbeiter der Vereinten Nationen stärker bei der Überwachung und Durchsetzung der Sanktionen tätig werden. Im Bewusstsein der möglichen unbeabsichtigten Wirkungen derartiger Zwangsmaßnahmen auf die Zivilbevölkerung im Zielland ersuchte der Rat erneut um Berichte zur Bewertung der möglichen humanitären Folgen der Sanktionen der Vereinten Nationen für Liberia.

79. In seiner Resolution 1493 (2003) vom 28. Juli 2003, mit der das Waffenembargo über die Demokratische Republik Kongo verhängt wurde, wies mich der Sicherheitsrat an, Militärbeobachter der MONUC nach Nord- und Südkivu sowie nach Ituri zu entsenden und dem Rat regelmäßig über Informationen im Zusammenhang mit Waffenlieferungen Bericht zu erstatten, insbesondere durch die Überwachung der Nutzung der Landebahnen in dieser Region. Im Falle Liberias überprüfte der Rat seine bestehenden Maßnahmen und nahm die durch die gewandelte politische Lage in dem Land notwendig gewordenen Änderungen vor. In seiner Resolution 1521 (2003) begrüßte der Sicherheitsrat die Bereitschaft der UNMIL, dem Ausschuss und der mit der Resolution eingesetzten Sachverständigengruppe dabei behilflich zu sein, die Durchführung der einschlägigen Sanktionsmaßnahmen des Rates zu überwachen. Außerdem ersuchte er die Mission der Vereinten Nationen in Sierra Leone und die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, dem Ausschuss und der Sachverständigengruppe die Informationen weiterzuleiten, die für die Durchführung der Sanktionen von Belang sind.

80. Im Berichtszeitraum lieferten die mit der Überwachung der Einhaltung und mit der Untersuchung mutmaßlicher Verstöße gegen die Sanktionen beauftragten Sachverständigengruppen dem Sicherheitsrat weiter detaillierte Informationen über seine Sanktionsregime, darunter die Sachverständigen- und Überwachungsgruppe für Somalia, die Sachverständigengruppe für Liberia und die Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Kongo. Gemäß der Ratsresolution 1526 (2004) vom 30. Januar 2004 wurde ein Team für analytische Unterstützung und Sanktionsüberwachung eingesetzt, das die Überwachungsgruppe für die Al-Qaida und die Taliban ablöste. In derselben Resolution erweiterte der Rat das Mandat des mit der Al-Qaida und den Taliban befassten Sanktionsausschusses und legte darüber hinaus den Staaten nahe, die in der Ausschussliste verzeichneten Personen von den über sie verhängten Maßnahmen in Kenntnis zu setzen.

81. Im Falle Iraks setzte der Sicherheitsrat in seiner Resolution 1518 (2003) vom 24. November 2003 einen neuen Ausschuss mit der Aufgabe ein, weiter Einzelpersonen und Einrichtungen zu benennen, die mit dem ehemaligen irakischen Regime in Verbindung standen, um ihre Gelder, finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen einzufrieren, welche die Mitgliedstaaten sodann an den Entwicklungsfonds für Irak zu übertragen haben.

## Kapitel III

### Erfüllung der humanitären Verpflichtungen

82. Seit meinem letzten Jahresbericht hat die Friedenskonsolidierung in mehreren Weltgegenden Gelegenheiten geschaffen, das Leid von Millionen Betroffenen zu lindern und ihre Lebensgrundlagen wiederherzustellen. Gleichzeitig fordern jedoch neue wie anhaltende Konflikte nach wie vor einen hohen Tribut von den Armen der Welt und machen oftmals alle bereits erzielten Fortschritte zunichte oder lösen neue Notstände aus.

83. Humanitäre Hilfe ist nach wie vor ungleich verteilt und wird dem Bedarf nicht gerecht. Ich fordere die Gebergemeinschaft nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass die Finanzmittel für humanitäre Missionen erhöht werden, ausgewogener auf einzelne humanitäre Notsituationen verteilt werden und den Bedarf in allen Sektoren besser decken.

### Schutz und Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene

84. Während des vergangenen Jahres ist die Flüchtlingsbevölkerung erheblich gesunken. Ihre Zahl ging im zweiten Jahr in Folge um beinahe 1 Million Menschen zurück, wodurch sich ein Gesamtrückgang von 20 Prozent, nämlich von 12,1 Millionen Flüchtlingen Anfang 2002 auf heute 9,7 Millionen, ergibt. Das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) gewährt derzeit insgesamt rund 17 Millionen Menschen, darunter 9,7 Millionen Flüchtlingen und 4,2 Millionen Binnenvertriebenen, Schutz und/oder Hilfe. Die offensichtlichen Fortschritte beim Rückgang der Flüchtlingszahl sind jedoch vor dem Hintergrund der Zahl aller weltweit entwurzelten Menschen zu sehen, gleichviel ob sie unter das Mandat des UNHCR fallen oder nicht. Diese Zahl beläuft sich derzeit auf beinahe 50 Millionen Menschen oder 0,8 Prozent der Weltbevölkerung. Dazu gehören auch die mehr als 1,6 Millionen Flüchtlinge aus dem besetzten palästinensischen Gebiet, denen das UNRWA nach wie vor lebensrettende Hilfe leistet.

85. Ich freue mich, berichten zu können, dass es noch nie zuvor so viele Chancen auf dauerhafte Lösungen für die Flüchtlings- und Binnenvertriebenensituation in so vielen Teilen Afrikas gab. Seit dem Ende des Konflikts in Angola im April 2002 sind mehr als 3,7 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene zurückgekehrt, und für dieses Jahr ist die Rückführung von weiteren 145.000 Flüchtlingen geplant. In Burundi konnten auf Grund der politischen Fortschritte seit Anfang 2003 mehr als 130.000 Flüchtlinge zurückkehren. Die Stabilisierung in Westafrika führte zur Rückkehr von mehr als 240.000 Flüchtlingen nach Sierra Leone, davon etwa 25.000 allein im Jahr 2004, und der Abschluss des Rückführungsprogramms wird für Ende dieses Jahres erwartet. In Liberia entstehen Pläne für die Rückführung von mehr als 320.000 Flüchtlingen sowie für Hunderttausende von Binnenvertriebenen, sobald sich die Situation weiter stabilisiert. In Sudan haben positive politische Entwicklungen Möglichkeiten für die letztendliche Rückkehr von Millionen von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in den südlichen Teil des Landes eröffnet.

86. Trotz der bereits erzielten Fortschritte stellen neue und anhaltende Konflikte überall auf der Welt die humanitäre Gemeinschaft auch weiterhin vor viele Herausforderungen. So wurden beispielsweise die Fortschritte in Sudan von der Lage im westlichen Teil des Landes überschattet. Mehr als 1 Million Menschen in der Region Darfur wurden auf Grund direkter Angriffe auf ihre Dörfer und schwerster Menschenrechtsverletzungen zu Binnenvertriebenen, und etwa 170.000 Menschen flohen nach Tschad. Dies löste auf Grund grenzüberschreitender Einfälle und der Präsenz bewaffneter Gruppen in den Grenzgebieten Be-

sorgnis über die regionale Sicherheit aus. Trotz massiver logistischer Probleme im Osten Tschads konnte das UNHCR bis Ende Juli 2004 mehr als 123.000 Flüchtlinge in neun neue Flüchtlingslager in sichereren Gebieten weiter im Landesinneren verlegen. Im Juni 2004 führte der Ausbruch von Gewalt im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo dazu, dass Tausende zu Binnenvertriebenen wurden und mehr als 35.000 Menschen nach Burundi und eine geringere Zahl nach Ruanda flohen. Der im nördlichen Uganda zwischen der Regierung und Rebellenkräften geführte Konflikt fordert nach wie vor Todesopfer unter der Zivilbevölkerung und verursacht weitere Vertreibungen und zunehmende Unsicherheit. Mehr als 1,6 Millionen Vertriebene drängen sich in überfüllten und unzureichend geschützten Lagern, in denen sie Angriffen und Entführungen durch Rebellenkämpfer sowie Missbrauch durch die lokalen Sicherheitskräfte ausgesetzt bleiben.

87. Außerhalb Afrikas geben Spannungen im Nahen Osten, in Südamerika und in Teilen des Balkans ebenfalls Anlass zur Besorgnis. Zwar sind in Afghanistan seit Ende 2001 mehr als 3,5 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebene in ihre Heimat zurückgekehrt, doch gibt es noch immer schätzungsweise 180.000 Binnenvertriebene, und 2 Millionen Flüchtlinge halten sich noch in der Islamischen Republik Iran und in Pakistan auf. Ihre Rückkehr wird durch die anhaltende Unsicherheit innerhalb Afghanistans behindert. In Irak gab es im Jahr 2003 keine massiven Flüchtlingsbewegungen, doch die weiter herrschende enorme Unsicherheit hat diejenigen, die in früheren Jahren aus dem Land geflohen sind, bislang an der Rückkehr gehindert. Die Binnenvertreibung in Kolumbien ist weiter eine der weltweit schlimmsten Situationen dieser Art. Schätzungsweise 3 Millionen Menschen wurden während des seit 40 Jahren andauernden Konflikts zu Binnenvertriebenen, und bis zu 40.000 sind in Nachbarländer geflohen. Obwohl der Krieg im Kosovo vor mehr als fünf Jahren zu Ende ging, ist die Situation für die Minderheiten der Serben und der Roma nach wie vor gefährlich. Zusammenstöße zwischen Albanern und Serben im März 2004 forderten mehr als 20 Todesopfer und machten die Erwartungen auf weitere Fortschritte bei der Rückkehr von Minderheiten zunichte.

88. Im vergangenen Jahr leitete das UNHCR die wichtige Initiative "Konvention Plus" mit dem Ziel ein, das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge durch multilaterale Sonderabkommen zu stärken. Mit der Initiative soll gewährleistet werden, dass Flüchtlinge möglichst nahe an ihren Herkunftsländern Aufnahme finden und besseren Schutz erhalten und dass die Staaten im Rahmen eines wirksamen Systems der internationalen Lastenteilung stärker beteiligt werden. Die Sonderabkommen werden sich auf die folgenden drei Schwerpunktbereiche konzentrieren: Neuansiedlung als Instrument des Schutzes, als Dauerlösung und als konkrete Form der Lastenteilung, gezieltere Entwicklungshilfe zur Unterstützung von Dauerlösungen für Flüchtlinge und Klärung der Verantwortlichkeiten der Staaten bei sekundären Bewegungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden vom ersten Aufnahmeland in ein weiteres Land.

89. Ein weiterer Bereich, der Anlass zu Besorgnis gibt, ist die Gewalt, die gegen Frauen und Kinder verübt wird, die Flüchtlinge oder Binnenvertriebene sind. Eine Zunahme der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt als Mittel der Kriegführung war in Burundi, in Côte d'Ivoire, in der Demokratischen Republik Kongo, in Tschad und in Darfur im westlichen Sudan zu verzeichnen. Um diesem Trend besser entgegenwirken zu können, hat das UNHCR sein Dokument "Sexual and Gender-based Violence against Refugees, Returnees and Internally Displaced Persons: Guidelines for Prevention and Response" (Sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Flüchtlinge, Rückkehrer und Binnenvertriebene – Richtlinien zur Vorbeugung und Reaktion) überarbeitet. Dadurch wird gewährleistet, dass bessere Vorbeugungs- und Reaktionsmechanismen vorhanden sind. Die Richtlinien wurden bereits an eine breite Vielzahl von humanitären Einrichtungen zur Umsetzung im Feld ver-

teilt, und entsprechende Mitarbeiterschulungen sind im Gange. Die Bemühungen um eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Organisationen der Vereinten Nationen zum Schutz von Kindern führten darüber hinaus im Februar 2004 zur Verabschiedung der "Interinstitutionellen Leitgrundsätze für unbegleitete und von ihren Familien getrennte Kinder". Diese Leitgrundsätze werden unter anderem die interinstitutionelle Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Problems der Zwangsrekrutierung von Flüchtlingskindern sowie bei der Familienzusammenführung demobilisierter Kinder verstärken.

90. Die Frage der Sicherheit im Feld, für Flüchtlinge ebenso wie für humanitäre Helfer, stellt nach wie vor eine ständige Herausforderung dar. Während des vergangenen Jahres wurden mehrere direkte Angriffe auf humanitäres Personal verübt. Solche Zwischenfälle sind oftmals untrennbar mit dem Sicherheitsumfeld der Flüchtlinge selbst verbunden. Im Februar 2004 starben mehr als 200 Menschen bei einem Angriff auf ein Lager für Vertriebene im nördlichen Uganda. Kürzlich kam es zu Einfällen aus Sudan in Gebiete im Osten Tschads, die von Flüchtlingen bevölkert sind und in denen sich auch verschiedene bewaffnete Gruppen aufhalten. Die Präsenz bewaffneter Elemente in Flüchtlingslagern und -siedlungen schafft ein gefährliches Umfeld für humanitäres Personal und hat darüber hinaus gravierende Folgen für die Sicherheit und das Wohlergehen von Flüchtlingen, einschließlich Gewalt und Zwangsrekrutierung. Im Juni 2004 richtete das UNHCR in Genf eine Sachverständigentagung zum Thema "Wahrung des zivilen und humanitären Charakters des Asyls" aus. Auf der Tagung waren die verschiedenen Teile des Systems der Vereinten Nationen vertreten, darunter die Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, sowie einige internationale nichtstaatliche Organisationen und interessierte Regierungen. Die Teilnehmer zogen eine Bilanz der aus dem erfolgreichen Prozess der Trennung liberianischer Kombattanten von Flüchtlingen in Sierra Leone im Jahr 2003 gewonnenen Erfahrungen, die sich möglicherweise auf künftige Fälle anwenden lassen. Ein Paket operativer Richtlinien, namentlich Normen und Verfahren für die Trennung bewaffneter Elemente von Flüchtlingsbevölkerungen, wird im weiteren Verlauf des Jahres nachfolgen.

91. Das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten hat über seine Gruppe für Binnenvertreibungen seine Anstrengungen zur Verbesserung der Unterstützung bei der Durchführung kooperativer Antwortmaßnahmen auf Binnenvertreibungen fortgesetzt. Im März 2004 sprach sich der Ständige interinstitutionelle Ausschuss dafür aus, dass die Gruppe die politischen Leitlinien für die kooperativen Antwortmaßnahmen überarbeitet und aktualisiert, einschließlich der Aufstockung von Schutzkapazitäten. Zur Förderung einer robusteren Bewertungs- und strategischen Unterstützungsrolle für die Gruppe benannte sie der Nothilfekoordinator in "Interinstitutionelle Abteilung für Binnenvertreibungen" um und ernannte einen neuen Direktor, der auch als sein Sonderberater für Binnenvertreibungen fungieren wird.

### **Koordinierung und Erbringung humanitärer Hilfe**

92. Kohärente, wirksame und grundsatztreue humanitäre Maßnahmen sind nach wie vor ein vorrangiges Anliegen der Vereinten Nationen. Entsprechend seinem Auftrag, die humanitären Antwortmaßnahmen auf Krisen zu koordinieren, arbeitete das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten auch weiterhin eng mit Partnerorganisationen und nichtstaatlichen Organisationen zusammen, um die wichtigsten Koordinierungsinstrumente und -mechanismen für alle Phasen einer Krise zu stärken. Dazu gehörten kohärentere Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs für humanitäre Hilfe, des Informationsmanagements und der finanztechnischen Überwachung der Mittelflüsse für die Hilfe sowie die bessere Unterstützung der Koordinierung von Schutzmaßnahmen. Das Amt konzen-



trierte sich darüber hinaus verstärkt auf "vergessene" Notsituationen, weitete seine Frühwarnmechanismen aus, erhöhte seine Kapazitäten für die Eventualfallplanung und die Notfallvorsorge und verstärkte die strategische Planungskomponente des Prozesses der konsolidierten Hilfsappelle noch weiter. Während des Berichtszeitraums kamen diese Anstrengungen bei den Antwortmaßnahmen auf Krisen in der Islamischen Republik Iran, Irak, West- und Zentralafrika sowie in Sudan erfolgreich zum Tragen.

93. In Darfur (Sudan) haben massive Menschenrechtsverletzungen, darunter Vertreibungen, außergerichtliche Tötungen und geschlechtsspezifische sexuelle Gewalt, sowie der fehlende Zugang zu Nahrungsmitteln und Trinkwasser dazu geführt, dass ein Großteil der Bevölkerung ums Überleben kämpft. Das Welternährungsprogramm (WFP) leistet Nahrungsmittelhilfe, und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) hat mit dem Bau und der Instandsetzung von Wasserversorgungssystemen begonnen. Die Weltgesundheitsorganisation hat ein Frühwarnsystem eingerichtet, um auf den Ausbruch von Krankheiten reagieren zu können, und unterstützt gemeinsam mit dem UNICEF Gesundheitseinrichtungen und andere Feldtätigkeiten. Darüber hinaus wurden dieser humanitäre Notstand und diese Menschenrechtskrise dadurch stärker in den Blickpunkt gerückt, dass mein Nothilfekoordinator und die Ermittlungsmissionen des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte den Sicherheitsrat unterrichteten und mehrere auf hoher Ebene angesiedelte Treffen mit Gebern und Hilfsorganisationen abhielten.

94. Im Norden Ugandas sind die Vertriebenen über weit mehr als 100 Lager verstreut, zu denen die humanitären Missionen nur einen äußerst begrenzten Zugang haben. In dieser Krise sind in erster Linie die Kinder die Leidtragenden, in zunehmenden Maße als Zielscheibe von Entführungen wie auch durch den Verlust an Sicherheit. Das einmalige Phänomen der "Nachtpendler", bei dem jede Nacht mehr als 50.000 Kinder ihr Zuhause verlassen, um sich in Bezirksstädten in Sicherheit zu bringen, unterstreicht die tragischen humanitären Folgen dieser Krise. In diesem höchst unsicheren Umfeld ist es dem WFP mit Hilfe bewaffneter Eskorten gelungen, die Versorgung der gefährdeten Bevölkerung mit Nahrungsmitteln aufrechtzuerhalten.

95. Die anhaltende Unsicherheit und die kumulative Wirkung von Vertreibung, Erschöpfung der Nahrungsmittelvorräte, Zusammenbruch der sozialen Dienste und wirtschaftlicher Stagnation haben dazu geführt, dass viele Länder weltweit weiter lebenserhaltende Hilfe benötigen und dass Friedensaussichten zunichte gemacht wurden. Anhaltende Kampfhandlungen, Nahrungsmittelknappheit und eine mangelhafte Regierungs- und Verwaltungsführung untergraben nach wie vor die Anstrengungen zur Stabilisierung der Situation in der Zentralafrikanischen Republik. In den östlichen Regionen der Demokratischen Republik Kongo waren seit dem scheinbaren Ende des Krieges kaum Fortschritte zu verzeichnen, vor allem, weil kongolesische Akteure und Nachbarländer weiter zu verhindern suchten, dass ihre etablierten Interessen durch eine Institution vereitelt werden, die die allgemeinen Interessen des Landes vertritt. Das Gebiet ist nach wie vor mit Rebellengruppen und Milizen durchsetzt, und Millionen Menschen kämpfen um die Befriedigung ihrer grundlegendsten Bedürfnisse. Über Maßnahmen wie die Wiederherstellung der Wasserquellen des Landes durch das UNICEF – mehr als 54 Prozent der Bevölkerung haben keinen Zugang zu Trinkwasser – und die Unterstützung der lokalen und nationalen Gesundheitsbehörden durch die WHO arbeiten die Vereinten Nationen daran, diese Bedürfnisse zu befriedigen.

96. Eritrea und Äthiopien wurden weiter von Dürren und chronischen Problemen bei der Nahrungsmittelversorgung heimgesucht. In den vergangenen sechs Monaten waren kaum Änderungen bei den Regenfällen, den Ernteerträgen oder der Verbesserung der Ernährungslage zu verzeichnen. Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungssicherung sind

nach wie vor dringend notwendig. Das WFP kam für annähernd 50 Prozent der gesamten Nahrungsmittelnothilfe auf und konnte bis zu 3,44 Millionen Hilfsbedürftige pro Monat erreichen. Eine Strategie zur Erweiterung des Empfängerkreises und ein Programm zur Sicherung des Überlebens von Kindern, die gemeinsam vom UNICEF und dem WFP in Äthiopien durchgeführt werden, zielen darauf ab, die Auswirkungen chronischer Ernährungsunsicherheit auf etwa 6 bis 8 Millionen Kinder abzumildern, die in den am meisten von Ernährungsunsicherheit und Dürre betroffenen Gebieten leben. Die WHO arbeitet eng mit den anderen Organisationen der Vereinten Nationen und mit nichtstaatlichen Organisationen zusammen, um Gesundheitsprobleme zu überwachen und einzudämmen.

97. Im südlichen Afrika ist die Lebenserwartung in Lesotho, Malawi, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Swasiland zwischen 1970 und 2004 von durchschnittlich 46 Jahren auf 35 Jahre gesunken. Wenigstens jedes fünfte Kind wird in diesen Ländern bis 2010 voraussichtlich verwaist sein, wobei dieser Anteil in manchen Ländern sogar noch höher liegt. Eine tödliche Kombination von HIV/Aids, Ernährungsunsicherheit, schwacher Regierungs- und Verwaltungsführung und chronischer Armut hat zu einer Überlebenskrise und zum verfrühten Tod von Millionen Menschen geführt. Auf Grund der konzertierten Anstrengungen der Organisationen der Vereinten Nationen und nichtstaatlicher Organisationen konnten zwischen Mitte 2002 und Mitte 2004 im Rahmen konsolidierter Hilfsappelle mehr als 800 Millionen Dollar aufgebracht werden, wodurch es unter anderem möglich wurde, mehr als 10 Millionen Menschen Nahrungsmittelhilfe zu gewähren, 2 Millionen Kindern Ergänzungsnahrung zu geben, 7 Millionen Kinder gegen Masern zu impfen und 5,5 Millionen Bauern landwirtschaftliche Unterstützung zu gewähren.

98. Die integrierte, mehrdimensionale Natur der vor kurzem in Burundi, Côte d'Ivoire, Haiti und Liberia eingerichteten Missionen der Vereinten Nationen eröffnet Chancen für kohärentere und wirksamere Maßnahmen in Postkonfliktsituationen. Durch ein solches integriertes Konzept sollen sowohl die humanitäre Hilfe als auch die Achtung der Menschenrechte und die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens gefördert werden. Insbesondere ist es unerlässlich, dass die Unparteilichkeit und die Neutralität der humanitären Maßnahmen bei allen integrierten Missionen gewahrt bleibt und dass der humanitäre Zweig der Vereinten Nationen in der Lage ist, mit seinen nichtstaatlichen Partnerorganisationen voll zusammenzuarbeiten.

99. Organisationen der Vereinten Nationen sind darüber hinaus auch mit der Erleichterung des Übergangs von der Nothilfe zur Entwicklung in Ländern in Postkonfliktsituationen befasst. Eine vor kurzem durchgeführte Evaluierung der Übergangsmaßnahmen der Vereinten Nationen in acht Ländern kam zu dem Schluss, dass das System der Vereinten Nationen eine einzige, kohärente Strategie entwickeln muss, um die Übergangsaktivitäten zu stärken; ferner wurde die Einrichtung eines ständigen Mechanismus angeregt, der die mit der Übergangsplanung betrauten Landesteamer der Vereinten Nationen unterstützen soll. Der humanitäre Pfeiler und der Entwicklungspfeiler arbeiten bereits jetzt enger zusammen, um Flüchtlinge und Vertriebene in die Übergangsplanung einzubeziehen und dauerhafte Lösungen für diese Bevölkerungsgruppen zu fördern. Das vor zwei Jahren vom UNHCR, dem UNDP und anderen Stellen gemeinsam aufgestellte Konzept "Repatriierung, Wiedereingliederung, Rehabilitation und Wiederaufbau" wird nunmehr in Pilotprojekten in Afghanistan, Liberia, Sierra Leone und Sri Lanka erprobt, und seine Anwendung in Burundi und schließlich in Sudan ist geplant.

100. Die Intifada in dem besetzten palästinensischen Gebiet hält seit vier Jahren an, und die sozioökonomische Notlage der palästinensischen Bevölkerung hat sich durch israelische Maßnahmen wie Schließungen, Ausgangssperren und Militäreinsätze verschärft. Die

Notfallmaßnahmen des UNRWA sind nach wie vor eine wichtige Quelle der Hilfe und der Stabilität, doch blieb das Hilfswerk über die Zugangsbeschränkungen für humanitäre Hilfe besorgt. Mit der Errichtung einer Barriere im Westjordanland wurde ein weiteres Hindernis für den Zugang humanitärer Hilfe geschaffen, und die Lebensgrundlagen der betroffenen Palästinenser und ihr Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wurden schwer beeinträchtigt. Das UNRWA führte außerdem sein reguläres Programm von Bildungs-, Gesundheits-, Hilfs-, Sozial- und Mikrofinanzierungsdiensten für mehr als 4 Millionen Palästinäflüchtlinge in Jordanien, Libanon, der Syrischen Arabischen Republik sowie im Westjordanland und im Gazastreifen durch.

### **Bereitstellung von Finanzmitteln bei humanitären Notlagen**

101. An dieser Stelle soll die Botschaft der Halbjahresüberprüfung des Prozesses der konsolidierten Hilfsappelle 2003 wiederholt werden: Zwar lässt sich die im Allgemeinen zu beobachtende Finanzierungslücke der konsolidierten Hilfsappelle nicht, wie manchmal vermutet, in erhöhten Verlusten an Menschenleben messen, doch sind größeres Leid und ausbleibende Erholung durchgängige Themen aller konsolidierten Hilfsappelle. Auch 2004 ergibt sich bei den humanitären Maßnahmen sowohl eine absolute als auch eine relative Finanzierungslücke. Der bei den konsolidierten Hilfsappellen angemeldete Gesamtmittelebedarf für humanitäre Hilfe im Jahr 2004 betrug 2,9 Milliarden Dollar. Bis zum 21. Juli 2004 waren Beiträge in Höhe von insgesamt 928 Millionen Dollar eingegangen, was zur Hälfte der Laufzeit des Appells samt Übertrag lediglich 32 Prozent des Bedarfs entspricht. Dieser Wert liegt unter demjenigen für den gleichen Zeitraum des Vorjahres, als Mittel für die Deckung von etwa 45 Prozent des Gesamtbedarfs vorhanden waren. Darüber hinaus war die Finanzierung humanitärer Maßnahmen weiter unausgewogen, und für manche Länder bestanden erhebliche Finanzierungslücken. Per 21. Juli 2004 reichte die Reaktion auf einzelne konsolidierte Hilfsappelle von 50 Prozent für den Nordkaukasus (Russische Föderation) und für Tschad zu Tiefstwerten von 16 Prozent für Côte d'Ivoire und 15 Prozent für Simbabwe.

102. Die Gesamtmittel, die dem UNICEF und der WHO für Notfälle zur Verfügung gestellt wurden, reichen gerade für ein Mindestmaß an lebenserhaltenden Maßnahmen aus. So wurden auf Grund des niedrigen Mittelaufkommens beispielsweise die Maßnahmen zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten in einigen westafrikanischen Ländern, die Bildungs-, Schutz- und Gesundheitsversorgungsprogramme in Côte d'Ivoire sowie die Unterstützung bei der Bekämpfung von HIV/Aids und bei Bildungsmaßnahmen in Burundi eingeschränkt, wodurch Kinder höheren Gefahren ausgesetzt sind und sich das Risiko von Menschenrechtsverletzungen erhöht hat.

103. Das UNHCR sieht sich auf Grund des Systems der freiwilligen Beiträge Finanzierungslücken bei seinen lebensrettenden Schutz- und Hilfsprogrammen gegenüber. Wie schon in jüngeren Jahren tritt die Wirkung dieser Finanzierungslücken hauptsächlich in Afrika zutage, wo der Bedarf am höchsten ist. Die laufenden umfangreichen Repatriierungsmaßnahmen in Liberia und Sudan könnten durch unzureichende Mittel behindert werden. Ende Juli 2004 waren beim UNHCR lediglich 16,6 Millionen Dollar an bestätigten Beiträgen gegenüber einem Bedarf von 39,2 Millionen Dollar für die Rückführung von mehr als 300.000 Liberianern eingegangen. Für Sudan hatte das UNHCR weniger als die Hälfte der 8,8 Millionen Dollar erhalten, die für den Beginn der erwarteten Rückführung und Wiedereingliederung von bis zu 600.000 Flüchtlingen, die sich derzeit in Nachbarländern aufhalten, notwendig sind. Der zögerliche Eingang von Mitteln hat darüber hinaus auch die Fähigkeit des UNHCR behindert, auf die Krise im Osten Tschads zu reagieren,

die durch Flüchtlinge aus Darfur entstanden ist. Bis Ende Juli erhielt das UNHCR 27,8 der 55,8 Millionen Dollar, die für die Bewältigung der Notsituation in Tschad notwendig sind.

104. Der Einsatz des WFP in Irak 2003 war der größte jemals durchgeführte humanitäre Hilfseinsatz, bei dem das Programm und seine Geber Nahrungsmittel, Gelder und Personal in außerordentlicher Höhe aufzubringen hatten. An anderen Orten der Welt jedoch musste das WFP einem präzedenzlos hohen Bedarf mit unzureichenden Ressourcen entgegenreten. Allein in Afrika benötigten etwa 40 Millionen Menschen Nahrungsmittelhilfe, was einem Mittelbedarf von rund 1,8 Milliarden Dollar entspricht. Das WFP hatte Schwierigkeiten, den Bedarf von 6,4 Millionen Menschen in der Demokratischen Volksrepublik Korea zu decken, und konnte nicht einmal 60 Prozent der für den Einsatz benötigten Mittel aufbringen. Es sah sich auch gezwungen, für Hunderttausende vertriebener Angolaner und Tausende von Flüchtlingen aus Äthiopien, Somalia und Sudan die Rationen zu halbieren.

105. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) leistete im Agrarsektor Hilfe in einem Gesamtwert von 190 Millionen Dollar, davon 111 Millionen Dollar für Irak. Sie erhielt jedoch weniger als 45 Prozent ihres in den konsolidierten Hilfsappellen 2003 ausgewiesenen Mittelbedarfs. Bis Juni 2004 war der in den Appellen für 2004 angemeldete Mittelbedarf zu nicht einmal 25 Prozent gedeckt. Die FAO lieferte landwirtschaftliche Produktionsmittel wie Saatgut und Dünger, Fischfanggerät, Viehfutter und Medikamente sowie die wichtigsten landwirtschaftlichen Geräte, um die Agrarproduktion in Katastrophengebieten wieder anzukurbeln. Wo es die Umstände erlaubten, wurde die Verteilung von Produktionsmitteln durch nachhaltigere Hilfen ergänzt, beispielsweise die lokale Erzeugung von Saatgut und anderen Pflanzmaterialien, die Aufstockung der Viehbestände, die Verhütung und Eindämmung von Pflanzen- und Tierkrankheiten, die rasch greifende Instandsetzung von Infrastrukturen wie Bewässerungsanlagen und die Weiterbildung in verbesserten landwirtschaftlichen Methoden.

106. Das Beitragsdefizit von 135,8 Millionen Dollar für die Nothilfeappelle des UNRWA für das besetzte palästinensische Gebiet war eines der Hauptprobleme des Hilfswerks während des Berichtsjahres, da der Bedarf in der Flüchtlingsgemeinschaft weiter anstieg, die Ressourcen zu seiner Deckung jedoch nicht ausreichten. Im Gazastreifen konnte das UNRWA nicht einmal 10 Prozent der 21.000 Palästinenser, die seit Oktober 2000 durch israelische Militäreinsätze ihr Heim verloren hatten, neuen Wohnraum verschaffen. Durch die Finanzierungslücken wurden auch die Aufrechterhaltung der Nahrungsmittelnothilfe für mehr als 1 Million Flüchtlinge sowie die Durchführung des Notprogramms des Hilfswerks für die Schaffung von Arbeitsplätzen erschwert.

107. Zur Unterstützung der Antiminenprogramme der Vereinten Nationen flossen im Berichtszeitraum mehr als 50 Millionen Dollar über den Freiwilligen Treuhandfonds der Vereinten Nationen zur Unterstützung von Antiminenprogrammen. Dieser Treuhandfonds wird von der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze verwaltet. Zusätzliche Mittel flossen in die themenbezogenen Treuhandfonds des UNDP und des UNICEF. Finanzierungslücken im gesamten System der Vereinten Nationen beeinträchtigten die Hilfsmaßnahmen, so etwa in Afghanistan, Angola, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo, Kolumbien, Sudan und dem besetzten palästinensischen Gebiet. Bis Juli 2004 fehlten allein in Afghanistan und in Sudan mehr als 60 Millionen Dollar. Die Beiträge an den Treuhandfonds müssen mehr als verdoppelt werden, um diese Finanzierungslücken zu schließen.

108. Im Berichtszeitraum sahen sich humanitäre Helfer und Missionen anhaltenden Gefahren ausgesetzt, insbesondere in Afghanistan, der Demokratischen Republik Kongo und Irak, wo humanitäres Personal gezielt angegriffen wurde. Sicherheit ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Erbringung humanitärer Hilfe in vielen Konfliktgebieten und ist da-

her fester Bestandteil der konsolidierten Hilfsappelle. Trotz zunehmender Bedrohungen der Sicherheit beliefen sich die Beiträge der Geber per 27. Juli 2004 für Projekte auf dem Sicherheitssektor im Rahmen der konsolidierten Hilfsappelle 2004 auf nur etwas mehr als 4 Millionen Dollar beziehungsweise 27 Prozent des Gesamtbedarfs. Zusätzlich leisteten die Geber außerhalb des Prozesses der konsolidierten Hilfsappelle Beiträge in Höhe von mehr als 6 Millionen Dollar für besondere Sicherheitserfordernisse bei der Tätigkeit der Vereinten Nationen in Irak. Während der Sicherheitssektor in Irak über die volle Mittelausstattung verfügte, fehlte es jedoch bei vielen weniger im Brennpunkt stehenden Notlagen an entsprechendem Personal, Ressourcen und Ausrüstung.

## Naturkatastrophen-Management

109. Im Jahr 2003 forderten rund 700 Katastrophen 75.000 Todesopfer und verursachten wirtschaftliche Verluste im Wert von mehr als 65 Milliarden Dollar. Die Zahl der Todesopfer war um ein Vielfaches höher als im vorangegangenen Jahr, was hauptsächlich auf das Erdbeben in Bam (Islamische Republik Iran) zurückzuführen war. Im Jahr 2004 waren Millionen Menschen von Überschwemmungen und Wirbelstürmen in Bangladesch, China, der Dominikanischen Republik, Haiti, Indien, Madagaskar und Sri Lanka betroffen. Es ist bemerkenswert, dass viele der betroffenen Länder auf Grund ihrer gestiegenen Kapazitäten keine Hilfe aus dem Ausland benötigten, um mit den Überschwemmungen des Jahres 2004 fertigzuwerden. Dürre und chronische Probleme bei der Nahrungsmittelversorgung suchten das Horn von Afrika weiter heim, wo die Ernteerträge, die Ernährungslage sowie die Ernährungssicherheit nach wie vor dringend der Verbesserung bedürfen. Zwischen September 2003 und Juni 2004 koordinierte das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten gemeinsam mit anderen Stellen die Antwortmaßnahmen auf 38 durch natur- oder umweltbedingte Gefahren in katastrophenanfälligen Ländern ausgelöste Großkatastrophen. Darunter fällt die Koordinierung der Hilfsmaßnahmen bei den starken Erdbeben in der Islamischen Republik Iran (Dezember 2003) und Marokko (Februar 2004), beim Wirbelsturm "Gafilo" in Madagaskar (März 2004) sowie bei den Überschwemmungen in der Dominikanischen Republik und in Haiti (Mai 2004).

110. Ich bin darüber besorgt, dass die Folgen von Naturgefahren eine große Herausforderung für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele bedeuten, und ich begrüße die Anstrengungen, die humanitäre und Entwicklungsorganisationen unternehmen, um die Durchführung von Katastrophenvorbeugungsmaßnahmen auf einzelstaatlicher und lokaler Ebene zu unterstützen. Das UNDP, das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (VN-Habitat) und das Sekretariat der Internationalen Katastrophenvorbeugungsstrategie, ein wichtiger internationaler Mechanismus für die Minderung des Katastrophenrisikos, kooperieren in zunehmendem Maße bei der Planung und Durchführung ihrer Aktivitäten. Diese Zusammenarbeit hat zu konkreten Gemeinschaftsprogrammen in der Demokratischen Republik Kongo, Ecuador und Peru sowie zu einer regionalen Programmierung, die acht zentralamerikanische Staaten erfasst, geführt. Darüber hinaus hat die Interinstitutionelle Arbeitsgruppe für Katastrophenvorbeugung ihre Tätigkeit neu ausgerichtet, um die Auswirkungen der Klimaänderung auf die Minderung des Katastrophenrisikos zu bewerten. Sie hat sich mit der zunehmenden Anfälligkeit der städtischen Umwelt, der besseren Unterstützung der Katastrophenvorbeugung und -vorsorge in Afrika sowie mit der kontinuierlichen Weiterentwicklung von Gefährdungsdaten und -indikatoren befasst. Anfang 2004 veröffentlichte das UNDP den Bericht "Reducing disaster risk: a challenge for development" (Senkung des Katastrophenrisikos: Eine Herausforderung für die Entwicklung).

Darin wurde ein weltweiter Katastrophenrisikoindex eingeführt, der die relative Anfälligkeit eines Landes für drei wesentliche Naturgefahren – Erdbeben, tropische Wirbelstürme und Überschwemmungen – misst und Entwicklungsfaktoren aufzeigt, die das Risiko erhöhen. In diesem Zusammenhang freue ich mich, mitteilen zu können, dass die Universität der Vereinten Nationen ein Programm eingeleitet hat, bei dem durch ein umfassendes Konzept der Risikominderung und der Herabsetzung der Anfälligkeit das Risiko für katastrophale Überschwemmungen in der asiatisch-pazifischen Region gesenkt werden soll.

### **Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten**

111. Die Vereinten Nationen haben ihren grundsatzpolitischen Rahmen für den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten während des vergangenen Jahres weiter gestärkt und ausgebaut. Im Dezember 2003 stellte der Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten dem Sicherheitsrat eine Zehn-Punkte-Plattform für den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten vor, welche die Grundlage für meinen im Mai 2004 vorgelegten vierten Bericht an den Rat über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten bildete.

112. In den fünf Jahren seit der Aufstellung der Agenda für den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten wurden beträchtliche Fortschritte erzielt. Die Anliegen im Zusammenhang mit dem Schutz von Zivilpersonen werden heute wirksamer in die Mandate von Friedenssicherungseinsätzen eingebunden, beispielsweise bei den Missionen der Vereinten Nationen in Burundi, Côte d'Ivoire, der Demokratischen Republik Kongo, Liberia und Sierra Leone.

113. Während des Berichtszeitraums führte das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten eine Reihe regionaler Arbeitstagen mit hochrangigen Regierungsvertretern durch. Dabei wurden konkrete regionale Anliegen bei der Aufstellung der Agenda für den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten erörtert und das Verständnis der Mitgliedstaaten für ihre eigenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten vertieft. Ich freue mich darüber, dass Regionalorganisationen die Agenda aufgreifen, was sich beispielsweise in dem Beschluss der Afrikanischen Union zeigt, einen Sonderbeauftragten für den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten zu ernennen, sowie in dem Beschluss der ECOWAS, eine humanitäre Abteilung einzurichten, die sich mit Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz von Zivilpersonen befassen soll.

114. Die genannten Initiativen wurden durch kollektive Mechanismen innerhalb der Vereinten Nationen unterstützt, darunter die dem Exekutiv Ausschuss für humanitäre Angelegenheiten unterstellte Implementierungsgruppe für den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, die die Grundlagen für eine verstärkte Koordinierung auf diesem Gebiet geschaffen hat. Eine engere Abstimmung führte zur gemeinsamen Entwicklung verschiedener Hilfsmittel für den Schutz von Zivilpersonen, darunter ein vom Sicherheitsrat im Dezember 2003 als Anlage zu der Erklärung seines Präsidenten S/PRST/2003/27 verabschiedetes aktualisiertes Aide-mémoire, das den jüngsten Anliegen und Trends sowie den Maßnahmen zu ihrer Bewältigung Rechnung trägt.

115. Das gravierende Problem der sexuellen Ausbeutung und des sexuellen Missbrauchs von Frauen und Kindern in bewaffneten Konflikten durch Bedienstete oder angeschlossene Mitarbeiter der Vereinten Nationen – sowohl Zivilpersonal als auch uniformierte Friedenssicherungskräfte – stand seit meinem vorigen Bericht im Mittelpunkt erheblicher Aufmerksamkeit. Im Oktober 2003 gab ich das Bulletin "Sondermaßnahmen für den Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch" (ST/SGB/2003/13) heraus. Darin werden

Mindestnormen für das von allen Mitarbeitern der Vereinten Nationen erwartete Verhalten sowie Maßnahmen festgelegt, die zur Aufrechterhaltung eines Umfelds notwendig sind, das sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch verhindert. Später wurden Richtlinien und Instrumente zur Umsetzung dieser Normen herausgegeben, und alle Teile des Systems der Vereinten Nationen, die im Feld vertreten sind, haben begonnen, für die kohärente Umsetzung des Bulletins auf Feldebene zu sorgen.

## Kapitel IV

### Entwicklungszusammenarbeit

#### Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele

116. Auch im vergangenen Jahr bildeten die acht Millenniums-Entwicklungsziele den übergreifenden Rahmen für die Aktivitäten der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Die zentrale Strategie der Vereinten Nationen – Forschung, Kampagnenarbeit, Überwachung und Berichterstattung und Einsätze auf Landesebene – bildete die Richtschnur für die Tätigkeit der Organisation zur Verwirklichung der Ziele.

117. Die Aussichten auf Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele sind zwar nach wie vor uneinheitlich, doch sind die termingebundenen und messbaren Ziele bis zum Ablauf der Frist im Jahr 2015 noch erreichbar. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn die entwickelten Länder und die Entwicklungsländer die richtige Kombination von innerstaatlichen und internationalen politischen Maßnahmen ergreifen und ihre in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen und dem Konsens von Monterrey eingegangenen gemeinsamen Verpflichtungen erfüllen.

118. Die Vereinten Nationen folgen bei ihrem Bemühen, den Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele behilflich zu sein, einem ganzheitlichen Ansatz. Im vergangenen Jahr waren die Vereinten Nationen bestrebt, die produktiven Kapazitäten der Entwicklungs- und der Transformationsländer durch Handel, Investitionen, Mobilisierung von Ressourcen und Technologieentwicklung ausbauen zu helfen. Die Organisation unterstützte darüber hinaus schwächere Gesellschaftsgruppen, beispielsweise Menschen, die in absoluter Armut leben, Frauen, Kinder, Jugendliche, indigene Völker, Flüchtlinge, Menschen mit HIV/Aids und Migranten.

119. Die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen, die die im Entwicklungsbereich tätigen operativen Stellen umfasst, erarbeitet weiter neue Politiken und Leitlinien zur Verbesserung der Qualität, der Wirksamkeit und der Koordinierung der Programme auf Landesebene. Die gemeinsamen Landesbewertungen und der Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen ermöglichen dem System der Vereinten Nationen ein strategisches, kohärentes und integriertes Eingehen auf die Prioritäten und den Bedarf der einzelnen Staaten hinsichtlich der Millenniums-Entwicklungsziele. Im Jahr 2003 begannen 18 Landesteams der Vereinten Nationen mit der Erstellung von gemeinsamen Landesbewertungen und Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen; 18 weitere folgten im Jahr 2004.

120. Die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele erfordert nach wie vor erhebliche Kampagnen- und Lobbyarbeit. Die Millenniums-Kampagne schafft in der Bevölkerung eine breite Unterstützung für die Ziele, indem sie gemeinsam mit Interessengruppen in den Industrieländern auf größeren politischen Druck zur Verwirklichung des achten Ziels hinarbeitet; darin wird zu verstärkter Hilfe, spürbaren Schuldenerleichterungen und erweitertem Zugang zu Handel und Technologien aufgerufen. Im Jahr 2003 begann die Kampagne, in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Netzwerken nationale Kampagnen in Entwicklungsländern zu unterstützen.

121. Im Rahmen des Millenniums-Projekts kommen mehr als 150 Politikexperten, Fachleute aus dem Entwicklungsbereich und führende Wissenschaftler aus der ganzen Welt zusammen, um nach alternativen Ansätzen zur Verwirklichung der Ziele zu forschen. Mit Blick auf die im Jahr 2005 anstehende Überprüfung der Millenniums-Erklärung wird im



Rahmen des Projekts derzeit gemeinsam mit Regierungen, internationalen Finanzinstitutionen und anderen Partnern an einer Reihe von Pilotprojekten auf Landesebene gearbeitet, die sich damit befassen, welche grundsatzpolitischen Maßnahmen, welche Ressourcen und welches Wirtschaftswachstum jedes Land benötigt, um die Ziele zu verwirklichen.

122. Wie die Generalversammlung anerkannt hat, erfordert die wirksame Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele einsatz- und bestandfähige statistische Systeme. Solide, verlässliche und vergleichbare statistische Daten sind für die Formulierung und Durchführung von Politiken zur Verwirklichung der Ziele unerlässlich. Zahlreiche Stellen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere die Statistikabteilung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten unter der Leitung der Interinstitutionellen Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele, haben zur Verbesserung der Datenqualität beigetragen. Die Hauptabteilung veranstaltete im Jahr 2003 Arbeitstagen zu Gunsten des Aufbaus einzelstaatlicher statistischer Kapazitäten. Um die Verfolgung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele auf Landesebene zu verbessern, betreibt die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen die Einführung der Software "DevInfo", die im Jahr 2003 in den statistischen Ämtern von 42 Ländern im Einsatz war und 2004 in weiteren 120 Ländern eingeführt wird.

123. Wissenschaft und Technologie sind von entscheidender Bedeutung, wenn es darum geht, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Hinblick auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu fördern. Viele Entwicklungsländer werden die Ziele aller Voraussicht nach nicht erreichen, wenn sie keine klare politische Verpflichtung eingehen, mit der sie Wissenschaft und Technologie oberste Priorität zuweisen. Der Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien und Biotechnologie und die entsprechende Vernetzung sowie der Technologietransfer und der Kapazitätsaufbau gehören zu den sich abzeichnenden Themen. Die meisten Einrichtungen der Vereinten Nationen haben die Arbeit im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien aufgenommen und zu dem Vorbereitungsprozess für die erste Phase des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft und zu dem Gipfel selbst beigetragen. Die Arbeitsgruppe Informations- und Kommunikationstechnologien und die Kommission für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung haben eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von Wissen und beim Informationsaustausch auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien im Dienste der Entwicklung wahrgenommen.

124. Während des vergangenen Jahres stellte sich die Organisation weiter der Herausforderung, einzelstaatliche Verwaltungskapazitäten zur Verfolgung der Millenniums-Entwicklungsziele aufzubauen. Der Sachverständigenausschuss für öffentliche Verwaltung ermittelte neue Trends und Chancen für die Neubelebung der öffentlichen Verwaltung und der Regierungsführung zur Verwirklichung der Ziele. In der Veröffentlichung *World Public Sector Report 2003: E-Government at the Crossroads* (Weltbericht 2003 über den öffentlichen Sektor: Elektronische Verwaltung am Scheideweg) wurden das Potenzial der Informations- und Kommunikationstechnologien und ihre Einsatzmöglichkeiten in komplexem Umfeld herausgestrichen. Auf dem Gebiet des Aufbaus von Kapazitäten für die Konfliktbewältigung wurden ein Analyseinstrumentarium sowie Schulungsmaterialien entwickelt.

125. Im Hinblick auf das Ziel der Beseitigung der extremen Armut und des Hungers konzentrierte sich der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) auf drei Schlüsselmaßnahmen zur Armutsbekämpfung in ländlichen Gebieten: Ausbau der Kapazitäten der Armen und ihrer Organisationen in ländlichen Gebieten, Verbesserung des gleichberechtigten Zugangs zu produktiven natürlichen Ressourcen und Technologie und

Erweiterung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen und -märkten. Zur Verwirklichung dieser Ziele genehmigte der IFAD im Jahr 2003 25 neue Projekte für ländliche Entwicklung in einer Gesamthöhe von 403,6 Millionen Dollar. Zusätzlich vergab der IFAD über sein Zuschussprogramm 70 Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 20,3 Millionen Dollar.

126. Über seinen Praxisbereich Armutsbekämpfung half das UNDP bestimmten Ländern dabei, Armutsbekämpfungsstrategien zu erarbeiten, die auf partizipatorischen Prozessen beruhen, den Staatshaushalt an die Millenniums-Entwicklungsziele zu knüpfen und die Überwachung des Zielfortschritts zu verbessern. Darüber hinaus war das Programm den Ländern im Rahmen breit angelegter Konsultationen mit Interessenträgern bei der Sondierung durchführbarer politischer Maßnahmen und alternativer Sichtweisen der menschlichen Entwicklung und der Armutsbekämpfung sowie bei der Einbindung der Ergebnisse in die Ausarbeitung und Umsetzung von Strategiedokumenten zur Armutsbekämpfung behilflich.

127. Wenn die Millenniums-Entwicklungsziele verwirklicht werden, wird es für die Menschen weniger attraktiv, sich in die Hände von Menschenhändlern zu begeben, um der Armut zu entfliehen. Ihre Verwirklichung wird auch zu dauerhaften Lösungen für Flüchtlinge, Binnenvertriebene und Rückkehrer beitragen, die zu den weltweit schwächsten Bevölkerungsgruppen zählen. Menschen, die vor Konflikten, Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung fliehen, sollen Schutz finden und ein neues Leben in einem Umfeld beginnen können, in dem sie sicher und willkommen sind. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD), das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, die Internationale Organisation für Migrationen und das UNHCR sind derzeit gemeinsam bemüht, den Informationsaustausch über Migrationen zu verstärken und eine größere Politikkohärenz zu fördern. Die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten trägt zum Verständnis der Auswirkungen internationaler Migration bei, indem sie das Ausmaß und die Trends solcher Migration sowie die von Regierungsseite verfolgten politischen Maßnahmen zur Beeinflussung dieser Trends beobachtet.

128. Zu den auf Regionalebene durchgeführten Aktivitäten zur Armutsbekämpfung gehörten die Pilotprojekte, die die Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien durchführte, um lokale Kapazitäten und Ressourcen zu mobilisieren und die Zusammenarbeit und die kollektive Eigenständigkeit ausgewählter Gemeinwesen in Ägypten, Libanon und der Syrischen Arabischen Republik zu stärken. Folge dieser Bemühungen war die Schaffung von etwa 1.500 neuen Arbeitsplätzen. Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik bewertete in ihrer Veröffentlichung *Social Panorama of Latin America 2002-2003* (Sozialpanorama Lateinamerikas 2002-2003) die Chancen für eine Halbierung der extremen Armut in der Region und dokumentierte das Ausmaß der Unterernährung und der Mangelernährung von Kindern sowie die Trends bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele auf diesen Gebieten.

129. Investitionen in die Landwirtschaft und in ländliche Gebiete, insbesondere in Technologien zur Wasserregelung und die ländliche Infrastruktur, in Ländern, in denen Ernährungsunsicherheit herrscht, sollten höchsten Vorrang im Kampf gegen den Hunger erhalten. Dennoch meldete die FAO, dass die bilaterale öffentliche Entwicklungshilfe für den Bereich Landwirtschaft aus den Geberländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung von 4,1 Milliarden Dollar im Jahr 2001 auf 3,8 Milliarden Dollar im Jahr 2002 zurückging. Anlässlich der Begehung des Welternährungstags 2003 erklärten der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, die FAO und das

WFP gemeinsam mit Vertretern internationaler und nationaler nichtstaatlicher Organisationen formell ihre Unterstützung für die Internationale Allianz gegen den Hunger, einen freiwilligen Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen, sozialer und religiöser Bewegungen, Organisationen des Privatsektors und internationaler Organisationen, die sich der raschen Beseitigung des Hungers auf der Welt verschrieben haben. Mehr als 50 Länder, entwickelte Länder wie Entwicklungsländer, haben ihre Absicht erklärt, mit der Internationalen Allianz verbundene nationale Allianzen gegen den Hunger zu schaffen beziehungsweise zu stärken. Über ihr Sonderprogramm für Ernährungssicherung, das nunmehr in fast 100 Ländern zum Einsatz gekommen ist, ist die FAO einkommensschwachen Ländern mit Nahrungsmitteldefiziten weiter dabei behilflich, die Ernährungssicherung auf gesamtstaatlicher Ebene sowie auf Ebene der einzelnen Haushalte zu verbessern. Dies geschieht durch die rasche Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und der Produktivität auf einer wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Grundlage sowie durch die Verbesserung des Zugangs der Menschen zu Nahrungsmitteln.

130. In Armut lebende Menschen finden sich in zunehmendem Maße in städtischen Gebieten. Um die Millenniums-Entwicklungsziele zu "urbanisieren", hat das VN-Habitat in Ägypten, Bangladesch, Bolivien, Ghana, den Philippinen und der Türkei Teilerhebungen über Ungleichgewichte in den Städten durchgeführt. Die Veröffentlichung des VN-Habitat *The Challenge of Slums: Global Report on Human Settlements 2003* (Herausforderung Elendsviertel: Weltbericht 2003 über Wohn- und Siedlungswesen) enthält die ersten Schätzungen über die weltweite Slumbevölkerung überhaupt.

131. Der Ausbau des einheimischen Privatsektors ist eine wesentliche Voraussetzung für die Herbeiführung von Wachstum und Entwicklung und die Linderung der Armut. Die Kommission für den Privatsektor und die Entwicklung führte in ihrem Bericht vom März 2004 mit dem Titel *Unleashing Entrepreneurship: Making Business Work for the Poor* (Freisetzung des Unternehmergeistes: Wie die Wirtschaft den Armen nutzen kann) ein Spektrum von Maßnahmen aus, das Regierungen, öffentliche Entwicklungsinstitutionen, der Privatsektor und die Organisationen der Zivilgesellschaft durchführen können, um das Wachstum von Klein- und Mittelbetrieben zu fördern. Die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen erbrachte im Rahmen ihres Empretec-Programms Dienste zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von Klein- und Mittelbetrieben in Entwicklungsländern. Das Programm wurde bereits in über 30 Ländern eingerichtet, zuletzt in Angola und Guyana.

132. Im Jahr 2003 unterstützte die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) 51 Länder über integrierte Programme und länderspezifische Dienstleistungsrahmen zu Gunsten der industriellen Entwicklung. Das Ziel dabei war, die Industrieunternehmensführung und die institutionelle Infrastruktur zu verbessern, die Klein- und Mittelbetriebe zu stärken, technologische Kapazitäten zu modernisieren, Fertigkeiten auszubauen und den Zugang zu moderner Technologie zu erweitern, Handels- und Exportkapazitäten aufzubauen und auf energieeffizientere und sauberere Produktionsweisen umzustellen.

133. Was die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung betrifft, so schätzt das UNICEF, dass noch immer 121 Millionen Kinder, davon 65 Millionen Mädchen, keine Schule besuchen. Im Jahr 2004 begann die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) mit einer strategischen Prüfung ihrer Rolle als Hauptkoordinatorin des Programms "Bildung für alle", einer interinstitutionellen Initiative, die den Ländern dabei helfen soll, bis zum Jahr 2015 das Ziel einer guten allgemeinen Grundschulbildung auf Dauer zu verwirklichen, und die sich auf die eingehendste jemals

auf weltweiter Ebene durchgeführte statistische Evaluierung der Bildung in 180 Ländern stützt. Die UNESCO untersucht unter anderem, wie die Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Programmziele gefördert und eine bessere Koordinierung zwischen den Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit zu Gunsten des Programms auf globaler Ebene und auf Landesebene gewährleistet werden kann. Die beim Statistischen Institut der UNESCO in Montreal untergebrachte Beobachtungsstelle für das Ziel der Bildung für alle lieferte auch weiterhin hochwertige Bildungsdaten und -statistiken, um den Entscheidungsträgern Orientierungshilfe zu geben und die globalen Fortschritte bei der Verwirklichung der Bildung für alle zu überwachen.

134. Die Anstrengungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Ermächtigung der Frau bildeten auch im vergangenen Jahr einen wichtigen Aspekt der Tätigkeit der Vereinten Nationen. Das Regionalsymposium über die Integration einer Gleichstellungsperspektive in alle Bereiche der Wirtschaftspolitik (Genf, Januar 2004), das gemeinsam von der Wirtschaftskommission für Europa und dem Büro der Sonderberaterin für Gleichstellungsfragen und Frauenförderung ausgerichtet wurde, bot Gelegenheit zum Austausch von Erfahrungen und guten Verfahrensweisen in ausgewählten Bereichen der Wirtschaftspolitik. Zu den konkreten Erfolgen, die auf Landesebene mit Hilfe von Stellen der Vereinten Nationen erzielt wurden, gehörte die Fortbildung in Gleichstellungsfragen und auf dem Gebiet der geschlechtsdifferenzierten Analyse für eine wachsende Zahl staatlicher Entwicklungsfachleute, die höhere Zahl statistischer Verzeichnisse mit nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten und die stufenweise Aufnahme geschlechtsspezifischer Erwägungen in die einzelstaatlichen Strategien und Haushalte für die Armutsbekämpfung.

135. Im Hinblick auf die Unterstützung der wichtigen Rechtsinstrumente, für die die Mitgliedstaaten technische Kooperationshilfe von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten und anderen Stellen erhielten, wurden Fortschritte erzielt. Die Zahl der Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau stieg nach 3 neuen Ratifikationen auf 177, die des Fakultativprotokolls zu dem Übereinkommen nach 9 Ratifikationen auf 60.

136. Bei der Senkung der Kindersterblichkeitsraten stellte das UNICEF das Überleben der Kinder, insbesondere in Gebieten mit hohen Sterblichkeitsraten, noch stärker in den Vordergrund. Bedeutende Fortschritte wurden im Rahmen der globalen Partnerschaften zur Bekämpfung von Kinderlähmung und Masern, bei der Formulierung von Politiken zu Gunsten verwaister Kinder und zu Gunsten der Aids-Prävention sowie bei der stärkeren einzelstaatlichen Schwerpunktsetzung auf Kinderschutzfragen erzielt. Das UNICEF und seine Partner arbeiten darauf hin, Kindern den bestmöglichen Start ins Leben zu sichern und die Säuglingssterblichkeit zu senken, aber dieses Ziel und die anderen Millenniums-Entwicklungsziele können nur dann verwirklicht werden, wenn die Bedürfnisse von Frauen und Kindern weltweit Vorrang erhalten.

137. Während des gesamten Jahres 2003 konzentrierte sich der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) bei der Programmgestaltung und -durchführung und beim Politikdialog, namentlich beim Dialog über Strategien zur Armutsbekämpfung, auf konkrete Programme und Maßnahmen, bei denen die Bevölkerungsdynamik und Fragen der reproduktiven Gesundheit, insbesondere der Gesundheit von Müttern, mit der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele verknüpft wurden. Die WHO war Ländern mit besonders hoher Müttersterblichkeitsrate bei der Stärkung ihrer Gesundheitssysteme behilflich, um eine kontinuierliche Versorgung aufzubauen, durch die alle Frauen und ihre Kinder die Schwangerschaft, die Geburt und die Zeit nach der Geburt ungeachtet der Zahlungsfähigkeit sicher überstehen können. Eine solche kontinuierliche Versorgung umfasst

die Erschließung der Humanressourcen für das Gesundheitswesen, die Verfügbarkeit, die Zugänglichkeit, den Einsatz und die Qualität der Dienstleistungen, den Ausbau der Kapazitäten von Frauen, Familien und Gemeinwesen und die Schaffung von Kooperationsbeziehungen zu anderen zentralen Programmen der primären Gesundheitsversorgung.

138. Hinsichtlich des Aufbaus globaler Partnerschaften zu Gunsten der Entwicklung ist die Umsetzung des auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung im Jahr 2002 verabschiedeten Konsenses von Monterrey nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Wie in dem Konsens vorgesehen, hielt der Wirtschafts- und Sozialrat am 26. April 2004 seine zweite Sitzung auf hoher Ebene mit den Bretton-Woods-Institutionen und der Welthandelsorganisation (WTO) ab. Der Ratspräsident nahm in seine Zusammenfassung (A/59/92-E/2004/73) einige Empfehlungen zur Förderung der Umsetzung der in dem Konsens von Monterrey festgelegten politischen Verpflichtungen auf.

139. Meiner Ansicht nach birgt ein erweiterter und fairerer Welthandel die Möglichkeit, den Staaten bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu helfen. Die Regionalkommissionen der Vereinten Nationen führen Forschungs- und technische Hilfsprogramme durch, die darauf abzielen, durch nachhaltigen Handel und zukunftsfähige Investitionen die Mitgliedstaaten verstärkt in die Lage zu versetzen, sich wirksamer in die regionale Wirtschaft und in die Weltwirtschaft zu integrieren.

140. Die Tatsache, dass die fünfte Ministerkonferenz der WTO im September 2003 in Cancún (Mexiko) ohne greifbare Ergebnisse zu Ende ging, war ein erheblicher Rückschlag, der die Aussichten auf den rechtzeitigen Abschluss der Handelsverhandlungen der Doha-Runde beeinträchtigte. Seit dem Abschluss eines Rahmenabkommens am 31. Juli 2004 befindet sich die Doha-Runde jedoch wieder auf Kurs. Die Entwicklungsländer werden bei diesen Verhandlungen nach wie vor von der UNCTAD und den Regionalkommissionen unterstützt. Die wesentlichen Herausforderungen bestehen darin, sich mit dem Kernthema des Marktzugangs für landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Produkte und Dienstleistungen zu befassen und den Bedürfnissen und Interessen der Entwicklungsländer betreffend Durchführungsfragen sowie besondere und differenzierte Behandlung voll Rechnung zu tragen.

141. Im Rahmen des *Handels- und Entwicklungsberichts 2003* der UNCTAD wurden die Auswirkungen neuer Trends in den internationalen Produktions- und Investitionsmustern auf die Entwicklung untersucht und eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Entwicklungsstrategien und der makroökonomischen Politik in den Entwicklungsländern abgegeben. In ihrem *Weltinvestitionsbericht 2003* konzentrierte sich die UNCTAD vornehmlich auf die Rolle, die der einzelstaatlichen Politik und den internationalen Investitionsvereinbarungen dabei zukommt, ausländische Direktinvestitionen anzuziehen und davon zu profitieren. Die von der UNCTAD bereitgestellten investitionspolitischen Überprüfungen und damit zusammenhängenden Beratenden Dienste halfen den Ländern, ihre mit ausländischen Direktinvestitionen befassten Politiken und Institutionen zu verbessern und ihre Kapazität, solche Investitionen anzuziehen und davon zu profitieren, auszubauen. Im Jahr 2003 und Anfang 2004 führte das UNCTAD investitionspolitische Überprüfungen für Botsuana, Ghana, Lesotho, Nepal und Sri Lanka durch. In Zusammenarbeit mit der WTO gewährte die UNCTAD den Entwicklungsländern Hilfe bei ihren Verhandlungen über internationale Investitionsvereinbarungen, namentlich bilaterale Investitionsverträge und Doppelbesteuerungsabkommen.

## Der Kampf gegen HIV/Aids

142. Das Ausmaß und die zerstörerische Wirkung der HIV/Aids-Pandemie stellen diese als schwerwiegendes Gesundheits- und Entwicklungsproblem an die Spitze der internationalen Agenda. Dank des engagierten persönlichen Einsatzes gesellschaftlicher, politischer und religiöser Führer ist es in Ländern wie Brasilien, Kambodscha, Senegal, Thailand und Uganda zu einem Rückgang der Infektionsraten gekommen beziehungsweise wird ein solcher Rückgang erkennbar. Dennoch möchte ich erneut der in meinem Bericht über Fortschritte bei der Umsetzung der Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids bekundeten Besorgnis darüber Ausdruck verleihen, dass nur wenige Länder die 2001 auf der Sondertagung der Generalversammlung über HIV/Aids gesetzten Ziele erreichen werden, wenn nicht auf allen Ebenen drastisch mehr Ressourcen und Anstrengungen aufgewandt werden.

143. Ich freue mich, berichten zu können, dass die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen insgesamt immer besser erkennen, dass sie ihre Bemühungen auf Landesebene ausbauen und besser koordinieren müssen. 2003 wurde das WFP die neunte Trägerorganisation des UNAIDS; bei den anderen acht Organisationen handelt es sich um die IAO, das UNICEF, das UNDP, die UNESCO, das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, den UNFPA, die WHO und die Weltbank. Die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen gab neue politische Leitlinien für residierende Koordinatoren und die Landesteam der Vereinten Nationen heraus, die für ein energischeres Vorgehen gegen HIV/Aids auf Landesebene und für eine einheitliche Grundsatz- und Programmunterstützung der Vereinten Nationen sorgen sollen. Die Leiter der UNAIDS-Trägerorganisationen tagten im März 2004 in Sambia; sie unterstrichen bei dieser Gelegenheit ihr Eintreten für ein koordiniertes Vorgehen und energischere Maßnahmen auf Landesebene und befürworteten eine neue weltweite präventive Aufklärungsinitiative.

144. Heute leben weltweit genauso viele Frauen wie Männer mit dem HI-Virus. In Afrika südlich der Sahara sind jetzt 58 Prozent aller HIV-Infizierten Frauen. Diese Feminisierung der HIV/Aids-Epidemie erfordert dringende Antwortmaßnahmen. In diesem Zusammenhang begrüße ich die im Februar 2004 vom UNAIDS eingeleitete Weltkoalition für Frauen und Aids, die ein breites Spektrum von Einzelpersonen und Organisationen in sich vereint, mit einem Lenkungsausschuss, dem rund 25 hochrangige Führungspersönlichkeiten aus Regierungen, Aktivistengruppen, Organisationen der Vereinten Nationen sowie akademischen Einrichtungen angehören und dessen Vorsitz die Exekutivdirektorin des UNFPA führt.

145. Die UNESCO und das UNAIDS führen gemeinsam eine partizipatorische Initiative durch, die es Jugendlichen und Jugendorganisationen ermöglichen soll, gegen HIV/Aids und damit zusammenhängende Diskriminierung und Intoleranz in ihren Gemeinwesen vorzugehen. Im Jahr 2003 fanden in Afrika und in der arabischen Region eine Reihe von Ausbildungsseminaren für Jugendliche statt, und Jugendinitiativen auf Landes- und Ortsebene in Bangladesch, Malawi, Mosambik, Sambia und Sri Lanka erhielten kleinere Zuschüsse.

146. Als Teil einer umfassenden HIV/Aids-Strategie, die die Verhütung, Behandlung, Betreuung und Unterstützung von mit dem Virus lebenden Menschen in sich vereint, erklärte die WHO 2003 einen weltweiten Behandlungsnotstand und leitete eine Initiative ein, in deren Rahmen bis zum Jahr 2005 3 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern mit antiretroviralen Medikamenten behandelt werden sollen.

147. Im September 2003 veranstaltete die Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten für afrikanische Fachkräfte ein Ausbildungsseminar über HIV/Aids und Erwachsenensterblichkeit in den Entwicklungsländern, das ein eingehendes Verständnis der

weitreichenden demografischen Aspekte der HIV/Aids-Epidemie vermittelte. Darüber hinaus gab die Hauptabteilung einen Bericht "The Impact of AIDS" (Die Auswirkungen von Aids) heraus, in dem die katastrophalen Folgen der HIV/Aids-Pandemie für alle Teile der Gesellschaft dokumentiert sind.

148. Das UNDP half verschiedenen Ländern, das HIV/Aids-Problem in ihren Programmen durchgängig zu berücksichtigen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Epidemie zu ergreifen. Darüber hinaus leitete das UNDP die Kapazitätsaufbau-Initiative für das südliche Afrika ein, um in der von HIV/Aids am schwersten betroffenen Subregion die Kapazitäten in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung und Landwirtschaft zu erweitern.

149. Die Programmausgaben des UNICEF für die Bekämpfung von HIV/Aids hatten mit 67 Millionen Dollar im Jahr 2001 auf 111 Millionen Dollar im Jahr 2003 einen raschen Anstieg zu verzeichnen. Alle UNICEF-Landesbüros sind unabhängig von der derzeitigen Erkrankungshäufigkeit weiterhin im Kampf gegen HIV/Aids tätig. Über die Versorgungsinitiative des UNICEF erhielten mehr als 40 Staaten Hilfe bei der Beschaffung antiretroviraler Medikamente und diagnostischer Geräte.

150. Der UNFPA trug im Rahmen seiner Programme zur Förderung der reproduktiven Gesundheit und der reproduktiven Rechte sowie der Gleichstellung der Geschlechter in über 140 Ländern zur Verhütung von HIV/Aids durch eine Strategie bei, in deren Mittelpunkt die Verhütung von HIV-Infektionen Jugendlicher und Schwangerer sowie ein umfassendes, die Benutzung von Kondomen betreffendes Programm standen, in dem es um die Nachfrage, ein förderliches Umfeld und die Versorgung ging.

151. Das WFP führte in 41 der 82 Länder, in denen es tätig ist, HIV/Aids-Maßnahmen durch, darunter in 22 der 25 Länder mit der weltweit höchsten HIV-Verbreitungsrate. Die in der Entwicklung begriffenen Programmierungs- und Analyseinstrumente des WFP zur Kartierung der Anfälligkeitsraten helfen den jeweiligen Interessengruppen, die Verbindung zwischen HIV/Aids und der Ernährungsunsicherheit zu verstehen und anzugehen.

152. Flüchtlinge mit HIV/Aids sehen sich an Orten, die nicht über ausreichenden Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung und entsprechenden sozialen Diensten verfügen, besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt. Im Dezember 2003 gab der Ständige interinstitutionelle Ausschuss die *Guidelines for HIV/AIDS Interventions in Emergency Settings* (Leitlinien für HIV/Aids-Maßnahmen in Notstandssituationen) heraus, um dieser Herausforderung zu begegnen. Diese Leitlinien helfen den betroffenen Staaten und der internationalen Gemeinschaft, die Probleme von Flüchtlingen mit HIV/Aids umfassend anzugehen. In den Leitlinien wird anerkannt, dass sich in Konfliktsituationen auf Grund der kombinierten Auswirkungen von Instabilität, Armut und sozialer Entwurzelung die Anfälligkeit der Vertriebenen für HIV/Aids erhöht. Unter diesen Umständen sind Frauen und Kinder besonders gefährdet, da sie zu sexuellen Beziehungen gezwungen werden können, um ihre Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel, Wasser oder sogar Sicherheit decken zu können.

153. Im Jahr 2003 entwickelte das VN-Habitat ein Programm für die Unterbringung von HIV/Aids-Waisen und führte Basiserhebungen zu der schlimmen Lage von Waisen in den städtischen Elendsvierteln Kenias, Swasilands, Ugandas und der Vereinigten Republik Tansania durch.

154. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung unterstützte die Regierungen durch technische Hilfsprojekte, den Aufbau von Kapazitäten, die Beratung bei der Politik- und Programmentwicklung sowie durch Überwachung und Evaluierung, insbesondere in Osteuropa sowie in Zentral-, Süd- und Südostasien, auch weiter-

hin bei der Durchführung von Programmen zur Verhütung von HIV/Aids und zur Betreuung von intravenösen Drogenkonsumenten.

155. Im Laufe des vergangenen Jahres konzentrierte sich die IAO weiter auf den Aufbau der Kapazitäten ihrer Mitglieder, zu den einzelstaatlichen Anstrengungen zur Bekämpfung von HIV/Aids beizutragen. Die IAO bemühte sich darum, sicherzustellen, dass die Arbeitswelt in die einzelstaatlichen Pläne zur Aids-Bekämpfung einbezogen wird und die Implikationen von HIV/Aids in der Arbeitspolitik und im Arbeitsrecht berücksichtigt werden.

156. Die Medien sind nach wie vor ein Bereich und eine Ressource, die im Kampf gegen HIV/Aids nicht genügend genutzt wird. Bisher wurden die Medien hauptsächlich als Multiplikator betrachtet, selten jedoch als echter Partner. Daher berief ich im Januar dieses Jahres zum ersten Mal überhaupt ein Treffen der Leiter der wichtigsten Medienunternehmen der Welt ein, in dessen Mittelpunkt die Frage stand, wie sie zum Kampf gegen HIV/Aids beitragen können. UNAIDS, die Kaiser Family Foundation und die Hauptabteilung Presse und Information treiben diese Initiative weiter voran.

## **Nachhaltige Entwicklung**

157. Seit dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, der im August und September 2002 in Johannesburg (Südafrika) stattfand, haben die Mitgliedstaaten immer wieder betont, wie wichtig Fortschritte bei der Erreichung der termingebundenen Ziele, Zielvorgaben und Verpflichtungen auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung sind. Die Tatsache, dass die Erreichung der Ziele jetzt im Mittelpunkt steht, hat die Arbeit der Vereinten Nationen zur Unterstützung der nachhaltigen Entwicklung vorangetrieben, insbesondere durch die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus auf Landesebene.

158. Im April 2004 veranstaltete die Kommission der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung ihre erste sachbezogene Überprüfung der Fortschritte bei der Verwirklichung der Zielvorgaben des Weltgipfels. An den Schwerpunktthemen Wasser, Abwasserentsorgung und menschliche Siedlungen zeigt sich, wie vorrangig diese Fragen für die Mitgliedstaaten sind. Die Kommission erhielt die volle Unterstützung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, die ihr bei der Einbringung von Innovationen in den zwischenstaatlichen Beratungsprozess behilflich war, um die drei Themen in Verbindung mit Querschnittsfragen einer eingehenden Überprüfung zu unterziehen. Auf der während der Tagung veranstalteten Partnerschaftsmesse wurden etwa 80 Partnerschaftsinitiativen vorgestellt und zur rechten Zeit Gelegenheit zur Überprüfung der erzielten Fortschritte, zum Erfahrungsaustausch und zum Aufbau von partnerschaftlichen Netzwerken geboten. Auf ihrer zwölften Tagung, an der über 100 Minister unterschiedlichster Ressorts teilnahmen, identifizierte die Kommission die folgenden anhaltenden politischen und technischen Herausforderungen: Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser, Management des Wassersektors, Infrastrukturinvestitionen, Schaffung eines ordnungspolitischen Rahmens und Verwaltungsführung auf Kommunalebene, auf dem Gebiet der Abwasserentsorgung insbesondere die Notwendigkeit eines stärkeren politischen Engagements und einer entsprechenden finanziellen Unterstützung sowie auf dem Gebiet der menschlichen Siedlungen namentlich die Notwendigkeit der Durchsetzung sicherer Nutzungs- und Besitzrechte der Armen für Grund und Boden und der rechtlichen Anerkennung der Eigentums- und Erbschaftsrechte von Frauen.

159. Die Generalversammlung erklärte in ihrer Resolution 58/217 vom 23. Dezember 2003 den Zeitraum von 2005 bis 2015 zur Internationalen Aktionsdekade "Wasser – Quelle des Lebens", die am Weltwassertag, dem 22. März 2005, beginnen wird. Meines Erachtens



sind die Verfügbarkeit von Wasser und seine Verbindungen zu den Bereichen Gesundheit, Armutsbekämpfung, Gleichstellung der Geschlechter, Bildung, Umweltschutz und Frieden unverzichtbare Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung. Wasser und die damit zusammenhängenden Fragen müssen auf globaler wie auf lokaler Ebene stärker in den Vordergrund gerückt werden. Infolgedessen setzte ich einen Beirat für Wasserver- und Abwasserentsorgung ein, dessen Vorsitz Ryutaro Hashimoto, der ehemalige Premierminister Japans, führt und dem andere namhafte Persönlichkeiten mit Sachkenntnissen auf diesen Gebieten angehören. Aufgabe dieses Beirats wird es sein, das Bewusstsein für Wasserver- und Abwasserentsorgungsprogramme zu schärfen und entsprechende Mittel zu mobilisieren.

160. Durch seinen Praxisbereich Energie und Umwelt förderte das UNDP die Verknüpfung der Bewirtschaftung von Umweltressourcen mit den Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Das UNDP half den Ländern, sich diesen Herausforderungen auf globaler, einzelstaatlicher und Gemeinwesenebene zu stellen, indem es beste Verfahrensweisen ausfindig machte und weitergab, innovativen grundsatzpolitischen Rat erteilte und durch Pilotprojekte, die armen Menschen den Aufbau dauerhafter Lebensgrundlagen ermöglichen, Partner zusammenführte.

161. Der Verwaltungsrat und das Globale Ministerforum Umwelt des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) erarbeiteten im März 2004 praktikable Ansätze für die schnellere Erfüllung der im Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele und den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung eingegangenen Verpflichtungen. Sie befassten sich mit den Zielen, die die Umweltaspekte der Wasserversorgung, der Abwasserentsorgung und menschlicher Siedlungen sowie die zentrale Stellung von Ökosystemkonzepten in der Wasserbewirtschaftung und die Umweltgefahren für kleine Inselentwicklungsländer betreffen.

162. Im vergangenen Jahr sind mehrere Umweltübereinkommen in Kraft getreten: das Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe, das Rotterdamer Übereinkommen über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel und das Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt. Bei der Durchführung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt waren zwar wirkliche Fortschritte zu verzeichnen, doch nimmt die biologische Vielfalt selbst in besorgniserregender Weise ab. Im Februar 2004 einigten sich die Regierungen auf einen quantitativeren Ansatz zur maßgeblichen Verringerung der Schwundrate der biologischen Vielfalt bis zum Jahr 2010.

163. Das UNEP förderte auch weiterhin Partnerschaften zu Gunsten der nachhaltigen Entwicklung, beispielsweise die Initiative "Unterstützung von Unternehmern im Dienste der Umwelt und der Entwicklung", die Anfang 2004 eingeleitet wurde. Diese Initiative, ein Gemeinschaftsprojekt des UNDP, des UNEP, des Interessengruppen-Forums (Stakeholder Forum) und der Weltnaturschutzunion, fördert mit Unterstützung des Globalen Paktes neue lokale Partnerschaften zur Unterstützung der Millenniums-Entwicklungsziele, indem die Kapazitäten aufkeimender Unternehmenspartnerschaften ausgebaut und damit Wege für Investitionen in solche Partnerschaften eröffnet, gute Verfahrensweisen und daraus erworbene Erkenntnisse verbreitet und empirische Forschungsarbeiten zur Unterstützung der politischen Entscheidungsträger durchgeführt werden.

164. Auf dem im Januar 2004 abgehaltenen ersten regionalen Durchführungsforum für nachhaltige Entwicklung der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) wurde die Lage im Hinblick auf die Wasserversorgung, die Abwasserentsorgung und die menschlichen Sied-

lungen in der ECE-Region bewertet. Die ECE führte darüber hinaus eine zweite Runde von Umweltverträglichkeitsprüfungen für die Transformationsländer durch, in deren Mittelpunkt die nachhaltige Entwicklung stand. Im Jahr 2003 traten zwei Protokolle zu dem Übereinkommen der ECE über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung in Kraft: das Protokoll von 1998 über Schwermetalle und das Protokoll von 1998 betreffend persistente organische Schadstoffe. Im Rahmen des Programms des UNEP für eine Umweltordnung wurden regionale und grenzüberschreitende Initiativen in Ost- und Mitteleuropa eingerichtet, um in bestimmten Regionen die wirtschaftlichen Chancen zu verbessern und gleichzeitig die Erhaltung und die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen der Regionen zu unterstützen.

165. Die von der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA) abgedeckte Region leidet unter der ineffizienten Nutzung der Wasserressourcen und der daraus resultierenden Wasserknappheit. Die ESCWA rief den Arabischen Verbund für integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen ins Leben, um Forschungs- und Ausbildungsinstitute für Wissensaustausch zu unterstützen, und gab den Anstoß für eine regionale Zusammenarbeit bei der Bewirtschaftung gemeinsamer Grundwasserressourcen in den Mitgliedsländern. Zur Förderung des grenzüberschreitenden Energiehandels initiierte die ESCWA darüber hinaus eine regionale Zusammenarbeit. Mit Hilfe der ESCWA verabschiedeten Ägypten, Jemen, Jordanien, Katar und die Syrische Arabische Republik eine neue Energiepreis- und -effizienzpolitik sowie entsprechende Kodexe und Normen und förderten den Einsatz effizienter Geräte im Elektrizitätssektor sowie den Einsatz erneuerbarer Energiesysteme.

166. Die Umweltbewirtschaftungsprogramme der UNIDO halfen den Ländern, gegen Probleme des Industriewachstums, namentlich gegen die globale Erwärmung, gegen Wasser- und Luftverschmutzung, den Ausstoß von persistenten organischen Schadstoffen und anderen toxischen Stoffen, die Bodendegradation und die Küstenerosion vorzugehen. Die UNIDO war bemüht, diese Gefahren zu verringern, indem sie einerseits vorbeugende Maßnahmen wie den Einsatz sauberer Produktionstechnologien und andererseits auch nachträgliche Maßnahmen wie die Behandlung von Schadstoffen am Austrittsort und andere Maßnahmen zur Reinigung der Umwelt förderte.

167. Als federführende Organisation für die Förderung der Dekade der Vereinten Nationen "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" erarbeitete die UNESCO in enger Absprache mit Partnern aus den Vereinten Nationen, Regierungen, nichtstaatlichen Organisationen, der Zivilgesellschaft sowie mit Einzelpersonen den Entwurf des Internationalen Durchführungsplans. Die Frage liegt inzwischen der neunundfünfzigsten Tagung der Generalversammlung unter dem Tagesordnungspunkt "Dekade der Vereinten Nationen 'Bildung für eine nachhaltige Entwicklung'" vor.

168. Das Waldforum der Vereinten Nationen war weiter tätig, um die Bewirtschaftung, Erhaltung und nachhaltige Erschließung aller Arten von Wäldern zu fördern und zu erleichtern und einen globalen Rahmen für die Umsetzung, Koordinierung und Erarbeitung einer entsprechenden Politik zu schaffen. Das Forum befasste sich im Jahr 2004 mit dem traditionellen Wissen und den wissenschaftlichen Erkenntnissen bezüglich Wäldern, mit den sozialen und kulturellen Aspekten von Wäldern sowie mit den Mitteln zur Durchführung von Übereinkünften. Das Forum wird die Wirksamkeit der die Wälder betreffenden internationalen Vereinbarungen prüfen und dem Wirtschafts- und Sozialrat und der Generalversammlung im Jahr 2005 die Parameter für ein Mandat zur Erarbeitung eines rechtlichen Rahmens für alle Arten von Wäldern empfehlen.

169. Die FAO half den Mitgliedstaaten beim Ausbau ihrer Kapazitäten zur Umsetzung der Agenda 21 und des multisektoralen Aktionsplans, der aus der 1992 abgehaltenen Konfe-

renz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (Rio de Janeiro (Brasilien), 1992) hervorgegangen war, und bot ein neutrales Forum für internationale Erörterungen über neue Fragen und grundsatzpolitische Alternativen im Bereich Ernährung und Landwirtschaft. Im Mittelpunkt der Unterstützung der Mitgliedstaaten durch die FAO standen die Stärkung der ordnungspolitischen Rahmen für eine nachhaltige Entwicklung, die Förderung partizipatorischer systemorientierter Konzepte zur Bewirtschaftung der Fischerei-, Wald-, Gebirgs- und sonstigen natürlichen Ressourcen, der Austausch wirksamer Verfahrensweisen und Politiken, die Förderung eines ganzheitlichen Konzepts für Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft und die Unterstützung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien im Dienste der Entwicklungsplanung auf allen Ebenen sowie für bestimmte Nutzergruppen und Orte.

170. Zur Förderung einer zukunftsfähigen Verstärkung leitete das VN-Habitat auf der Panafrikanischen Durchführungs- und Partnerschaftskonferenz über Wasser im Dezember 2003 in Addis Abeba die Initiative "Wasserbewirtschaftung für afrikanische Städte" ein und schuf darüber hinaus einen Treuhandfonds für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Über das Programm "Wasser für asiatische Städte", das sich die Erfahrungen des Programms "Wasserbewirtschaftung für afrikanische Städte" zunutze macht, entwickelte das VN-Habitat ein neues Kooperationsmodell, das die politische Mobilisierung und den Kapazitätsaufbau mit Folgeinvestitionen in diesem Sektor verbindet, die von der Asiatischen Entwicklungsbank bereitgestellt werden.

171. Auf dem Gebiet der betrieblichen Umweltrechnungslegung veröffentlichte die UNCTAD im Jahr 2004 das Dokument *A Manual for the Preparers and Users of Eco-Efficiency Indicators* (Handbuch für die Entwickler und Nutzer von Indikatoren für Umwelteffizienz), in dem die Darstellung und Offenlegung des Umweltverhaltens von Unternehmen erstmalig standardisiert wird.

172. Eine Studie der Universität der Vereinten Nationen machte die Welt auf die wachsenden Umweltschäden durch Computer aufmerksam. Für die Herstellung eines durchschnittlich 24 kg wiegenden Tischgeräts mit Monitor wird das mindestens Zehnfache dieses Gewichts an fossilen Brennstoffen und Chemikalien eingesetzt, was seine Herstellung mindestens fünfmal so materialintensiv macht wie die eines Autos oder eines Kühlschranks. Der material- und energieintensive Herstellungsprozess, die weltweit wachsende Verbreitung von Personalcomputern sowie die Tatsache, dass Computer immer schneller durch neue Geräte ersetzt werden, beschleunigt die Erschöpfung der Ressourcen und erhöht die Umweltverschmutzung. Die Regierungen müssen weltweit Anreize schaffen, um die Nutzungsdauer von Computern zu erhöhen und die zunehmende Verschmutzung durch Hochtechnologie zu bremsen.

173. Das in Turin (Italien) ansässige Internationale Ausbildungszentrum der IAO führte für 16.000 Teilnehmer aus 177 Ländern etwa 700 Fortbildungskurse durch, um einzelstaatliche Kapazitäten zur Herbeiführung einer nachhaltigen Entwicklung zu schaffen. Etwa 45 Prozent dieser Kurse fanden in Turin statt, 50 Prozent im Feld und 5 Prozent online.

## **Afrika**

174. Auf Grund des hohen Vorrangs, den ich bei den Reformmaßnahmen der Vereinten Nationen der Auseinandersetzung mit den besonderen Bedürfnissen Afrikas zugewiesen habe, haben alle Teile der Organisation im vergangenen Jahr die Entwicklung Afrikas unterstützt. Das Büro des Sonderberaters für Afrika wurde inzwischen eingerichtet und unterstützt die Durchführung der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD)

durch seine Berichterstattung sowie seine Lobby- und Analysearbeit. Das Büro überwacht weiterhin die Umsetzung der Empfehlungen in meinem aus dem Jahre 1998 stammenden Bericht "Konfliktursachen und die Förderung dauerhaften Friedens und einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika" (S/1998/318). Wie es in meinem Zwischenbericht, den ich der achtundfünfzigsten Tagung der Generalversammlung vorgelegt habe (A/58/352), heißt, wurden bei der Umsetzung der Empfehlungen während des vergangenen Jahres zwar weitere Fortschritte erzielt, doch waren diese Fortschritte nur zögerlich und ungleichmäßig. Die afrikanischen Länder und die internationale Gemeinschaft, so hieß es darin abschließend, müssten sich um eine schnellere Umsetzung meiner Empfehlungen bemühen.

175. Zur Förderung der technischen Zusammenarbeit zur Durchführung der NEPAD veröffentlichte das Büro des Sonderberaters im Jahr 2004 das Dokument *South-South Cooperation in Support of the New Partnership for Africa's Development: Experiences of Africa-Latin America and the Caribbean* (Süd-Süd-Zusammenarbeit zur Unterstützung der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas: Erfahrungen bei der Zusammenarbeit zwischen Afrika und Lateinamerika und der Karibik), in der das Ausmaß und die Vielfalt der Süd-Süd-Zusammenarbeit zwischen den beiden Regionen sowie die Übereinstimmung der Prioritäten der Neuen Partnerschaft und der bereits bestehenden Bereiche der Zusammenarbeit untersucht werden.

176. Darüber hinaus habe ich eine unabhängige Gruppe namhafter Persönlichkeiten eingesetzt, die den Umfang und die Angemessenheit der internationalen Unterstützung der NEPAD prüfen und einen Dialog mit den Entwicklungspartnern Afrikas führen soll, um die Unterstützung der NEPAD zu fördern, und mir Empfehlungen zu der Frage vorlegen soll, welche Maßnahmen die internationale Gemeinschaft ergreifen könnte, um die Durchführung der NEPAD zu unterstützen. Die Sachverständigengruppe wird ihre Tätigkeit im September 2004 aufnehmen. Das NEPAD-Sekretariat erhält vom UNDP institutionelle, fachliche und finanzielle Unterstützung.

177. Die Friedensaussichten in Afrika können die Rückkehr von Millionen von Vertriebenen erleichtern. Im Rahmen der gemeinsamen Anstrengungen der Vereinten Nationen zur Unterstützung des NEPAD-Friedens- und Sicherheitsprogramms konzentriert sich das UNHCR auf ganzheitliche Programme für die Konfliktfolgezeit und die wirtschaftliche Gesundung in Übergangsländern.

178. Das WFP unterzeichnete im November 2003 mit der NEPAD eine Vereinbarung mit den Schwerpunkten Ernährungssicherheit, Sicherung des Lebensunterhalts, Ernährung, HIV/Aids, Feststellung des Nothilfebedarfs, Vorsorge und Reaktion sowie regionaler Kapazitätsaufbau. Nahezu die Hälfte, das heißt 46 Prozent, der Entwicklungsressourcen des Programms wurde in Afrika südlich der Sahara investiert.

179. Das UNEP half den afrikanischen Regierungen bei der Erarbeitung des Aktionsplans für die Umweltinitiative der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas. Die Afrikanische Union veranstaltete im Dezember 2003 in Algier eine Geberkonferenz der Partner, auf der die Erklärung von Algier zu Gunsten einer globalen Partnerschaft für die Umweltinitiative der NEPAD verabschiedet und in der anerkannt wurde, wie wichtig die Initiative für die internationale Hilfe und den einzelstaatlichen Kapazitätsaufbau ist, und in der alle Partner und Interessengruppen auf die Unterstützung der Umsetzungsphase des Aktionsplans verpflichtet wurden.

180. Die FAO unterstützte Mitgliedstaaten in Afrika beim Kapazitätsaufbau, im Bereich technische Hilfe, bei der Erarbeitung, Umsetzung, Überwachung und Evaluierung von Leitlinien und Strategien (zum Beispiel in Eritrea, Mosambik, Nigeria, Südafrika, Swasi-

land und der Vereinigten Republik Tansania) sowie bei der Ausarbeitung von Regionalprogrammen für Ernährungssicherheit und bei der Unterstützung regionaler Wirtschaftsorganisationen. Die FAO war auch bei der Überprüfung und Aktualisierung einzelstaatlicher Strategien für Ernährungssicherheit und landwirtschaftliche Entwicklung zu Gunsten der Durchführung des Umfassenden Programms der NEPAD für die Entwicklung der Landwirtschaft in Afrika behilflich. Für die am wenigsten entwickelten Länder in Afrika leitete die UNIDO die Initiative für afrikanische Produktionskapazitäten ein, die im Rahmen der NEPAD zur Erhöhung des Anteils von Fertigwaren und Dienstleistungen am Volkseinkommen sowie zur Schaffung umweltfreundlicher Produktionsstätten und bestandfähiger Arbeitsplätze durchgeführt werden soll.

181. Gemeinsam mit der Regierung Japans veranstalteten die Vereinten Nationen im September 2003 die Internationale Konferenz von Tokio über die Entwicklung Afrikas. Im Nachgang dazu hilft das Büro des Sonderberaters für Afrika den Landesteams der Vereinten Nationen bei der Erarbeitung von Projekten, die aus dem japanischen Treuhandfonds für menschliche Sicherheit finanziert werden.

182. Ich begrüße die Initiative, die der Wirtschafts- und Sozialrat ergriffen hat, um über die Arbeit seiner Ad-hoc-Beratungsgruppen für Burundi und Guinea-Bissau seine Rolle in afrikanischen Ländern in Postkonfliktsituationen geltend zu machen. Die Gruppen legten dem Rat im Februar 2004 ihre Empfehlungen vor. Sie riefen zur Schaffung von Partnerschaften zwischen den Behörden dieser beiden Länder und der internationalen Gemeinschaft auf und trugen dazu bei, in der kritischen Phase des Übergangs von der Nothilfe zur Entwicklung die Unterstützung seitens der Geber zu mobilisieren. In diesem Zusammenhang wurden die Arbeitsbeziehungen zwischen dem Sicherheitsrat und dem Wirtschafts- und Sozialrat ausgebaut, wofür die gemeinsamen Missionen nach Guinea-Bissau ein Beispiel sind und was zur Förderung des in der Millenniums-Erklärung geforderten ganzheitlichen Friedens- und Entwicklungskonzepts beiträgt.

183. Im Rahmen der Strategie zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele in Afrika war das UNDP im Jahr 2003 bemüht, die Ziele stärker in den Blickpunkt zu rücken, um die afrikanischen Länder verstärkt in die Lage zu versetzen, ihre Fortschritte auf dem Weg zur Verwirklichung der Ziele zu überwachen und die Ziele auf Landesebene zu verwirklichen. Das UNDP veranstaltete zum Thema Millenniums-Entwicklungsziele zwei subregionale Foren für Westafrika und das südliche Afrika, welche den auf Landesebene stattfindenden Kampagnen Nachdruck verliehen und die Verpflichtung auf die Ziele bekräftigten. Verschiedene Programme für gute Regierungsführung trugen zur Schaffung eines förderlichen Umfelds für die Verwirklichung der Ziele bei und untermauerten die politische Verpflichtung auf ihre Verwirklichung. Das UNDP unterstützte darüber hinaus die Anstrengungen vieler Länder in Afrika, die Ziele zum Bestandteil ihrer mittel- bis langfristigen Armutsbekämpfungsstrategien, einschließlich ihrer Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung, zu machen.

184. Die Globale Partnerschaft für saubere Treibstoffe und Fahrzeuge hat ebenfalls beträchtliche Fortschritte erzielt. Die von dem UNEP koordinierte Partnerschaft konzentriert sich auf Afrika südlich der Sahara und wurde eingerichtet, um als Teil einer auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung eingegangenen Verpflichtung die weltweite, schrittweise Abschaffung verbleiter Treibstoffe zu unterstützen. Auf einer im Mai 2004 am Amtssitz des UNEP veranstalteten Konferenz wurde berichtet, dass mehr als die Hälfte des gesamten Treibstoffs, der in Afrika südlich der Sahara verkauft wurde, jetzt bleifrei ist, ein enormer Fortschritt gegenüber dem Jahr 2001, als noch beinahe das gesamte verkaufte Benzin verbleit war.

185. Die Maßnahmen des UNFPA in Afrika konzentrierten sich auf einen auf solidem Erfahrungsmaterial beruhenden Politikdialog, den Aufbau einzelstaatlicher Kapazitäten zur Durchführung von Bevölkerungsprogrammen und Programmen für die reproduktive Gesundheit sowie die Sammlung von Entwicklungsdaten.

186. Im Jahr 2004 befanden sich in 30 afrikanischen Ländern 63 vom VN-Habitat unterstützte Projekte und Programme für Stadtentwicklung und -management in der Durchführungsphase. Dabei ging es um die Erarbeitung einzelstaatlicher Wohnraumpolitiken und -programme, die Förderung des Einsatzes geeigneter Baustoffe und -technologien, die Erleichterung des Zugangs der Armen zu grundlegenden Diensten und die Förderung eines dauerhaften Erwerbs des Lebensunterhalts.

187. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung leistete der Ost- und Südafrikanischen Gruppe gegen Geldwäsche und ihren vierzehn Mitgliedstaaten weitere Hilfe beim Kapazitätsaufbau. Das Büro schloss darüber hinaus die gemeinsam mit dem UNAIDS in Kenia, Malawi und Mauritius durchgeführten operativen Forschungsarbeiten zu HIV/Aids und Drogenmissbrauch, zu den zwischen diesen bestehenden Verbindungen sowie zu geeigneten Präventivmaßnahmen ab. Das Büro stellte afrikanischen Regierungen darüber hinaus Fach- und Beratungsdienste für die Ausarbeitung von Programmen zur Verringerung der Drogennachfrage im Rahmen ihrer einzelstaatlichen Politik zur Verfügung.

188. Die IAO unterstützte die Afrikanische Union bei den Vorbereitungen des für September 2004 anberaumten Außerordentlichen Gipfeltreffens über Beschäftigung und Armutsbekämpfung. Nach Beratung durch die IAO wurden Fragen der Beschäftigung, des sozialen Schutzes, des sozialen Dialogs und der sozialen Grundsätze sowie Arbeitnehmerrechte in einige Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung in Afrika einbezogen.

### **Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer und der kleinen Inselentwicklungsländer**

189. Die Entwicklungen des vergangenen Jahres lassen erkennen, dass die strukturschwächsten Ländergruppen weiterhin von der Weltwirtschaft ausgegrenzt sind. Nach den derzeitigen Trends erscheint es in den meisten Fällen unwahrscheinlich, dass die von der internationalen Gemeinschaft zu ihrer Unterstützung gesetzten Ziele, insbesondere das Ziel der Halbierung der extremen Armut und des Hungers bis zum Jahr 2015, erreicht werden. Das Büro des Hohen Beauftragten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer bemühte sich verstärkt darum, den besonderen Bedürfnissen dieser drei Ländergruppen zu entsprechen, und half mir, bei der Durchführung der nachstehenden Aktionsprogramme für koordinierte Folgemaßnahmen zu sorgen.

190. Auf seinem Tagungsteil auf hoher Ebene im Juni 2004 verabschiedete der Wirtschafts- und Sozialrat eine Ministererklärung über die Mobilisierung von Ressourcen und die Schaffung eines förderlichen Umfelds für die Beseitigung der Armut im Kontext der Durchführung des Aktionsprogramms für die am wenigsten entwickelten Länder für die Dekade 2001-2010, das 2001 in Brüssel verabschiedet wurde, in der er erneut zur wirksamen Durchführung des Aktionsprogramms aufrief und die Geberländer einmal mehr dringend aufforderte, diesen Ländern mehr als 0,2 Prozent ihres Bruttonationalprodukts als öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen.

191. Das Aktionsprogramm von Brüssel ist nach wie vor das umfassendste Programm zur Befriedigung aller besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder. Die Schaffung nationaler Mechanismen, namentlich auch nationaler Koordinierungsstellen, ist für seine Durchführung auf einzelstaatlicher Ebene entscheidend. Bis Mai 2004 hatten 47 Länder ihre nationalen Koordinierungsstellen bestimmt und 18 nationale Foren eingerichtet, verglichen mit 11 Koordinierungsstellen und 9 nationalen Foren im Vorjahr. Innerhalb der Vereinten Nationen und anderer multilateraler Organisationen haben inzwischen 19 Institutionen das Aktionsprogramm von Brüssel in ihre Aktivitäten und Arbeitsprogramme einbezogen. Darüber hinaus wurden auch Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft, dem Privatsektor und den zwischenstaatlichen Organisationen eingeleitet beziehungsweise gestärkt.

192. Die Binnenentwicklungsländer erhielten durch die Internationale Ministerkonferenz über die Zusammenarbeit im Transitverkehr, die im August 2003 in Almaty (Kasachstan) stattfand und die erste Konferenz der Vereinten Nationen zur Befriedigung der besonderen Bedürfnisse dieser Gruppe war, besonderen Auftrieb. Das Ergebnis, das Aktionsprogramm von Almaty, ging aus einem partizipatorischen Vorbereitungsprozess hervor, an dem alle Interessengruppen beteiligt waren, und es ist ausgewogen, zielgerichtet und durchführbar. Ein "Fahrplan" für die Durchführung des Aktionsprogramms von Almaty wurde ausgearbeitet und durch eine Tagung von Einrichtungen und Organisationen der Vereinten Nationen, namentlich auch der Weltbankgruppe, bestätigt. Ich habe die Mitgliedstaaten gebeten, sich die jährliche Unterzeichnungsveranstaltung der Vereinten Nationen zunutze zu machen, um Vertragsparteien der Übereinkommen betreffend den Transitverkehr zu werden.

193. Was die Bedürfnisse der dritten strukturschwachen Ländergruppe, der kleinen Inselentwicklungsländer, angeht, waren die Vereinten Nationen den Mitgliedstaaten weiter dabei behilflich, durch analytische und operative Tätigkeiten das Aktionsprogramm von Barbados durchzuführen, das auf der im April und Mai 1994 in Bridgetown abgehaltenen Weltkonferenz über die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern verabschiedet wurde. Im April 2004 veranstaltete die Kommission für Nachhaltige Entwicklung eine dreitägige Vorbereitungstagung für die Internationale Tagung zur Überprüfung der Durchführung des Aktionsprogramms für die nachhaltige Entwicklung der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern, die im Januar 2005 in Mauritius stattfinden soll.

194. Die am wenigsten entwickelten Länder, die Binnenentwicklungsländer und die kleinen Inselentwicklungsländer erhielten eine breit angelegte Unterstützung seitens der Vereinten Nationen. Eine der zahlreichen analytischen und operativen Tätigkeiten der UNCTAD im Hinblick auf diese Länder war die Veröffentlichung *The Least Developed Countries Report 2004* (Bericht über die am wenigsten entwickelten Länder 2004). In dem Bericht werden die Zusammenhänge zwischen internationalem Handel und Armut untersucht sowie einzelstaatliche und internationale Politiken aufgezeigt, durch die der Handel ein wirksameres Instrument zur Armutsbekämpfung in den am wenigsten entwickelten Ländern würde. Der Integrierte Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder, dem sechs Organisationen angehören – der Internationale Währungsfonds, das Internationale Handelszentrum UNCTAD/WTO, die UNCTAD, das UNDP, die Weltbank und die WTO – unterstützte die am wenigsten entwickelten Länder weiter beim Ausbau ihrer Handelskapazitäten. Im Januar 2004 gab die FAO ein Dokument *FAO and the Small Island Developing States: challenges and emerging issues in agriculture, forestry and fisheries* (Die FAO und die kleinen Inselentwicklungsländer: Herausforderungen und neue Fragen in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft) heraus.

195. Das WFP widmete 71 Prozent seiner Entwicklungsressourcen den am wenigsten entwickelten Ländern und 99 Prozent den Ländern mit niedrigem Einkommen und Nahrungsmitteldefizit. Der UNFPA stellte in ähnlicher Weise den größten Teil seiner Ressourcen und Programmtätigkeiten in den Dienst der am wenigsten entwickelten Länder und der kleinen Inselentwicklungsländer, insbesondere derjenigen Länder, deren Indikatoren für Bevölkerung und soziale Entwicklung erheblich unter den international vereinbarten Normen liegen. Das VN-Habitat führte über seine verschiedenen Programme und seine Regionalbüros in den am wenigsten entwickelten Ländern, den Binnenentwicklungsländern und den kleinen Inselentwicklungsländern weiterhin Kapazitätsaufbauprogramme durch. Das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung leistete gemeinsam mit dem Commonwealth-Sekretariat mehreren Inselstaaten im Pazifik, die als internationale Finanzzentren mit hohem Risiko für Geldwäsche identifiziert wurden, weiter technische Hilfe.

196. Auf Regionalebene unterstrich die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP) auf ihrer sechzigsten Tagung im April 2004 in Shanghai (China) im Rahmen ihrer Podiumsdiskussion über die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele in den am wenigsten entwickelten Ländern durch regionale Entwicklungszusammenarbeit, welche Modalitäten regionaler Entwicklungszusammenarbeit für die Gewährleistung sozioökonomischer Fortschritte in den am wenigsten entwickelten Ländern erforderlich sind. Aus einem Pazifischen Regionalseminar für Stadtmanagement im Dezember 2003 in Nadi (Fidschi), das gemeinsam von der ESCAP, dem VN-Habitat, dem UNDP und dem Sekretariat des Pazifikinsel-Forums veranstaltet wurde, ging der Entwurf einer "Pazifischen Stadtagenda" hervor, die von der ESCAP verabschiedet wurde. Die ESCAP veranstaltete darüber hinaus im April 2004 die achte Tagung des Sonderorgans für die Inselentwicklungsländer im Pazifik, die zu einer Reihe von Empfehlungen zu den Erfahrungen und Herausforderungen des Stadtmanagements in den Inselstaaten des Pazifiks gelangte. Zur Weiterverfolgung der Konferenz von Almaty begann die ECE mit der Förderung des Beitritts von am wenigsten entwickelten Ländern zu den ECE-Verkehrsübereinkünften und veranstaltete im März 2004 gemeinsam mit der ESCAP die erste Tagung der Sachverständigengruppe über den Ausbau der europäisch-asiatischen Verkehrsverbindungen, bei der es um Binnen-, Transitentwicklungs- und Transformationsländer in der europäisch-asiatischen Region ging.



## Kapitel V

### Internationale Rechtsordnung und Menschenrechte

#### Entwicklung auf dem Gebiet der Menschenrechte

197. Wie ich in meinem Bericht vom September 2002 "Stärkung der Vereinten Nationen: Eine Agenda für weitere Veränderungen" feststellte, wird der Aufbau starker Menschenrechtsinstitutionen in den einzelnen Ländern auf lange Sicht dafür sorgen, dass die Menschenrechte auf nachhaltige Weise geschützt und gefördert werden. Daraufhin erarbeiteten und verabschiedeten das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, die Gruppe der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen und der Exekutiv-ausschuss für humanitäre Angelegenheiten einen gemeinsamen Aktionsplan für den Zeitraum 2004-2006, der die Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte stärken soll. Im Mittelpunkt des Plans steht die Verbesserung der Fähigkeit der Landteams der Vereinten Nationen, den Mitgliedstaaten auf Antrag bei ihren Bemühungen um den Aufbau und den Einsatz von Systemen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte zu helfen. Derzeit werden Maßnahmen auf den Gebieten der Bedarfsermittlung, der Planung und der Ausbildung sowie der Erleichterung engerer Verbindungen zwischen einzelstaatlichen Systemen und den internationalen Menschenrechtsmechanismen erarbeitet. Teil des Plans ist auch die Entwicklung einer geeigneten Methodik und die Erschließung von Quellenmaterial, die von den Landteams, den einzelstaatlichen Behörden und der Zivilgesellschaft herangezogen werden können. Konkrete Projekte stellen darauf ab, die Rolle der einzelstaatlichen Gerichte beim Schutz der Menschenrechte zu stärken.

198. Inzwischen wurden einigen Landteams Menschenrechtsberater beigeordnet. Dieses relativ neue Konzept hat sich als wirksam dabei erwiesen, Menschenrechtskapazitäten aufzubauen und die Menschenrechtskomponenten von Friedensprozessen zu unterstützen sowie Hilfe in Konflikt- oder in Postkonfliktsituationen zu gewähren. Das OHCHR unterhält derzeit in mehr als 40 Ländern Feldpräsenzen und führt weltweit etwa 40 technische Kooperationsprojekte und -programme durch. Darüber hinaus wurde das Amt auch herangezogen, um Untersuchungen schwerer Menschenrechtsverletzungen zu koordinieren beziehungsweise durchzuführen, um die Ursachen von Gewalt und damit zusammenhängenden Menschenrechtsverletzungen zu reduzieren sowie die Straflosigkeit zu bekämpfen, die, wenn sie nicht angegangen wird, die bisher erzielten Fortschritte umkehren oder zum Stillstand bringen kann.

199. Fortschritte beim Schutz der Menschenrechte hängen von der Tragfähigkeit des völkerrechtlichen Rahmens ab. Es ist ermutigend, dass sich die Zahl der Ratifikationen der internationalen Menschenrechtsverträge weiter erhöht hat; wir nähern uns damit der Verwirklichung eines der Ziele der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen an. Ich möchte hier insbesondere auf die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen verweisen, deren Vertragsstaaten am 11. Dezember 2003 erstmalig zusammenkamen, um die 10 Mitglieder des Ausschusses zur Überwachung der Durchführung des Übereinkommens zu wählen. Der Ausschuss hielt seine erste Tagung vom 1. bis 5. März 2004 im Büro der Vereinten Nationen in Genf ab. Ich bin überzeugt, dass dem Ausschuss eine wichtige Rolle in einem bisher vernachlässigten Bereich zukommt, und hoffe, dass die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen alles daransetzen werden, um diesem wichtigen Rechtsakt sowie allen weiteren grundlegenden internationalen Menschenrechtsverträgen beizutreten beziehungsweise sie zu ratifizieren.

200. Die Tätigkeit der gemäß den Menschenrechtsverträgen geschaffenen Sachverständigengremien ist weiter von entscheidender Bedeutung. Zwischen meinem letzten Bericht und dem 1. Juni 2004 haben der Menschenrechtsausschuss, der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, der Ausschuss für die Rechte des Kindes, der Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau und der Ausschuss gegen Folter die Berichte von 87 Vertragsstaaten geprüft und vier Allgemeine Bemerkungen verabschiedet, die die Bedeutung der Verträge klarstellen und praktische Ratschläge für ihre Durchführung geben. Die Vertragsorgane haben ihre Arbeitsmethoden weiter abgestimmt und geprüft, wie sie den Vertragsstaaten bei der Erfüllung ihrer sachlichen Verpflichtungen und ihrer Berichtspflichten behilflich sein können. Das OHCHR hat Leitlinien für ein erweitertes Grundlagendokument zur Straffung des Berichtsprozesses erarbeitet, das den Vertragsorganen zur Behandlung vorgelegt werden wird.

201. Die im Rahmen mehrerer internationaler Menschenrechtsverträge greifenden Petitionsverfahren bieten wertvolle Gelegenheiten für Einzelpersonen, sich um Wiedergutmachung für die mutmaßliche Verletzung ihrer Rechte zu bemühen. Im vergangenen Jahr haben die Sachverständigengremien weit mehr als 100 Beschlüsse und Stellungnahmen zu einzelnen Fällen verabschiedet.

202. Die von der Menschenrechtskommission ernannten Sonderberichterstatter und Sachverständigen (Mandatsträger) haben weiter wertvolle Beiträge zum Schutz der Grundrechte geleistet. Im vergangenen Jahr befassten sich mehr als 90 Berichte der Mandatsträger an die Kommission – sowie mehr als 20 Berichte an die Generalversammlung – mit zahlreichen Menschenrechtsthemen, wodurch die internationale Gemeinschaft an die Notwendigkeit erinnert wurde, die innerstaatlichen und die internationalen Menschenrechtsnormen aufrechtzuerhalten. Die Mandatsträger haben im Rahmen ihrer Ermittlungstätigkeit über 40 Länder besucht. Durch ihre zahlreichen vertraulichen und dringenden Appelle und anderen Mitteilungen haben sie mit dafür gesorgt, dass die betroffenen Regierungen sich weiter der Notwendigkeit bewusst waren, die internationalen Menschenrechtsnormen in der Praxis einzuhalten. Durch diese Mitteilungen sollten Personen geschützt werden, deren Rechte ohne ordentliche Gerichtsverfahren mutmaßlich verletzt worden waren, oder ganz allgemein die Aufmerksamkeit auf weltweite Phänomene und Entwicklungen gelenkt werden, die den vollen Genuss der Menschenrechte gefährden.

203. Darüber hinaus schuf die Kommission neue Mechanismen zu den Themen Menschenhandel, insbesondere Frauen- und Kinderhandel, und Straflosigkeit. Zu letzterem Problem bat mich die Kommission, einen unabhängigen Sachverständigen zu ernennen, mit dem Auftrag, den aus dem Jahr 1997 stammenden Katalog von Grundsätzen für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte durch Maßnahmen zur Bekämpfung der Straflosigkeit auf den neuesten Stand zu bringen. Die neu eingesetzte Sonderberichterstatterin für Menschenhandel soll sich vor allem auf die Aspekte im Zusammenhang mit den Menschenrechten der Opfer des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, konzentrieren. Die Kommission richtete darüber hinaus neue Mechanismen für Sonderverfahren für Belarus, die Demokratische Republik Kongo, die Demokratische Volksrepublik Korea, Sudan, Tschad und Usbekistan ein.

204. Auf ihrer sechzigsten Tagung beging die Menschenrechtskommission den Internationalen Tag des Gedenkens an den Völkermord in Ruanda 1994. Ich nahm an dieser wichtigen Zusammenkunft teil und stellte dort meinen Aktionsplan zur Verhütung von Völkermord vor und gab insbesondere meine Absicht bekannt, einen Leitenden Berater für die Verhütung von Völkermord einzusetzen, mit der Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit

dem Hohen Kommissar für Menschenrechte und dem System der Vereinten Nationen sicherzustellen, dass wir in Zukunft besser dafür gewappnet sind, solche furchtbaren Ereignisse vorherzusehen und zu verhindern. Am 12. Juli setzte ich den Sicherheitsrat von meiner Absicht in Kenntnis, Juan Méndez auf diesen Posten zu ernennen.

205. In diesem Jahr hatte die Menschenrechtskommission beinahe 5.000 Teilnehmer, darunter Vertreter von Mitgliedstaaten und nichtstaatlichen Organisationen, unabhängige Sachverständige sowie Vertreter von Organisationen der Vereinten Nationen und einzelstaatlichen Menschenrechtsinstitutionen. An dem Tagungsteil auf hoher Ebene zur Eröffnung der Kommissionstagung nahmen insgesamt 82 hochrangige Regierungsbeamte, in erster Linie Außen- und Justizminister, teil – erheblich mehr als im Vorjahr. Trotz dieser breiten Teilnahme herrscht weiterhin Beunruhigung darüber, dass eine Reihe von Staaten, denen schwere Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt werden, zu Mitgliedern der Kommission gewählt werden, dass die Debatten der Kommission hochgradig politisiert sind und dass bestimmte Situationen, in denen es zu schweren Menschenrechtsverletzungen kommt, nicht behandelt werden.

206. Am 1. Juli 2004 übernahm Louise Arbour ihr Amt als Hohe Kommissarin, nachdem die Generalversammlung meinem Beschluss, sie auf diesen Posten zu ernennen, zugestimmt hatte. Im vergangenen Jahr hatte Bertrand Ramcharan die Amtsgeschäfte des Hohen Kommissars mit großer Sachkenntnis wahrgenommen, nachdem Sergio Vieira de Mello, der Hohe Kommissar für Menschenrechte und mein Sonderbeauftragter in Irak, zusammen mit 21 Kollegen bei einem Terrorangriff auf das Hauptquartier der Vereinten Nationen in Bagdad auf tragische Weise ums Leben gekommen war. Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, um festzuhalten, welchen bemerkenswerten Beitrag Herr Vieira de Mello während seiner langen Laufbahn als herausragender internationaler Beamter zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen geleistet hat.

## **Internationaler Strafgerichtshof**

207. Der Internationale Strafgerichtshof hat seine Tätigkeit in Den Haag inzwischen aufgenommen. Die Vereinten Nationen sind stolz darauf, dass sie maßgeblich zu seiner Schaffung und zu den Vorkehrungen für den Beginn seiner Tätigkeit beigetragen haben. Zum 31. Dezember 2003 stellte das Sekretariat der Vereinten Nationen seine Tätigkeit als Sekretariat der Versammlung der Vertragsstaaten ein.

208. Die zweite Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten fand im September 2003 statt. Die Versammlung wählte den Stellvertretenden Ankläger, den Verwaltungsrat des Treuhandfonds zu Gunsten der Opfer und die übrigen Mitglieder des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Sie verabschiedete die Personalordnung des Gerichtshofs sowie seinen Haushalt für das Jahr 2004, was darauf hindeutet, dass der Gerichtshof seine rechtssprechende Tätigkeit demnächst aufnehmen wird. Die Versammlung setzte darüber hinaus ihr eigenes Sekretariat und einen Treuhandfonds für die Teilnahme der am wenigsten entwickelten Länder an seiner Tätigkeit ein.

209. Gemäß Resolution 58/79 der Generalversammlung vom 9. Dezember 2003 war das Sekretariat der Vereinten Nationen bei dem geordneten und reibungslosen Übergang der Arbeit an das Sekretariat der Versammlung der Vertragsstaaten behilflich. Im Einklang mit derselben Resolution habe ich darüber hinaus auch Maßnahmen zum Abschluss eines Abkommens über die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und dem Gerichtshof getroffen, von dem sie sich bei ihrer künftigen Zusammenarbeit leiten lassen werden und das die Wahrnehmung der Aufgaben der beiden Institutionen im Einklang mit ihren jewei-

ligen Gründungsurkunden erleichtern wird. Am 7. Juni 2004 paraphierten der amtierende Rechtsberater in meinem Namen und der Chef des Exekutivbüros des Präsidenten des Internationalen Strafgerichtshofs den ausgehandelten Entwurf eines Abkommens über die Beziehungen, wodurch die Verhandlungen auf Arbeitsebene abgeschlossen wurden. Die Generalversammlung und die Versammlung der Vertragsstaaten des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs müssen nun das Abkommen billigen, bevor es unterzeichnet werden und in Kraft treten kann.

210. Zum 23. Juli 2004 waren 94 Staaten Vertragsparteien des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs. Das Tempo der Beitritte und Ratifikationen hat sich zwar verlangsamt, doch bin ich weiterhin zuversichtlich, dass demnächst das Hundert voll sein wird. Die Universalität des Römischen Statuts wäre ein unauslöschlicher Beitrag zur Sache der Gerechtigkeit in einer Welt, in der nach wie vor viele straflos bleiben, die ungeheuerliche, das Fassungsvermögen übersteigende Verbrechen begehen. Der universelle Beitritt sollte das Endziel bleiben. Einmal mehr appelliere ich an die Länder, die dies noch nicht getan haben, den Beitritt zum Römischen Statut beziehungsweise seine Ratifikation in Erwägung zu ziehen. Ich war erfreut darüber, dass der Sicherheitsrat im Juni 2004 den Internationalen Strafgerichtshof nicht wie in den Vorjahren darum ersucht hat, bezüglich Fällen, an denen Amtsträger oder Bedienstete zu Einsätzen beitragender Staaten, die nicht Vertragspartei des Römischen Statuts sind, auf Grund von Handlungen oder Unterlassungen im Zusammenhang mit einem von den Vereinten Nationen genehmigten oder eingerichteten Einsatz beteiligt sind, in den nächsten 12 Monaten keine Ermittlungen oder Strafverfolgungen einzuleiten oder durchzuführen. Diese Entwicklung stellt einen wichtigen Beitrag zu den Bemühungen der Organisation dar, die Gerechtigkeit und die Herrschaft des Rechts in den internationalen Angelegenheiten zu fördern.

## **Internationale Gerichtshöfe**

### **Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien**

211. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien hat die Arbeitsabschlussstrategie weiter verfolgt, die der Sicherheitsrat in seinen Resolutionen 1503 (2003) und 1534 (2004) gebilligt hatte. Die drei Strafkammern arbeiten mit voller Kapazität, halten gleichzeitig Anhörungen in sechs Fällen und bereiten die Aufnahme neuer Fälle vor, sobald die laufenden abgeschlossen sind. Am 6. April 2004 änderten die Richter die Regel 28 A der Verfahrens- und Beweisordnung des Gerichtshofs, um der Anweisung des Sicherheitsrats in seiner Resolution 1534 (2004) nachzukommen, wonach sich die Anklagen auf die hochrangigsten Führungspersonen konzentrieren sollen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie die größte Verantwortung für Verbrechen tragen, die der Gerichtsbarkeit des jeweiligen Gerichtshofs unterliegen.

212. Der Gerichtshof hat sich aktiv an der Vorbereitung innerstaatlicher Rechtspflegeinstitutionen in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien beteiligt, an die der Gerichtshof Fälle übertragen kann. Der Gerichtshof veranstaltete am 30. Oktober 2003 eine Geberkonferenz, auf der 15,7 Millionen Euro für die geplante Kammer für Kriegsverbrechen im Staatsgerichtshof von Bosnien und Herzegowina gespendet wurden, ein Projekt, das der Sicherheitsrat in seinen Resolutionen 1503 (2003) und 1534 (2004) gebilligt hatte. Die Kammer, die derzeit vom Büro des Hohen Beauftragten für Bosnien und Herzegowina eingerichtet wird, soll ihre Tätigkeit im Januar 2005 aufnehmen und sollte, soweit angemessene Haftanstalten vorhanden sind, in der Lage sein, kurze Zeit später die ihr von dem Gerichtshof übertragenen Fälle zu übernehmen. Der Gerichtshof beteiligt sich darüber hinaus an eini-

gen Initiativen, in deren Rahmen Sachkenntnisse und Informationen mit den staatlichen Behörden Kroatiens und Serbien und Montenegros ausgetauscht werden sollen, um die mögliche Übertragung von Fällen an die innerstaatliche Gerichtsbarkeit dieser Staaten zu erleichtern.

213. Sechs Verfahren mit insgesamt acht Beschuldigten sind zur Zeit bei den Strafkammern des Gerichtshofs anhängig. 20 weitere Fälle mit 34 Beschuldigten befinden sich in der Vorverfahrensphase. Die Gesamtzahl der Schuldgeständnisse hat sich auf 18 erhöht. Einige der Beschuldigten, die ein Schuldgeständnis abgaben, lieferten wichtiges Beweismaterial zu den Straftaten, die sie begangen hatten, sowie zu Ereignissen, deren Zeugen sie waren. Die Strafkammern fällten im vergangenen Jahr 14 Urteile, die Berufungskammer drei. 410 Personen gaben Zeugenaussagen ab. Zum 20. Juli 2004 befanden sich 59 Personen in der Haftanstalt des Gerichtshofs in Gewahrsam. Der Gerichtshof hat zwei verurteilte Personen zur Verbüßung ihrer Strafe an Mitgliedstaaten überstellt; eine an Norwegen, die andere an Österreich.

214. Nahezu 20 Angeklagte, darunter einige hochrangige ehemalige militärische und politische Amtsträger, namentlich Radovan Karadžić, Ratko Mladić und Ante Gotovina, befinden sich weiterhin auf freiem Fuß. Die uneingeschränkte Kooperation der internationalen Gemeinschaft und insbesondere der Staaten des ehemaligen Jugoslawien ist weiterhin unverzichtbar, wenn der Gerichtshof seinen Auftrag erfüllen, seine Tätigkeit fristgerecht abschließen und damit dauerhafte Wirkung auf die Rechtsstaatlichkeit im ehemaligen Jugoslawien haben soll. Am 4. Mai 2004 berichtete der Präsident des Gerichtshofs dem Sicherheitsrat, dass Serbien und Montenegro es systematisch unterlassen hätte, seinen Verpflichtungen nach Artikel 29 des Statuts und Artikel 39 der Verfahrens- und Beweisordnung des Gerichtshofs nachzukommen. In dem Bericht hieß es, dass die Zusammenarbeit Serbien und Montenegros mit dem Gerichtshof nach den Wahlen im Dezember 2003 ständig zurückgegangen und nun fast am Nullpunkt angelangt sei.

### **Internationaler Strafgerichtshof für Ruanda**

215. Der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda hat auf die Verwirklichung der Ziele hingearbeitet, die in Resolution 1503 (2003) verankert sind, worin der Rat ihn nachdrücklich aufforderte, die Ermittlungen bis 2004, die Gerichtsverfahren bis 2008 und die Berufungen bis 2010 abzuschließen. Der Gerichtshof hat bisher 17 Urteile über 23 Angeklagte gefällt. Strafverfahren betreffend 19 Angeklagte befinden sich in unterschiedlichen Stadien. Die Rechtsprechungskapazitäten der Strafkammern wurden erhöht, nachdem der Rat Ad-litem-Richter genehmigt hatte; zu jedem Zeitpunkt können jetzt neun dieser Richter tätig werden. Darüber hinaus wurden weitere Maßnahmen ergriffen, um den Rechtsprechungsprozess zu straffen. So gibt es jetzt beispielsweise einen Verfahrensausschuss, der aus Vertretern der Kammern, der Anklage und der Kanzlei besteht und der für die Planung und Straffung der Vorverfahren verantwortlich ist, damit die jeweiligen Fälle rechtzeitig für die Hauptverhandlung bereit sind.

216. Nach Verabschiedung der Resolution 1503 (2003) des Sicherheitsrats wurde für den Gerichtshof eine separate Stelle eines Anklägers geschaffen. Der Ankläger hat die Fälle geprüft und entschieden, in welchen Fällen der Gerichtshof die Strafverfolgung übernehmen und welche zur Strafverfolgung an einzelstaatliche Gerichte überwiesen werden können. Inzwischen werden konkrete Schritte unternommen, um festzustellen, inwieweit einige einzelstaatliche Systeme, namentlich dasjenige Ruandas, geeignet sind, im Einklang mit internationalen Normen über eine Sache zu entscheiden.

217. Die Kanzlei unterstützt die anderen Organe auch weiterhin, um ihre Arbeit zu erleichtern. Das Rechtsbeistandssystem wird derzeit reformiert, um unnötige oder exzessive Honorare für die Verteidigung in den Griff zu bekommen. Der Kanzler hat mit Frankreich, Italien und Schweden Vereinbarungen über die Vollstreckung der Urteile getroffen und ist bemüht, bald ähnliche Vereinbarungen mit anderen Ländern, einschließlich Ruandas, abzuschließen

### **Sondergerichtshof für Sierra Leone**

218. Im vergangenen Jahr hat der Sondergerichtshof für Sierra Leone weiter die Grundlagen für den Beginn der Verfahren gegen diejenigen gelegt, bei denen der Verdacht besteht, dass sie die größte Verantwortung für die während des Konflikts in dem Land begangenen Greueltaten tragen. Am 16. September 2003 erhob der Sondergerichtshof seine jüngste Anklage und erließ einen Haftbefehl gegen Santigie Borbor Kanu, der festgenommen wurde, während er sich bis zu seinem Prozess wegen Landesverrats im Gewahrsam der sierraleonischen Behörden befand, und der in die Haftanstalt des Sondergerichtshofs überstellt wurde. Der Sondergerichtshof hat bisher 13 Anklageschriften gebilligt. Am 5. Dezember 2003 zog der Ankläger die Anklageschrift gegen Foday Sankoh und Sam Bockarie zurück, da diese verstorben waren. Zwei Angeklagte, Johnny Paul Koroma und Charles Taylor, befinden sich weiterhin auf freiem Fuß; neun Personen, die allesamt ihre Schuld bestreiten, befinden sich im Gewahrsam des Sondergerichtshofs.

219. Am 28. Januar 2004 fällte die Strafkammer Entscheidungen dahin gehend, dass gegen die neun derzeit im Gewahrsam des Gerichtshofs befindlichen Angeklagten nun drei anstatt neun separater Strafverfahren angestrengt werden. Die Verfahren gegen die Zivilverteidigungskräfte und die Revolutionäre Einheitsfront begannen am 3. Juni beziehungsweise am 5. Juli 2004. Das Verfahren gegen den Revolutionsrat der Streitkräfte wird voraussichtlich nach der Einsetzung einer zweiten Strafkammer im Herbst 2004 beginnen.

220. Die Fortschritte des Sondergerichtshofs erfolgten vor dem Hintergrund ständiger finanzieller Unsicherheiten und Zwänge. Der Mittelbedarf von 19 Millionen Dollar für das erste Jahr seiner Tätigkeit (Juli 2002 - Juni 2003) wurde ausschließlich durch freiwillige Beiträge gedeckt. Während des vergangenen Jahres wurde jedoch deutlich, dass die Mittelzusagen und die Beiträge einer Gruppe interessierter Staaten nicht ausreichen würden, um die Tätigkeit für den Zeitraum von mindestens drei Jahren, die meines Erachtens für die Ermittlungen, die Strafverfolgung und die Strafverfahren gegen eine sehr begrenzte Zahl von Angeklagten erforderlich sind, zu finanzieren. Auf Grund der weiter unsicheren Finanzlage bat ich die Generalversammlung im März 2004 um eine Subvention in Höhe von 40 Millionen Dollar für den Abschluss der Tätigkeit des Gerichtshofs – 16,7 Millionen Dollar für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2004 und die verbleibenden 29,3 Millionen Dollar für das Jahr 2005. Mit ihrer Resolution 58/284 vom 8. April 2004 genehmigte die Generalversammlung für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2004 eine Subvention von höchstens 16,7 Millionen Dollar aus Mitteln des ordentlichen Haushalts. Ich werde der Versammlung auf ihrer neunundfünfzigsten Tagung über den Stand dieser Subvention Bericht erstatten und sie um die Genehmigung zur Freigabe des verbleibenden Betrags ersuchen.

221. Nach nur zweijähriger Tätigkeit bereitet sich der Sondergerichtshof bereits auf die Nachverfahrensphase vor, indem er an seiner Arbeitsabschluss- und Ausstiegsstrategie arbeitet. Dazu gehören der Abschluss seiner Kerntätigkeiten, die Erarbeitung von Mechanismen zur Fortführung noch erforderlicher Resttätigkeiten und die Hinterlassung eines

Vermächtnisses der Rechenschaftspflicht für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht. Darüber hinaus ist zu hoffen, dass die Verbreitung von Informationen über die Arbeit des Sondergerichtshofs sowie die Weitergabe von Fachkenntnissen, Ausrüstung und Einrichtungen an die lokale Rechtsgemeinde zu den Bemühungen um eine Rechtsreform in Sierra Leone beiträgt.

## **Stärkung der Herrschaft des Rechts**

222. Am 24. September 2003 hielt der Sicherheitsrat seine erste allgemeine Behandlung des Themas Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit ab. In einer Rede stellte ich dem Rat einige der Lehren dar, die das Sekretariat im Laufe der Jahre aus seinen Erfahrungen bei der Auseinandersetzung mit Postkonfliktsituationen und aus seinen Bemühungen gezogen hat, beim Wiederaufbau zerrütteter Gesellschaften behilflich zu sein. An erster Stelle steht die Lehre, dass wir Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit zu zentralen Zielen unserer Friedensmissionen machen müssen, denn wenn sich Menschen nicht vor der Kriminalität sicher fühlen und sich nicht darauf verlassen können, dass in der Vergangenheit begangenes Unrecht wiedergutmacht wird, dann verlieren sie das Vertrauen in einen Friedensprozess, und dieser Prozess wird letzten Endes fehlschlagen. Was die Wiederherstellung der Herrschaft des Rechts betrifft, so stellte ich fest, dass wir uns nicht, wie wir dies in der Vergangenheit mitunter getan haben, allein auf den Wiederaufbau der Institutionen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung konzentrieren können. Stattdessen müssen wir einen umfassenden Ansatz verfolgen, der den gesamten Prozess der Strafrechtspflege umfasst – Polizei, Ankläger, Verteidiger, Richter, Gerichtsbedienstete und Vollzugsbeamte. Als zweite wichtige Lehre hob ich die Notwendigkeit hervor, Pauschallösungen zu vermeiden. Vielmehr müssen wir die Lösungen auf die lokalen Verhältnisse und Traditionen zuschneiden. Außerdem dürfen wir nicht der Versuchung erliegen, zu glauben, dass wir alles am besten wissen, sondern wir müssen von Anfang an lokale Akteure einbeziehen und bestrebt sein, ihnen bei der Suche nach eigenen Lösungen zu helfen. Im Bereich der Rechtspflege zeigte ich zwei große Herausforderungen auf. Zum einen müssen wir über Fragen der individuellen Verantwortlichkeit für schwere Verbrechen hinaussehen und eingehender prüfen, wie wir sowohl den Bedürfnissen der Opfer als auch denen der Gesellschaften, aus denen sie kommen, gerecht werden können. Dies kann bedeuten, dass wir Gerichtsverfahren gelegentlich durch andere Mechanismen, wie etwa Wahrheitskommissionen, Untersuchungskommissionen und Wiedergutmachungsprogramme, ergänzen müssen. Die zweite große Herausforderung besteht darin, einen Ausgleich zwischen den Erfordernissen der Gerechtigkeit und der Aussöhnung zu finden, wenn diese miteinander im Wettstreit stehen. Wie ich in meiner Rede feststellte, kann unnachgiebiges Streben nach Gerechtigkeit manchmal zum Hindernis für den Frieden werden und den Abschluss eines Abkommens, das dem Blutvergießen ein Ende bereitet, erschweren oder ein prekäres, unter viel Mühe zustande gekommenes Friedensabkommen gefährden. Das kann dann bedeuten, dass wir uns manchmal mit einer Gerechtigkeit zufriedengeben müssen, die nur unvollkommen ist, dass wir uns Alternativen zur Strafverfolgung überlegen müssen, wie beispielsweise Wahrheits- und Aussöhnungsprozesse, oder dass wir den Tag, an dem wir die Schuldigen vor Gericht stellen, auf später verschieben müssen. In anderen Situationen müssen wir einfach das Risiko für den Frieden in der Hoffnung auf uns nehmen, dass auf lange Sicht ein Frieden, der in Gerechtigkeit begründet liegt, sicherer ist und eher andauern wird.

223. Im August 2004 unterbreitete ich dem Sicherheitsrat einen Bericht mit weiteren praktischen Erfahrungen, die wir im Sekretariat auf diesem Gebiet gesammelt haben und die der Rat anwenden und seiner Arbeit künftig zugrunde legen könnte. An zentraler Stelle

standen darin unter anderem folgende Gebote und Grundregeln, die die Organisation meiner Vorstellung nach bei der Aushandlung von Friedensabkommen und bei der Festlegung von Mandaten für ihre Missionen befolgen sollte: Jegliche Amnestie für Völkermord, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist abzulehnen, und es ist sicherzustellen, dass jede bereits gewährte Amnestie für derartige Verbrechen eine strafrechtliche Verfolgung vor einem von den Vereinten Nationen geschaffenen oder unterstützten Gerichtshof nicht ausschließt. Die Einrichtung eines Gerichtshofs, der die Todesstrafe verhängen kann, ist ebenso zu vermeiden wie die direkte Mitwirkung an einem solchen Gerichtshof. Alle von den Vereinten Nationen geschaffenen und unterstützten Gerichtshöfe sind so zu strukturieren und zu organisieren, dass der Prozess der Anklageerhebung und gerichtlichen Verhandlung glaubwürdig ist und mit den bestehenden internationalen Normen betreffend die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Richterschaft, die Effizienz, Unparteilichkeit und Fairness der Ankläger und die Integrität des Gerichtsverfahrens im Einklang steht. Wenn gemischte Gerichtshöfe vorgesehen sind und es keine klaren Garantien für die wirkliche und die wahrgenommene Objektivität, Unparteilichkeit und Fairness der nationalen Richter gibt, ist zu erwägen, auf einer Mehrheit internationaler Richter und auf einem internationalen Ankläger zu bestehen. Die Rechte der Opfer sind anzuerkennen und zu achten, und es ist sicherzustellen, dass die jeweiligen Prozesse konkrete Maßnahmen für ihre Mitwirkung und ihren Schutz beinhalten. Es ist anzuerkennen, dass Konflikte und internationale Verbrechen anders geartete Auswirkungen auf Frauen als auf Männer haben; diesem Umstand ist durch entsprechende Maßnahmen Rechnung zu tragen. Schließlich ist sicherzustellen, dass Initiativen zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und Rechtspflegemechanismen für die Übergangszeit mit Hilfe tragfähiger, dauerhafter Finanzierungsmechanismen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden und dass die Finanzierung namentlich bei von den Vereinten Nationen getragenen Gerichtshöfen zumindest teilweise über Pflichtbeiträge erfolgt. Des Weiteren gab ich meine Absicht bekannt, meinen Exekutivausschuss für Frieden und Sicherheit damit zu beauftragen, konkrete Maßnahmen zu den in meinem Bericht erörterten Punkten vorzuschlagen, damit die Vereinten Nationen umfassendere Unterstützung für die übergangsweise Rechtspflege und die Rechtsstaatlichkeit in Konflikt- und Postkonfliktsituationen gewähren können.

224. Im September 2003 ernannte ich einen hauptamtlichen Koordinator mit der Aufgabe, die Hilfe aufzubringen und zu strukturieren, die die Vereinten Nationen der Regierung Kambodschas entsprechend dem zwischen ihr und den Vereinten Nationen geschlossenen Abkommen vom Juni 2003 über die Einrichtung Außerordentlicher Kammern innerhalb der bestehenden Gerichtsstrukturen Kambodschas zur Verfolgung der in der Zeit des Demokratischen Kampuchea begangenen schweren Verletzungen des kambodschanischen Rechts und des Völkerrechts gewähren sollen. Um ein besseres Bild von den voraussichtlichen Erfordernissen der Außerordentlichen Kammern zu gewinnen, habe ich zuerst im Dezember 2003 und dann im März 2004 eine Planungsmission nach Phnom Penh entsandt. Im Anschluss daran wurde eine Einigung mit Kambodscha über mehrere wichtige Planungsparameter erzielt. Außerdem wurden geeignete Räumlichkeiten für einen Gerichtssaal und Unterbringungsmöglichkeiten für die mit dem Gericht verbundenen Institutionen und Unterstützungsdienste identifiziert und detaillierte Haushaltsvoranschläge erstellt. Bald werde ich einen Appell an die Staaten richten und der Generalversammlung auf ihrer neunundfünfzigsten Tagung eingehend über die erzielten Fortschritte Bericht erstatten. In der Zwischenzeit haben mir die kambodschanischen Behörden nach der Amtsübernahme einer neuen Regierung versichert, dass die Ratifikation des Abkommens eine Vorrangstellung auf der Tagesordnung der Nationalversammlung einnehmen wird.



225. Im vergangenen Jahr wurden fünf neue multilaterale Verträge bei mir hinterlegt, womit die Zahl der in Kraft befindlichen Verträge, deren Verwahrer ich bin, auf 510 gestiegen ist. Zehn Verträge über Menschenrechte, Gesundheit, grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und die Umwelt traten in Kraft. Die 2000 von mir eingeleitete Initiative jährlicher Unterzeichnungsveranstaltungen steht in diesem Jahr unter dem Motto "Brennpunkt 2004: Verträge zum Schutz von Zivilpersonen". Im März lud ich die Regierungen zur Teilnahme an der Veranstaltung ein, die während der neunundfünfzigsten Tagung der Generalversammlung stattfinden wird. Ich habe antragstellenden Staaten die zur Teilnahme an dem multilateralen Vertragsrahmen notwendige rechtstechnische Hilfe zugesagt. Der Bereich Rechtsangelegenheiten veranstaltet gemeinsam mit dem Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen alle zwei Jahre am Amtssitz Fortbildungskurse über Vertragsrecht und Vertragspraxis. Im Jahr 2003 wurden diese Kurse auf die Regionalebene ausgedehnt. Zur Vertiefung des Wissens über die technischen Aspekte der Verträge, deren Verwahrer ich bin, wurde ein neues Handbuch Schlussbestimmungen veröffentlicht, das das bisherige Handbuch Verträge ergänzt. Die Vertragssammlung der Vereinten Nationen auf dem Internet trägt zur weiten Verbreitung vertragsrelevanter Informationen bei und gibt tagesaktuell über den Stand der von mir verwahrten Verträge Auskunft. Die Seite verzeichnet jetzt jeden Monat mehr als 1,7 Millionen Zugriffe.

### **Rechtsangelegenheiten**

226. Die Völkerrechtskommission hat ihre erste Lesung der Artikelentwürfe über den diplomatischen Schutz beendet und ist bei ihren Arbeiten zu Vorbehalten zu Verträgen weitergekommen. Ferner hat sie Fortschritte bezüglich der anderen Themen auf ihrer Tagesordnung erzielt, namentlich zu den Themen internationale Haftung bei Verlusten auf Grund grenzüberschreitender Schäden durch gefährliche Tätigkeiten, Verantwortung internationaler Organisationen, gemeinsame Nutzung natürlicher Ressourcen, einseitige Handlungen von Staaten und Fragmentierung des Völkerrechts. Der Ad-hoc-Ausschuss nach Resolution 51/210 der Generalversammlung vom 17. Dezember 1996 wurde erneut einberufen und setzte seine Anstrengungen zur Ausarbeitung des Entwurfs eines umfassenden Übereinkommens über internationalen Terrorismus und den Entwurf eines Übereinkommens zur Bekämpfung von Akten des Nuklearterrorismus fort. In der Zwischenzeit beschloss die Generalversammlung mit ihrer Resolution 58/74 vom 9. Dezember 2003, den Ad-hoc-Ausschuss über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit wieder einzuberufen und ihn mit der Erarbeitung einer Präambel und von Schlussklauseln zu beauftragen und so die Artikelentwürfe über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit fertigzustellen. Im März 2004 verabschiedete der Ad-hoc-Ausschuss sodann den Wortlaut des Übereinkommensentwurfs, den er der Versammlung zur Verabschiedung empfahl.

227. Auf ihrer Tagung 2004 verabschiedete die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht einen Rechtsleitfaden über Insolvenzrecht. Ziel des Leitfadens ist es, einzelstaatlichen Behörden bei der Ausarbeitung neuer und bei der Überarbeitung bestehender Gesetze behilflich zu sein, um den finanziellen Schwierigkeiten von Schuldnern innerhalb eines wirksamen Rechtsrahmens zu begegnen, somit für Sicherheit auf den Märkten zu sorgen und Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Stabilität zu fördern. Die Kommission ist darüber hinaus im Begriff, internationale Normen auf dem Gebiet der gesicherten Darlehen, der Schiedsgerichtsbarkeit, der elektronischen Vertragsabwicklung, des Transportrechts und des öffentlichen Beschaffungsrechts zu erarbeiten. Die Kommission, deren Mitgliederzahl von 36 auf 60 Staaten angehoben wurde, wurde dabei

im vergangenen Jahr auch weiterhin von der Unterabteilung Internationales Handelsrecht des Bereichs Rechtsangelegenheiten unterstützt, die zusätzliche Ressourcen zur Bewältigung einer gestiegenen Arbeitsbelastung insbesondere im Bereich der Fortbildung und der Rechtshilfe erhielt.

228. Was das Seerecht angeht, wurde auf der fünften Tagung des allen Mitgliedstaaten offen stehenden informellen Beratungsprozesses über Ozeane und Seerecht erörtert, wie die Staaten der zunehmenden Bedrohung der biologischen Vielfalt jenseits der Grenzen des Bereichs nationaler Hoheitsbefugnisse besser begegnen könnten. Im Zusammenhang mit dem Ersuchen der Generalversammlung, einen festen Prozess für die globale Beurteilung des Zustands der Meeresumwelt samt sozioökonomischer Aspekte sowie die Berichterstattung darüber einzurichten, fand im Rahmen der fünften Tagung des Beratungsprozesses eine internationale Arbeitstagung statt. Diese bot den Staaten erstmals Gelegenheit, zu erörtern, was die Schaffung eines Prozesses der globalen Meeresbewertung praktisch mit sich bringt. Die interinstitutionelle Zusammenarbeit und Koordinierung in Bezug auf alle diese Fragen erhielt Aufschwung durch die Einrichtung des Netzwerks Ozeane und Küstengebiete (VN-Ozeane), des allgemeinen Mechanismus für die organisationsübergreifende Zusammenarbeit in Meeresangelegenheiten. Am 16. November 2004 jährt sich das Inkrafttreten des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen zum zehnten Mal. Heute sind einhundertfünfundvierzig Staaten Vertragsparteien des Übereinkommens, ein Zeichen für die beträchtlichen Fortschritte, die im Hinblick auf seine Universalität erzielt wurden.

229. Im vergangenen Jahr gewährte der Bereich Rechtsangelegenheiten Beratung zu Rechtsfragen, die sich aus der Situation in Irak ergaben, so auch in Zusammenhang mit den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und der Frage der Vertretung Iraks bei den Vereinten Nationen, der Tätigkeit der Hilfsmission der Vereinten Nationen für Irak, dem Abschluss des Programms "Öl für Lebensmittel" und der Übertragung der Verantwortung für das Programm an die Provisorische Behörde der Koalition.

230. Der Bereich beriet die zehnte Notstandssondertagung der Generalversammlung in Verfahrensfragen; diese ersuchte schließlich den Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten über die Rechtsfolgen des Baus einer Mauer durch die Besatzungsmacht in dem besetzten palästinensischen Gebiet. Der Bereich stellte eine Mappe sachdienlicher Dokumente zusammen und war bei der Ausarbeitung meiner schriftlichen Erklärung an den Gerichtshof behilflich.

231. Was die internationalen Strafgerichtshöfe betrifft, so war der Bereich im Zusammenhang mit Anträgen auf Zugang zu urkundlichen Belegen und zu Zeugen beratend tätig. Ferner unterstützte er den Verwaltungsausschuss des Sondergerichtshofs für Sierra Leone bezüglich rechtlicher und operativer Aspekte des Gerichtshofs. Er gewährte Friedenssicherungsmissionen Unterstützung und war bei der Einrichtung einer Reihe neuer und bei der Erweiterung bestehender Missionen behilflich, darunter die Mission der Vereinten Nationen in Liberia, die Operation der Vereinten Nationen in Côte d'Ivoire, die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Haiti und die Operation der Vereinten Nationen in Burundi.

232. Der Bereich war außerdem bei einer Vielzahl weiterer Angelegenheiten beratend tätig, die für die Organisation von Belang sind, darunter Personalreform, Beschaffungspraktiken und Leitlinien für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor. Darüber hinaus arbeitete er weiter an der Aufstellung und Aushandlung einer Reihe komplexer Verträge für den Sanierungsgesamtplan sowie an einer damit zusammenhängenden Initiative zur Erhöhung der Sicherheit im Amtssitzkomplex in New York.

## Kapitel VI

### Management

#### Verwaltung und Management

233. Die Vereinten Nationen setzten ihre Anstrengungen um einen besseren "Dienst am Kunden" und eine höhere Ergebnisorientierung fort. Eine organisationsweite Befragung der Klienten für die Dienste der Hauptabteilung Management wurde durchgeführt, um Eckwerte festzulegen, an denen künftige Leistungen gemessen werden können. Reaktionen auf die Umfrage ergaben, dass die jüngsten Anstrengungen zur Verbesserung des Dienstleistungsmanagements zwar in die richtige Richtung wiesen, dass jedoch insbesondere bei der Kundenorientierung und hinsichtlich umfangreicherer Konsultationen mit Klienten bei der Politikgestaltung sowie einer flexibleren Anwendung von Politiken und Regeln noch erheblicher Verbesserungsbedarf bestand. Eine bedeutsame Entwicklung war die Veranstaltung einer Klausurtagung im Mai 2004, bei der alle Verwaltungsleiter der Büros außerhalb des Amtssitzes sowie leitende Verwaltungsbedienstete des Amtssitzes zusammentrafen. Dies führte zu neuen Mechanismen für einen erweiterten Dialog und eine engere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verwaltung und des Managements.

234. Praktische Maßnahmen wurden eingeleitet, um hochprioritäre Verwaltungsdienste zu verbessern. In Anbetracht der gestiegenen Sicherheitsbedrohungen wurde die Fähigkeit der Vereinten Nationen zur raschen und wirksamen Reaktion auf Krisen ausgebaut, indem höhere Kapazitäten geschaffen wurden, um den Bedürfnissen von Mitarbeitern, ihren Angehörigen und anderen möglicherweise Betroffenen zu entsprechen. Durch die Zuweisung zusätzlicher Ressourcen und die Straffung von Verfahren wurde die Rechtspflege effizienter und der Rückstand an zu bearbeitenden Fällen erheblich reduziert.

#### Dienste für Informations- und Kommunikationstechnologien

235. Die Strategie für Informations- und Kommunikationstechnologien (A/57/620), die die Effizienz, Automatisierung und Koordinierung der internen Entscheidungsfindung der Vereinten Nationen gewährleisten soll, wird derzeit umgesetzt, und es wurde ein Projektprüfungsausschuss eingesetzt, der bei allen Initiativen auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie die Einhaltung von Normen durchsetzen und sicherstellen soll, dass die entsprechenden Investitionen alle gerechtfertigt sind. Das weltweite informations- und kommunikationstechnische Netz der Vereinten Nationen wird derzeit modernisiert, damit es robuster wird und über ausreichende Kapazitäten für Multimedia-Anwendungen wie Videokonferenzen am PC verfügt. Es wurden Netzwerksicherheit-Risikobewertungen durchgeführt, um die Sicherheitsrisiken an vier Dienstorten zu senken.

#### Sicherheitsdienste

236. Angesichts der erheblich gestiegenen Bedrohung der Vereinten Nationen und ihrer Bediensteten leitete die Organisation verschiedene Initiativen ein, um die Sicherheit am Amtssitz und in den Feldbüros zu verbessern. In New York wird unter anderem die Umzäunung des Amtssitzgeländes ersetzt und ein elektronisches Zugangskontrollsystem entwickelt. Die Entwicklung eines systemweit standardisierten Zugangskontrollsystems ist im Gange. Um ein sicheres Arbeitsumfeld zu gewährleisten, wurden Risikobewertungs- und Risikominderungsmaßnahmen und -strategien in Form von Mindest-Betriebssicherheits-

normen für den Amtssitz aufgestellt und im Januar 2004 eingeführt. Alle Büros des VN-Systems am Amtssitz haben sich bereit erklärt, diese Normen einzuhalten.

237. Nach dem Angriff vom 19. August 2003 auf das Büro der Vereinten Nationen in Bagdad arbeitete die Hauptabteilung Management sehr eng mit dem Sicherheitskoordinator der Vereinten Nationen, der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze, dem Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten und der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten zusammen, um auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen einen Durchführungsplan für verbesserte Krisenmaßnahmen aufzustellen. Die erarbeiteten Empfehlungen betreffen die Bereiche Katastrophenbereitschaft und -planung, die klare Abgrenzung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten, die Entwicklung von Notfallmaßnahmen, die Schaffung eines umfassenden Inventars operativer Antwortkapazitäten, die richtige Auswahl und Ausbildung von Krisenpersonal und die spezialisierte Weiterverfolgung administrativer Angelegenheiten.

238. Es wurden Schulungsprogramme für Sicherheitsfragen eingerichtet, darunter ein Programm über grundlegende Sicherheit im Feld, das für alle Bediensteten verpflichtend ist. Das Sicherheitsbewusstsein der Bediensteten vor und während einer Krise wurde mittels einer Hotline, einer Internetseite und eines Handbuchs für Notfallvorsorge gefördert, und Bedienstete können die vom Büro des Sozialberaters angebotenen Unterstützungsprogramme für Krisenbewältigung wahrnehmen.

### **Gemeinsame Unterstützungsdienste**

239. Im Februar 2004 wurde der Globale Markt der Vereinten Nationen, eine gemeinsame, internetgestützte Datenbank für das Beschaffungswesen der Vereinten Nationen, eingerichtet, in der sich Lieferanten registrieren können und die sich zur zentralen Schnittstelle für alle mit den Vereinten Nationen verbundenen Beschaffungsinformationen entwickeln soll, auf die sowohl die Beschaffungsexperten der Vereinten Nationen als auch die Öffentlichkeit zugreifen können. Die Bedarfskonsolidierung sowie Direktverhandlungen mit Herstellern und Entwicklern statt Einzelhändlern führten zu für alle Organisationen des Systems der Vereinten Nationen vorteilhaften globalen Abmachungen, die es gestatten, Doppelarbeit zu vermeiden, höhere Mengenrabatte zu erzielen, größere Kontrolle über den Beschaffungsprozess zu behalten, nicht wertschöpfende Tätigkeiten auszuschalten und lange Beschaffungszyklen zu verkürzen. Besonders vorteilsbringend sind Verträge für Reisen sowie Verträge über Informations- und Kommunikationstechnologien (Software und Hardware), Bürobedarf, Fahrzeuge und Sicherheitsausrüstung. In Addis Abeba, Nairobi und Santiago werden neue Büroanlagen errichtet, um gemäß dem Konzept der "Häuser der Vereinten Nationen" dafür zu sorgen, dass verstreute Büros an einem Ort zusammengefasst werden. Was die Sicherheit angeht, werden diese Gebäude auf das neue elektronische Zugangskontrollsystem und auf die Mindest-Betriebs sicherheitsnormen für den Amtssitz ausgelegt sein.

### **Personalmanagement**

240. Das integrierte Reformprogramm für Personalmanagement nahm seinen Fortgang mit der auf die Bedürfnisse von Programmleitern wie Gesamtpersonal ausgerichteten weiteren Verbesserung der Personalmaßnahmen und -verfahren. Besonderes Gewicht lag auf der Unterstützung des neuen Personalauswahlsystems, das Rekrutierung, Verwendung, Beförderung und gesteuerte Mobilität umfasst. Die organisationsweite Einführung eines voll-

elektronischen Leistungsbeurteilungssystems (e-PAS), die Weiterentwicklung des elektronischen Handbuchs Personalwesen sowie Verbesserungen am "Galaxy"-Programm, welches das Personalauswahlssystem unterstützt, führten zur breiten Verwendung informationstechnologischer Hilfsmittel. Der Bereich Personalmanagement arbeitet nach wie vor in Partnerschaft mit den Leitern der Hauptabteilungen an der Aufstellung und Überwachung von Personal-Aktionsplänen, in denen für jede Hauptabteilung unter anderem Ziele für die geografische Verteilung, die Gleichstellung, die Personalentwicklung und die Einhaltung der Leistungsbewertungsaufgaben gesetzt werden.

241. Die Grundwerte und die Kernkompetenzen sind nun Bestandteil aller Aspekte des Personalmanagements einschließlich der Rekrutierung, des Leistungsmanagements, der Laufbahnentwicklung und der Fortbildung. Besonderes Gewicht lag auf der Schaffung einer Kultur des kontinuierlichen Lernens, dem Aufbau von Führungs- und Managementkapazitäten, der Bereitstellung von Notfallvorsorge-Leitlinien für Bedienstete und Leitungspersonal sowie der Unterstützung der Laufbahnentwicklung und der Mobilität von Bediensteten aller Ebenen. Verstärkte Aufmerksamkeit galt dem Komplex Berufs- und Privatleben; hier kam es unter anderem zu der Gestaltung und Durchführung von Gesundheitsprogrammen am Arbeitsplatz, der weiteren Durchführung der HIV/Aids-Politik der Vereinten Nationen, der Einführung flexibler Arbeitszeitregelungen und der Bereitstellung erweiterter Sozial- und sonstiger Beratungsdienste.

### **Sanierungsgesamtplan**

242. Die Vereinten Nationen haben Verträge für die Planentwicklungsphase der Sanierung des Amtssitzkomplexes abgeschlossen. Sie erstrecken sich auf verschiedene Planungsleistungen auf infrastrukturellem, architektonischem und ingenieurwissenschaftlichem Gebiet sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit. Im Februar 2004 machten die Vereinigten Staaten von Amerika als Gastland vorbehaltlich der Genehmigung durch den Kongress der Vereinigten Staaten ein vorläufiges Angebot über ein verzinsliches Darlehen in Höhe von 1,2 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Sanierungsgesamtplans. Später schlug das Gastland der Generalversammlung alternative Tilgungspläne zur Behandlung vor. Die Vorbereitungsarbeiten schreiten voran, und ein Architekt für die Gestaltung und Konstruktion des neuen, südlich des Amtssitzes gelegenen Gebäudes, das während der Renovierungsphase als Ausweichquartier dienen soll, wurde ausgewählt.

### **Finanzmanagement**

243. Der Rahmen des ergebnisorientierten Haushaltsverfahrens wurde weiter verfeinert, um die Rechenschaftslegung durch die Führungskräfte zu verbessern, namentlich durch die Einführung des neuen strategischen Zweijahresrahmens, der den mittelfristigen Plan ablöst, und durch die Neugestaltung des Programmvollzugsberichts.

244. Die Verschlechterung der Finanzlage der Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda, die dadurch hervorgerufen wurde, dass immer mehr Mitgliedstaaten ihre Pflichtbeiträge nicht entrichteten, gab im vergangenen Jahr wachsenden Grund zur Besorgnis. Wenn die Mitgliedstaaten nicht rasch und positiv reagieren und ihre Beiträge entrichten, könnte der Fortbestand der Strafgerichtshöfe gefährdet sein.

245. Auch die Beitragszahlungen zum ordentlichen Haushalt sind im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen: Die ausstehenden Beiträge beliefen sich Ende 2003 auf

441,7 Millionen Dollar, gegenüber 304,7 Millionen Dollar Ende 2002. Lediglich 127 Mitgliedstaaten hatten Ende 2003 ihre Pflichtbeiträge in voller Höhe entrichtet. Diese Entwicklungen sowie die vor kurzem getroffenen Beschlüsse der Generalversammlung, den Mitgliedstaaten die Ausgabereise aus abgeschlossenen Friedenssicherungsmissionen zurückzuerstatten, führten zu einem erheblichen Rückgang der verfügbaren flüssigen Mittel. Unter diesen Umständen wird es noch wichtiger, dass die Mitgliedstaaten ihre Beiträge rechtzeitig und in voller Höhe entrichten, damit die mandatsmäßige Tätigkeit der Vereinten Nationen nicht beeinträchtigt wird.

### **Rechenschaftspflicht und Aufsicht**

246. Das Amt für interne Aufsichtsdienste, das im Juli 1994 von der Generalversammlung geschaffen wurde, um die Aufsichtsfunktionen innerhalb der Organisation zu stärken, kann in diesem Jahr auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Die Versammlung wird auf ihrer neunundfünfzigsten Tagung ihre zweite Fünfjahresevaluierung und -überprüfung der Aufgaben und Berichtsverfahren des Amtes vornehmen. Zur Unterstützung der Versammlung führte das Amt selbst eine umfassende interne Tätigkeitsbewertung durch und kam zu dem Schluss, dass die Qualität seiner Arbeit während der vergangenen fünf Jahre zugenommen hat, dass jedoch die Weiterverfolgung der Aufsichtsberichte im Sekretariat stärker koordiniert werden muss, um die Wirkung der Empfehlungen und die Rechenschaftslegung insgesamt zu verbessern.

### **Überwachung, Evaluierung und Beratung**

247. Durch die intensive Schulung von Führungskräften und Mitarbeitern trug das Amt für interne Aufsichtsdienste zur Stärkung des ergebnisorientierten Managements bei. Die formale Gestaltung und der Inhalt meines Berichts über den Programmvollzug der Vereinten Nationen im Zweijahreszeitraum 2002-2003 (A/59/69) wurden erheblich verbessert, um die wichtigsten Ergebnisse jedes Programms und Unterprogramms des Programmhaushaltsplans der Vereinten Nationen hervorzuheben.

248. Bei seiner Evaluierung der kürzlichen Neustrukturierung der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (A/58/746) kam das Amt für interne Aufsichtsdienste zu dem Schluss, dass die Reform sich zwar auf dem richtigen Weg befindet, dass jedoch mehr Zeit notwendig ist, bis ihre volle Wirkung spürbar wird. Unter anderem empfahl das Amt, die Personalverwaltung zu verbessern, beste Verfahrensweisen zu institutionalisieren und die Ziele im Zusammenhang mit dem Informationsmanagement und der Informationstechnologie umzusetzen.

249. Das Amt für interne Aufsichtsdienste erbrachte auch weiterhin Beratungsdienste für Hauptabteilungen des Sekretariats, um ihnen bei der Änderung ihrer Arbeitsabläufe und Strukturen behilflich zu sein, unter anderem, indem es einen Bericht über die integrierte globale Leitung der Konferenzdienste (A/59/133) sowie Bewertungen des Programms für Kinder und bewaffnete Konflikte und des Reformprogramms im Bereich Personalwesen fertigstellte.

### **Innenrevision**

250. Das Amt für interne Aufsichtsdienste führte etwa 100 Prüfungen durch und legte der Generalversammlung fünf Berichte vor, die ein weites Themenfeld abdeckten, darunter

Friedenssicherungseinsätze, die Aktivitäten des Amtes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, das Beschaffungswesen und die Programmleitung. Als Ergebnis seiner Prüfung des Ausschusses für Aufträge am Amtssitz unterbreitete das Amt Empfehlungen für Effizienzsteigerungen beim Überprüfungsprozess (A/58/294). In seinem Bericht über die Prüfung der zu jenem Zeitpunkt noch gemeinsamen Anklagebehörde der Internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda (A/58/677) empfahl es die Stärkung der Planungs- und Überwachungstätigkeit und die beschleunigte Rekrutierung leitender Mitarbeiter. Zwei Prüfungsberichte an die Generalversammlung befassten sich mit der Verwaltung von Treuhandfonds für Friedenssicherung (A/58/613) und mit den Rekrutierungspolitiken und -verfahren für Bedienstete der Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (A/58/704).

### **Disziplinaruntersuchungen**

251. Im September 2003 eröffnete die Abteilung Disziplinaruntersuchungen des Amtes für interne Aufsichtsdienste ein neues Büro am Sitz der Vereinten Nationen in Wien. Etwa 90 Prozent der von der Abteilung untersuchten Fälle sind außerhalb des Amtssitzes angesiedelt. Durch die Verlegung des Großteils der am Amtssitz ansässigen Ermittler an den neuen Standort kann die Abteilung erhebliche Kosteneinsparungen erzielen und engere Kontakte zu vielen der Dienststellen pflegen, für die sie Disziplinaruntersuchungen durchführt.

252. Auf meine Veranlassung hin wurde eine Disziplinaruntersuchung durchgeführt, um Behauptungen nachzugehen, die Vereinten Nationen befänden sich im Besitz eines Sprachaufzeichnungsgeräts aus dem Falcon-50-Flugzeug, das die Präsidenten Ruandas und Burundis an Bord hatte, als es am 6. April 1994 abstürzte, wodurch in der Folge der Völkermord in Ruanda ausgelöst wurde. Tatsächlich wird seit 1994 ein Sprachaufzeichnungsgerät bei den Vereinten Nationen aufbewahrt, doch ergaben die Ermittlungen, dass es nicht aus dem Flugzeug der Präsidenten stammte und keine sachdienlichen Informationen über den Absturz ihres Flugzeugs enthielt.

253. Die Abteilung Disziplinaruntersuchungen steht an der Spitze der Arbeitsgruppe Disziplinaruntersuchungen im Kosovo, die im Zuge der Ermittlungen über die betrügerische Abzweigung von 4,3 Millionen Dollar durch einen leitenden Bediensteten der Komponente Wiederaufbau der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) (siehe A/58/592 und Corr.1) im vergangenen Jahr eingerichtet wurde. Als gemeinsames Ermittlungsorgan hat die Arbeitsgruppe den Auftrag, Disziplinaruntersuchungen einzuleiten, durchzuführen und zu koordinieren, um Fälle von Betrug und Korruption im Zusammenhang mit Mitteln des konsolidierten Haushalts für das Kosovo aufzudecken. Die übrigen Mitglieder der Arbeitsgruppe sind das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung der Europäischen Union und die aus Polizisten der italienischen Guardia di Finanza bestehende Gruppe Finanzermittlungen der UNMIK. Die Abwicklung dieser Initiative erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der obersten Führungsebene der UNMIK, damit Abhilfemaßnahmen rasch getroffen werden können.

254. Am 21. April 2004 ernannte ich eine unabhängige hochrangige Kommission zur Untersuchung angeblicher Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung und dem Management des Programms "Öl für Lebensmittel" in Irak. Um eine gründliche und sorgfältige Untersuchung zu gewährleisten, haben die Kommissionsmitglieder Zugang zu allen einschlägigen Aufzeichnungen und Informationen der Vereinten Nationen und sind befugt, alle in Betracht kommenden Bediensteten und Mitarbeiter zu befragen. Die Kommission ist eben-

falls berechtigt, sich Aufzeichnungen von Personen zu beschaffen und Personen zu befragen, die nicht mit den Vereinten Nationen verbunden sind und die möglicherweise über für die Untersuchung sachdienliche Kenntnisse verfügen, und sie kann die Mitgliedstaaten um ihre Zusammenarbeit bei der Durchführung der Ermittlungen ersuchen. Es hat mich ermutigt, dass der Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1538 (2004) die Ernennung der Kommission einstimmig begrüßt und die Provisorische Behörde der Koalition, Irak und alle anderen Mitgliedstaaten, einschließlich ihrer nationalen Regulierungsbehörden, aufgefordert hat, uneingeschränkt mit der Untersuchungskommission zusammenzuarbeiten.

## **Stärkung der Vereinten Nationen**

255. Die Durchführung meiner Agenda für weitere Veränderungen, die ich der Generalversammlung vor zwei Jahren vorgelegt habe, ist jetzt größtenteils abgeschlossen. Im vergangenen Herbst habe ich der Versammlung auf ihrer achtundfünfzigsten Tagung einen Sachstandsbericht (A/58/351) sowie eine Reihe ergänzender Berichte zu spezifischen Reformvorschlägen vorgelegt. An dem von der Versammlung im letzten Herbst erörterten Programmhaushaltvorschlag für den Zweijahreshaushalt 2004-2005 wurde die Ausrichtung der Tätigkeiten der Vereinten Nationen an den Prioritäten erkennbar, die auf dem Millenniums-Gipfel und auf den Weltkonferenzen der neunziger Jahre vereinbart worden waren. Er reflektierte darüber hinaus eine umfangreiche Neustrukturierung zweier großer Hauptabteilungen – der Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement und der Hauptabteilung Presse und Information – sowie die Einstellung einer Vielzahl von Berichten, Tagungen und Tätigkeiten mit geringem Nutzwert. Was die Ressourcen betrifft, so wurden mehr als 100 Millionen Dollar innerhalb oder zwischen Programmen umgeschichtet, und die für Informations- und Kommunikationstechnologien und für die Mitarbeiterschulung bestimmten Mittel wurden erheblich aufgestockt.

256. Ein Gebiet, auf dem messbare Verbesserungen erzielt wurden, ist die Berichterstattung. Durch Konsolidierungsmaßnahmen wurde die Zahl der Berichte an die achtundfünfzigste Tagung der Generalversammlung um 13 Prozent gesenkt. Eine weitere, 16-prozentige Senkung wird für die neunundfünfzigste Tagung in Aussicht genommen. Auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit zeitigen die strukturellen Veränderungen der Hauptabteilung Presse und Information erste Ergebnisse: Vorrangige Tätigkeiten erhalten nun gezieltere Aufmerksamkeit und erfahren eine bessere Technologienutzung. Im Januar 2004 wurde in Brüssel ein einziger regionaler Informations-Knotenpunkt eingerichtet, der an die Stelle von neun über ganz Westeuropa verteilten, unterfinanzierten und ungleichartigen Zentren trat. Die Bemühungen um die Konsolidierung des Netzwerks der Informationszentren in anderen Regionen werden im kommenden Jahr fortgesetzt.

257. Bei der Planung und Haushaltserstellung trat ein strategischer Zweijahresrahmen an die Stelle des vierjährigen mittelfristigen Plans. Der erste Entwurf eines strategischen Rahmens für den Zeitraum 2006-2007 wird der Generalversammlung auf ihrer neunundfünfzigsten Tagung vorgelegt werden. Darüber hinaus sind die Verfahren für die Programmplanung und die Mittelveranschlagung nun besser aufeinander abgestimmt, und der Prozess der zwischenstaatlichen Überprüfung wurde gestrafft. Das Haushaltsdokument für 2004-2005 war erheblich kürzer als in früheren Zweijahreszeiträumen und übersichtlicher gestaltet. Gegen Ende des Jahres 2004 werden sich die Mitgliedstaaten voraussichtlich außerdem mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung des Überwachungs- und Evaluierungssystems, eines weiteren wichtigen Elements des Planungs- und Haushaltszyklus, auseinandersetzen können.



258. Die beim Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte vorgenommenen Reformen werden in Kapitel IV im Einzelnen dargestellt, so auch die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stärkung der einzelstaatlichen Schutzsysteme sowie zur Verbesserung der Vertragsumsetzung und der Leitung des Amtes. Die verstärkte Unterstützung der Berichterstatler und des Systems der besonderen Verfahren ist nach wie vor eine grundsatzpolitische Vorrangfrage. Die neue Hohe Kommissarin wird sich im kommenden Jahr mit diesen und anderen Punkten beschäftigen, insbesondere auch mit der Personalausstattung ihres Amtes.

259. Zwei größere Berichte, die im Zusammenhang mit dem Reformpaket von 2002 zu erstellen waren, wurden im vergangenen Jahr fertiggestellt. Der eine verdeutlicht die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit bei einigen ausgewählten Fragen; der andere befasst sich mit der Tätigkeit der Gruppe namhafter Persönlichkeiten für die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft. Insbesondere zu dem letzteren Bericht werden noch erhebliche Folgearbeiten erforderlich sein, da die Empfehlungen der Gruppe bedeutsame institutionelle und systemische Auswirkungen auf die Vereinten Nationen haben. Kapitel VII des vorliegenden Berichts enthält weitere Einzelheiten über die Ergebnisse der Gruppe sowie über die vorgeschlagenen nächsten Schritte.

260. Die Fonds und Programme haben weitere Fortschritte bei der Verstärkung ihrer Präsenz auf Landesebene erzielt. Unter anderem wurden Leitlinien für die gemeinsame Programmierung und die Erfassung der in Ländern in Postkonfliktsituationen gewonnenen Erfahrungswerte aufgestellt. Modalitäten für die gemeinsame Ressourcenverwaltung für Wissensaustauschsysteme und für die Stärkung der residierenden Koordinatoren werden derzeit erarbeitet.

261. Die Generalversammlung wird gegen Ende 2004 einen umfassenden Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der zehn Bausteine der Personalstrategie der Vereinten Nationen behandeln. Konkrete, in dem Reformpaket von 2002 enthaltene Vorschläge befinden sich in der Umsetzungsphase. So wurden Maßnahmen zur Harmonisierung von Verträgen und Sozialleistungen für Feldpersonal ausgearbeitet; die Finanzwirkungen dieser Vorschläge werden jedoch noch geprüft. Praktische Maßnahmen zur Erhöhung der Chancen für Bedienstete des Allgemeinen Dienstes werden derzeit erarbeitet, nach Maßgabe der Beschränkungen, die auf Grund neuerer Resolutionen der Generalversammlung bestehen. Eine Überprüfung der Befugnisdelegierung ergab, dass die Hauptabteilung Management explizitere Leitlinien für Führungs- und Verwaltungsfunktionen vorgeben müsste. Ferner ist eine Verbesserung der Überwachungssysteme vorgesehen, darunter die Neustrukturierung der Gruppe der Vereinten Nationen für die Beachtung der Rechenschaftspflicht, und der Fortbildung des Leitungspersonals soll verstärkte Aufmerksamkeit gelten.

262. Ich möchte außerdem die Aufmerksamkeit auf eine vom Obersten Rechnungshof der Vereinigten Staaten vor kurzem durchgeführte Prüfung des Stands der Reform der Vereinten Nationen lenken. Der Rechnungshof schätzte zum Zeitpunkt der Prüfung, dass erfreuliche 85 Prozent der in den Reformpaketen von 1997 und 2002 vorgeschlagenen Reformen entweder vollständig oder teilweise umgesetzt worden waren.

## Kapitel VII

### Partnerschaften

#### Kommunikation

263. Wie ich in meinem letztjährigen Bericht über die Tätigkeit der Vereinten Nationen ausgeführt habe, nahm die Hauptabteilung Presse und Information eine weitreichende Neuausrichtung ihrer Prioritäten, Strukturen und Prozesse vor. Ihr neues Operationsmodell geht von der Grundannahme aus, dass ihre Funktion darin besteht, die Kommunikationsinhalte der Vereinten Nationen zu steuern und zu koordinieren und diese Inhalte auf strategische Weise zu vermitteln, um eine möglichst hohe Öffentlichkeitswirkung zu erzielen. Durch die Umstrukturierung erwarb sich die Hauptabteilung das Rüstzeug zur Bewältigung der Herausforderungen, vor die ich sie mit meinem Bericht aus dem Jahr 2002 "Stärkung der Vereinten Nationen: Eine Agenda für weitere Veränderungen" (A/57/387 und Corr.1) gestellt hatte. Nach einem Übergangszeitraum sind die Anfangsprobleme mit den neuen Strukturen und Prozessen nun überwunden. Die reformierte und umstrukturierte Hauptabteilung versteht jetzt die in sie gesetzten Erwartungen; sie meistert die Mittel, mit denen sie diesen Erwartungen gerecht werden will, und hat praktische Erfahrung im Umgang damit gewonnen. Sie ist nun bereit, die gelernten Lektionen und ihr neues Selbstvertrauen zu nutzen, um die von ihr angebotenen Produkte und Dienstleistungen weiter zu verbessern.

264. Im Dezember 2003 machte sich die Generalversammlung mit ihrer Resolution 58/101 B meine Vorschläge betreffend die Rationalisierung des weltweiten Netzes der Informationszentren der Vereinten Nationen zu eigen und gab eine klare Abfolge der Schritte vor, welche die Hauptabteilung Presse und Information zur Umsetzung dieser Vorschläge zu unternehmen hat. Der erste Schritt bestand in der Schaffung eines Regionalen Informationszentrums der Vereinten Nationen für Westeuropa, das am 1. Januar 2004, unmittelbar nach der Schließung neun westeuropäischer Informationszentren am 31. Dezember 2003, in Brüssel eingerichtet wurde. Mit der Einrichtung dieses modernen und mit den entsprechenden Ressourcen ausgestatteten Zentrums werden die Vereinten Nationen erstmals in der Lage sein, in ganz Westeuropa ein robustes, kohärentes und koordiniertes Programm für Öffentlichkeitsarbeit sachgerecht durchzuführen.

265. Ich habe die Hauptabteilung Presse und Information gebeten, ihre Erfahrungen in Westeuropa daraufhin auszuwerten, welche Lehren sich für den weiteren Prozess der Regionalisierung der Informationszentren der Vereinten Nationen daraus ziehen lassen. Natürlich wird sich das letzten Endes in den Entwicklungsländern eingesetzte Regionalmodell von dem westeuropäischen unterscheiden, da die Regionen unterschiedliche Bedürfnisse haben. Zu diesem Zeitpunkt plane ich, im Benehmen mit den Mitgliedstaaten mehrere kleinere Knotenpunkte in den wichtigsten Medienzentren der Entwicklungsländer einzurichten, wobei die Standorte so gewählt und die Ressourcen so zugewiesen werden sollen, dass der Betrieb dieser Knotenpunkte weder durch Entfernungen noch durch Sprachbarrieren beeinträchtigt wird.

266. Ein Bestandteil der Informationstätigkeit der Vereinten Nationen während der vergangenen zwölf Monate war die Einsetzung kleiner Sachverständigengruppen, die den Auftrag hatten, sich mit den Folgen entstehender Krisen für die Informationsarbeit zu befassen. Diese Gruppen, denen gewöhnlich Vertreter der Hauptabteilung Presse und Information und der zuständigen Fachabteilungen des Sekretariats angehören, gewährten unter der Aufsicht hochrangigen Leitungspersonals strategische Beratung und Anleitung zu der

Frage, wie wir uns mit der jeweiligen Krise öffentlich auseinandersetzen können. Eine weitere Gruppe, die aus Referenten für Öffentlichkeitsarbeit des VN-Systems aus dem Nahen Osten und der arabischen Welt bestand, hielt zwei Tagungen ab und entwickelte einen strategischen Plan, um das sinkende Ansehen der Organisation in dieser Region wieder aufzubauen.

267. Im Rahmen der Bemühungen des Sekretariats, sicherzustellen, dass die Vereinten Nationen der in jüngster Zeit drastisch gestiegenen Nachfrage nach Friedenssicherung gewachsen sind, zeigte sich deutlich, wie wichtig eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit für den Erfolg von Friedenssicherungseinsätzen ist. In Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit den Informationsaspekten der Friedenssicherung hat die Hauptabteilung Presse und Information neue Strategien eingesetzt, die die Mitgliedstaaten, die allgemeine Öffentlichkeit und die Ortsbevölkerung in den Einsatzgebieten von Friedensoperationen dazu bewegen sollen, neue Einsätze und die Erweiterung bestehender Einsätze zu unterstützen.

268. Zur Durchführung der genannten Strategien müssen immer öfter Sachverständige aus dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit rasch zu neuen Feldmissionen entsandt werden. Im Juni fand in der Versorgungsbasis der Vereinten Nationen in Brindisi (Italien) unter der Ägide der Hauptabteilung Presse und Information und mit Mitteln aus dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland eine vorbereitende Schulung von Bediensteten der Vereinten Nationen statt, die rasch zu Friedenssicherungsmissionen entsandt werden können. Ich habe vor, diese Schulungen fortzusetzen, damit uns bei Bedarf ein umfangreicher Bestand an qualifizierten Bediensteten zur Verfügung steht. Auch bereits bei Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen tätige Informationsbedienstete wurden darin geschult, spezifische Vorrangbereiche von Missionen, wie etwa Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung zu unterstützen. Sachverständige aus der Hauptabteilung Presse und Information nehmen heute automatisch an multidisziplinären Lagebewertungsmissionen teil, die der Entsendung von Friedenssicherungs- oder politischen Missionen vorangehen. In den vergangenen zwölf Monaten profitierten nach Burundi, Côte d'Ivoire, Haiti, Liberia und Sudan entsandte Lagebewertungsmissionen von der Mitarbeit von Informationsbediensteten, und in Irak wurde eine vorläufige Bewertungsmission für den Bedarf im Medienbereich durchgeführt.

269. Neue Techniken und Maßnahmen dienen dazu, neue Wirkungsbereiche für die Öffentlichkeitsarbeit der Vereinten Nationen zu erschließen. Die Nutzung externer, öffentlich zugänglicher Veranstaltungsorte für Gedenkveranstaltungen der Vereinten Nationen war eine höchst erfolgreiche Neuerung; so vervierfachte sich beispielsweise die Zahl der Teilnehmer an der jährlichen Veranstaltung in New York zur Begehung des Welt-Aids-Tags (1. Dezember).

270. In ähnlicher Weise konnten wir durch den Einsatz von Mehrpunkt-Videokonferenzen und von Internet-Börsen, die Verbindungen zwischen Lernenden und Partnern in der Zivilgesellschaft herstellten, unsere Kapazität zur Förderung des öffentlichen Dialogs über viele wichtige Fragen erheblich steigern. An den speziellen Internet-Veranstaltungen, die vor und während der ersten Phase des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft im Dezember 2003 in Genf stattfanden, nahmen viele Schüler und Studenten aus zahlreichen Ländern begeistert teil. Die jährliche Konferenz der Hauptabteilung Presse und Information mit nichtstaatlichen Organisationen brachte eine Rekordzahl von 2.000 Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen aus 86 Ländern nach New York, und viele weitere interessierte Organisationen und Einzelpersonen nahmen per zeitgleicher Internet-Übertragung daran teil.

271. Ein weiteres innovatives Mittel zur Förderung des Verständnisses der Öffentlichkeit für die Tätigkeit der Vereinten Nationen war die Erteilung der Drehgenehmigung für den Spielfilm *The Interpreter* in den Räumlichkeiten des VN-Amtssitzes. Die Entscheidung fiel nach eingehenden Überlegungen und Gesprächen. Ausschlaggebend war letztlich die Überlegung, dass im Endergebnis die Vereinten Nationen einem breiten Publikum näher gebracht würden.

272. In dem Bemühen, die Aufmerksamkeit auf wichtige Fragen zu lenken, über die oftmals nicht genug berichtet wird, verfasste die Hauptabteilung Presse und Information eine Liste der "Zehn Geschichten, über die die Welt mehr erfahren sollte". Darauf fanden sich die Not von Kindersoldaten in Uganda, die Krise in der Zentralafrikanischen Republik, die Entwicklungen, die zum Abschluss eines neuen Vertrags über die Rechte von Behinderten führen könnten, und die von der Überfischung ausgehende Bedrohung des Lebensunterhalts von weltweit 200 Millionen Menschen. Die Initiative stieß auf ein positives Echo seitens der Büros und Stellen der Vereinten Nationen, die Ideen zu dem Projekt beisteuerten, und sie konnte die Aufmerksamkeit zahlreicher Nachrichtenorganisationen sowohl auf die Geschichten selbst als auch auf die breitere Frage lenken, welche Rolle den Medien bei der Sensibilisierung der Öffentlichkeit zukommt.

273. Die Dag-Hammarskjöld-Bibliothek nutzte die Technologie, um ihre Produkte zu modernisieren; ihr UNBISnet-Katalog ist jetzt mit dem Volltext aller Dokumente in allen sechs Amtssprachen auf dem Elektronischen Dokumentenarchiv verknüpft. In dem Verzeichnis der Reden wurden zusätzliche Verknüpfungen auf den Volltext der Reden und in den Abstimmungsprotokollen auf den Volltext von Resolutionen gelegt. Eine gründliche Überarbeitung der Datenbank der Abstimmungsprotokolle ist derzeit im Gange und soll bis Ende 2004 abgeschlossen sein.

274. Durch die ständige Weiterentwicklung und Verbesserung der Internetseite der Vereinten Nationen können wir uns die Macht des Internet zunutze machen, um mehr Menschen überall auf der Welt mit der Tätigkeit der Vereinten Nationen und mit Themen von allgemeinem Belang vertraut zu machen. Im Jahr 2003 verzeichnete die Internetseite mehr als 2,1 Milliarden Zugriffe, verglichen mit 1,695 Milliarden im Vorjahr. An einem normalen Tag greifen Nutzer auf mehr als 940.000 Einzelseiten zu. Im Laufe des Jahres 2003 wurden auch erheblich mehr Zugriffe auf verschiedene Sprachenseiten verzeichnet: Die arabische Seite konnte ihre Zugriffe um 126 Prozent steigern, die chinesische um 792 Prozent, die englische um 77 Prozent, die französische um 108 Prozent, die russische um 173 Prozent und die spanische um 115 Prozent. Das Ausmaß dieser Steigerungen ist auf das phänomenale Wachstum der gesamten Internet-Nutzung in Ländern wie China zurückzuführen, ist jedoch auch Ausdruck der umfangreichen Maßnahmen, die das Sekretariat durch die Bereitstellung von mehr Seiten in allen Amtssprachen zur Förderung der Mehrsprachigkeit ergriffen hat. Die Einführung einer neuen Suchmaschine, die für die Suche in allen Amtssprachen verwendet werden kann, macht es darüber hinaus viel leichter, relevante Materialien aufzufinden.

275. Um die Herbeiführung der Parität zwischen den Amtssprachen zu erleichtern, ist die Hauptabteilung Presse und Information Partnerschaften mit akademischen Institutionen eingegangen, die kostenfrei Übersetzungen liefern. So wurden bereits Vereinbarungen mit der Staatlichen Linguistischen Universität Minsk (Belarus), der Shaoxing-Universität (China) und der Universität Salamanca (Spanien) unterzeichnet. Gespräche mit möglichen Partnern über Regelungen zur Erweiterung der arabischen Sprachseite sind in vollem Gange.

276. Derzeit werden Sondermaßnahmen durchgeführt, um Nutzern mit Behinderungen den Zugang zu den Inhalten der Internetseite zu erleichtern. Eine Arbeitsgruppe des Beirats für Veröffentlichungen hat bereits technische Richtlinien entworfen, und alle Büros, die Inhalte liefern, werden angehalten, diesen Richtlinien so weit wie möglich zu folgen.

277. Das Internet-Portal "Nachrichtenzentrum der Vereinten Nationen" ist jetzt in allen Amtssprachen verfügbar und verzeichnet ständig steigende Besucherzahlen. Die von Mitarbeitern der Sektion Pressedienst dort eingestellten Artikel erscheinen immer häufiger auf den Internetseiten verschiedener Büros und Organisationen der Vereinten Nationen, aber auch bei großen Medienagenturen, nichtstaatlichen Organisationen und anderen externen Stellen. Der E-Mail-Nachrichtendienst des Zentrums in englischer und französischer Sprache hat bereits mehr als 25.000 Abonnenten in über 100 Ländern. Dieser Dienst sollte bis Ende 2004 in allen Amtssprachen verfügbar sein.

278. Was nun unsere traditionellere Öffentlichkeitsarbeit betrifft, so ist mit Genugtuung festzustellen, dass die Teilnehmerzahlen an den Besucherführungen am Amtssitz der Vereinten Nationen, die nach den Ereignissen des 11. September 2001 stark zurückgegangen waren, im Berichtszeitraum wieder angestiegen sind.

279. Radio Vereinte Nationen liefert weiter tägliche und wöchentliche Nachrichtensendungen und Reportagen in den sechs Amtssprachen sowie auf Portugiesisch und Kiswahili an Hunderte von Rundfunksendern überall auf der Welt. Wöchentliche Programme in sieben weiteren Nicht-Amtssprachen werden ebenfalls ausgestrahlt. Alle diese Programme erreichen konservativen Schätzungen zufolge etwa 200 Millionen Hörer. Der Radiodienst erweitert sein Angebot durch ein neues Programm über Afrika und durch die Entwicklung eines Hörspielprogramms für Kinder.

280. TV Vereinte Nationen schätzt, dass etwa zwei Milliarden Menschen seine Programme sehen; darunter sind Hunderte Stunden von Übertragungen der Sitzungen der Generalversammlung, des Sicherheitsrats und sonstiger Veranstaltungen und Konferenzen, die täglich bei Sendeanstalten überall auf der Welt eingespeist werden. Über ein immer umfangreicheres Netzwerk von Partnerschaften mit großen Sendeanstalten hat TV Vereinte Nationen mit seinen Eigenproduktionen "World Chronicle" (Weltchronik; eine wöchentliche Talk-Show), "UN in Action" (eine Dokumentarreihe über die Tätigkeit des Systems der Vereinten Nationen) und dem Jahresrückblick "Year in Review" ein breiteres Publikum erreicht als je zuvor. Gleiches gilt auch für seine neuesten Produktionen "The United Nations: Working for Us All" (Die Vereinten Nationen: Im Dienst der Menschheit) und "The Security Council: Keeping the Peace" (Der Sicherheitsrat: Hüter des Friedens).

281. Im vergangenen Jahr war die Hauptabteilung Presse und Information auch Mitproduzent einer Reihe von Werbespots für öffentliche Institutionen im Zusammenhang mit der Begehung von dreizehn Internationalen Tagen. Diese gemeinsam mit einem externen Partner produzierten Werbespots wurden an 200 Fernsehanstalten in 70 Ländern verteilt und stießen auf positives Echo.

### **Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften**

282. Die erfolgreiche Partnerschaft zwischen dem Fonds der Vereinten Nationen für internationale Partnerschaften (UNFIP) und der Stiftung für die Vereinten Nationen (UNF) ging im März 2004 in ihr siebtes Jahr. Zwischen dem Beginn dieser Partnerschaft 1998 und Ende 2003 wurden insgesamt 563 Millionen Dollar zur Finanzierung von 292 Projekten mit Aktivitäten in 121 Ländern und unter Beteiligung von 35 Stellen der Vereinten Nationen

zugewiesen. Die Gesamtsumme aller Mittel von anderen Finanzierungspartnern, beispielsweise multilateralen und bilateralen Gebern, betrug 187,4 Millionen Dollar. Weltweit wurden Projekte in den folgenden vier Programmbereichen finanziert: Gesundheit von Kindern, Bevölkerung und Frauen, Umwelt sowie Frieden, Sicherheit und Menschenrechte.

283. Im Laufe der Zeit konzentrierte sich die Partnerschaft zwischen der UNF und dem UNFIP nicht mehr ausschließlich darauf, einzelne Projekte zu programmieren und zu finanzieren, sondern auch darauf, über die Hintergründe dieser Projekte und über die Arbeit der Vereinten Nationen an sich zu berichten. Durch ihre Fähigkeit, bei potenziellen Partnern und in der Öffentlichkeit größeres Verständnis für die Vereinten Nationen zu wecken, spielt die Stiftung eine einzigartige Rolle als Fürsprecherin der Organisation. Gleichzeitig können die außerplanmäßigen Beiträge der Stiftung auf ganz andere Weise eingesetzt werden, als dies für die Basisressourcen möglich wäre, und Innovationen und kreative Lösungen erschließen, welche den Vereinten Nationen alleine vorenthalten blieben. Durch die von der UNF bereitgestellte 50-prozentige Mitfinanzierung konnten neue Partner gewonnen werden, die auf einer Vielzahl von VN-Tätigkeitsgebieten kooperieren, darunter der Schutz der biologischen Vielfalt, die Erhaltung von Stätten des Welterbes und die Bekämpfung von Krankheiten.

284. Aufbauend auf einer Reihe innovativer Initiativen richteten die UNF, die Koalition für umweltverantwortliche Wirtschaft, das UNEP und der UNFIP im November 2003 das Gipfeltreffen institutioneller Investoren über Klimarisiken aus. Auf dem Gipfel trafen 200 Manager von Pensionsfonds, Finanzminister aus US-Bundesstaaten, Regierungsbeamte, Unternehmensleiter, Vertreter nichtstaatlicher Organisationen und hochrangige Bedienstete der Vereinten Nationen zusammen, um die Zusammenhänge zwischen Klimarisiken und verantwortungsvoller Vermögensverwaltung zu erkunden. Am Ende des Gipfeltreffens stand die Unterzeichnung eines 10-Punkte-Aktionsaufrufs durch Schlüsselteilnehmer, die für Vermögenswerte in Höhe von mehr als 1 Billion Dollar verantwortlich sind.

285. In Anbetracht der erfolgreichen Partnerschaft zwischen der UNF und dem UNFIP fungiert der UNFIP nunmehr als Clearingstelle für Informationen über Partnerschaften und als Vermittler für Finanzierungsmöglichkeiten für die Vereinten Nationen. Er vermittelt in zunehmendem Maße ein umfassendes Angebot an Dienstleistungen für den Aufbau zentraler Netzwerke, Allianzen und Partnerschaften. Ein jüngeres Beispiel dafür ist die Partnerschaft der Citigroup Private Bank mit dem UNDP. Im Zuge dieser Zusammenarbeit reiste ein Dutzend Kunden der Bank im April 2004 nach Mosambik und Südafrika, um Wege zur Unterstützung der dort von ihnen besuchten Projekte der Vereinten Nationen zu erkunden.

286. Der UNFIP berät häufig den Privatsektor und Stiftungen zu den Politiken und Verfahren der Vereinten Nationen und gibt Anregungen, wie VN-externe Stellen die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele auf strategische Weise unterstützen können. Im Jahr 2003 war der UNFIP maßgeblich dafür verantwortlich, das Europäische Stiftungszentrum, eine Dachorganisation von mehr als 500 Stiftungen, dazu zu veranlassen, die Ziele zu ihrem Aktionsrahmen zu machen, mit dem Schwerpunkt auf der Unterstützung des Kampfes gegen HIV/Aids. Neue Partnerschaften wurden mit einer Reihe von Institutionen, Stiftungen und Unternehmen eingegangen, darunter mit der Citigroup Private Bank und der Citigroup Foundation, dem Committee to Encourage Corporate Philanthropy (Ausschuss zur Förderung unternehmerischer Philanthropie), dem Council on Foundations (Rat der Stiftungen), dem Education Development Center (Zentrum für Erziehung und Entwicklung), Europe in the World (Europa in der Welt), Hewlett Packard, der Hilton Foundation, Microsoft, dem Network of European Foundations for Innovative Cooperation (Netzwerk

europäischer Stiftungen für innovative Zusammenarbeit), PricewaterhouseCoopers, der US-Handelskammer und Vodafone.

287. Im Jahr 2004 übernahm der UNFIP die Verantwortung für die Unterstützung meines Sonderberaters für Sport im Dienst von Entwicklung und Frieden, insbesondere bei seinen Aktivitäten zur Förderung von Feldprojekten, bei denen der Sport als Mittel zur Förderung der Entwicklung eingesetzt wird.

### **Projektdienste**

288. Im Rahmen einer 2003 eingeleiteten, mehrjährigen Initiative ist das Büro der Vereinten Nationen für Projektdienste (UNOPS) bemüht, seine Finanzlage und seine Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern sowie sein Personal, seine Abläufe und seine Technologien im Hinblick auf den Erwerb neuer Aufträge und die kostenwirksame und effiziente Deckung des Bedarfs seiner Klienten und des Marktes zu straffen. Um die Voraussetzungen für die langfristige Bestandfähigkeit des UNOPS zu schaffen, muss seine Leitung in den Jahren 2004 und 2005 einige strategische Investitionen tätigen. Das Ziel ist es, das UNOPS zu einer klientenorientierten Organisation umzugestalten, die wirksam zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele und zur breiteren Friedens- und Entwicklungsagenda der Vereinten Nationen beiträgt.

289. Bei seinem Programmvollzug 2003 hielt das UNOPS weiter an seinem Grundsatz der Eigenfinanzierung fest. 2003 wurden Projekte im Gesamtwert von 490,6 Millionen Dollar durchgeführt; den Einnahmen in Höhe von 66,2 Millionen Dollar stehen Ausgaben von 47,8 Millionen Dollar gegenüber. Das UNDP ist nach wie vor der Hauptklient des UNOPS, das auf Grund seines anerkannten Sachverstands bei der Darlehensüberwachung und -auszahlung außerdem ein geschätzter Partner des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung und anderer Kreditinstitutionen war.

### **Zivilgesellschaft und Unternehmenspartnerschaften**

290. Nach einem Jahr eingehender Konsultationen auf Landes- und Regionalebene sowie auf globaler Ebene legte meine Gruppe namhafter Persönlichkeiten für die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft ihren Bericht "We the peoples: civil society, the United Nations and global governance" (Wir, die Völker: Zivilgesellschaft, Vereinte Nationen und Weltordnungspolitik) (A/58/817) vor. Die Gruppe stützte ihre Vorschläge auf die folgenden vier Hauptgrundsätze: Um dem sich wandelnden Charakter des Multilateralismus Rechnung zu tragen, müssen die Vereinten Nationen sich stärker nach außen orientieren, sie müssen eine Vielzahl von Interessenträgern einbeziehen und neue Partnerschaften zur Auseinandersetzung mit globalen Herausforderungen eingehen, sie müssen die globalen Ziele mit der lokalen Realität verbinden, und sie müssen eine klarer definierte Rolle bei der Stärkung der Weltordnungspolitik übernehmen, indem sie die partizipatorische Demokratie und eine größere Rechenschaftspflicht der Institutionen gegenüber der Weltöffentlichkeit in den Vordergrund stellen. Aufbauend auf diesen Grundsätzen legte die Gruppe insgesamt dreißig Vorschläge auf folgenden Gebieten vor: die Rolle der Vereinten Nationen als einberufende Instanz zur Förderung von Prozessen unter Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern, höhere Investitionen in Partnerschaften, Konzentration auf die Landesebene, Stärkung des Dialogs zwischen dem Sicherheitsrat und der Zivilgesellschaft, Kontakte zu gewählten Vertretern/Parlamentariern, die Straffung und Entpolitisierung der Akkreditierung zivilgesellschaftlicher Organisationen und des

Zugangs zu den Vereinten Nationen, die Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Ressourcen und die Wahrnehmung einer globalen Führungsrolle beim Ausbau der Beziehungen zur Zivilgesellschaft.

291. Der Bericht der Gruppe bildet einen wertvollen Beitrag zu dem Reformprozess der Vereinten Nationen. Ich freue mich insbesondere darüber, dass die Gruppe einige konkrete Vorschläge dazu abgegeben hat, wie die Partizipation zivilgesellschaftlicher Vertreter aus Entwicklungsländern verbessert, Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft auf humanitärem Gebiet und auf dem Gebiet der Entwicklung gestärkt und die vermehrte Einbeziehung von Parlamentariern in die Tätigkeit der Vereinten Nationen gefördert werden könnte. Nach Auffassung der Gruppe würde die Organisation an Effizienz und Bedeutung gewinnen, wenn wir die Mitarbeit und die Partizipation der Zivilgesellschaft erhöhen könnten. Ich beabsichtige, der Generalversammlung auf ihrer neunundfünfzigsten Tagung weitere Stellungnahmen und Vorschläge zu praktischen Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der Gruppe vorzulegen.

292. Im vergangenen Jahr war ein rasches Wachstum des Globalen Paktes zu verzeichnen, der Initiative für unternehmerische Verantwortung, die ich im Juli 2000 eingeleitet habe, um allgemein gültigen Grundsätzen auf den Gebieten Menschenrechte, Arbeitsbedingungen und Umwelt Geltung zu verschaffen. Eine von der internationalen Beratungsfirma McKinsey & Company durchgeführte Wirkungsbewertung kam zu dem Ergebnis, dass der Globale Pakt, an dem mehr als 1.500 Unternehmen aus 70 Ländern beteiligt sind, heute die weltweit größte Initiative für unternehmerische Verantwortung darstellt. Darüber hinaus ergab die Bewertung, dass der Globale Pakt insgesamt eine positive Wirkung hat, da er die Unternehmen dazu anregt, neue beziehungsweise verbesserte Grundsatzmaßnahmen zu sozialen und ökologischen Fragen zu ergreifen, und gleichzeitig als Katalysator für Partnerschaften zwischen Unternehmen, Arbeitnehmergruppen, Organisationen der Zivilgesellschaft und anderen Interessenträgern dient.

293. Ein wichtiger Meilenstein war der Gipfel für Führungspersonlichkeiten des Globalen Paktes, den ich am 24. Juni 2004 am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York veranstaltete. Mit beinahe 500 Teilnehmern war er die größte Zusammenkunft von Unternehmensführern, Regierungsbeamten und Führungspersonlichkeiten aus dem Arbeitnehmerbereich und von Organisationen der Zivilgesellschaft, die jemals zum Thema der globalen unternehmerischen Verantwortung durchgeführt wurde. Eines der bemerkenswertesten Ergebnisse des Gipfels bestand in der Verabschiedung des zehnten Grundsatzes des Globalen Paktes, der die Korruptionsbekämpfung betrifft. Damit trat der Pakt in den weltweiten Kampf gegen die Korruption ein, eine Geißel, deren Hauptopfer die Armen der Welt sind. Weitere wichtige Ergebnisse waren insbesondere a) die Zusage 20 großer Finanzunternehmen, mit der Aufnahme sozialer, ökologischer und ordnungspolitischer Fragen in die Investitionsanalyse und die Entscheidungsfindung zu beginnen, b) die Ankündigung verschiedener Wertpapierbörsen, die Zusammenarbeit mit dem Globalen Pakt in Erwägung zu ziehen, wobei sich viele bereit erklärten, mit den bei ihnen notierten Unternehmen aktiv Informationen über den Pakt und über unternehmerische Verantwortung auszutauschen, und c) eine Ankündigung seitens der Hauptabteilung Management der Vereinten Nationen, die Grundsätze des Globalen Paktes in wichtigen Verwaltungsbereichen der Organisation einzuführen, darunter im Beschaffungswesen, in der Anlageverwaltung, dem Gebäudemanagement und dem Personalwesen.

294. Auf dem Gipfel wurde außerdem die Forderung laut, die Ergebnisverantwortung und die Integrität der Initiative zu verbessern. Die Leiter mehrerer Organisationen der Zivilgesellschaft äußerten sich sehr besorgt über die Glaubwürdigkeit des Globalen Paktes und



drangen darauf, dass im Rahmen der Initiative weiter sondiert wird, wie sichergestellt werden kann, dass die Selbstverpflichtung der Unternehmen auf die Grundsätze des Globalen Paktes in konkrete und transparente Maßnahmen umgesetzt wird. Es ist in der Tat entscheidend, dass der Ruf der Vereinten Nationen nicht durch mangelnde Qualitätssicherung gefährdet oder geschädigt wird. Daher kündigte ich auf dem Gipfel an, dass das Büro für den Globalen Pakt damit beginnen wird, die Gesamtverwaltung der Initiative im Hinblick auf solche Sicherungsmaßnahmen zu verbessern. Auch die über 40 Landesnetzwerke des Globalen Paktes haben sich als vielversprechend erwiesen. Als zukunftsorientierte Maßnahme wird sich das Büro für den Globalen Pakt darauf konzentrieren, diese lokalen Netze wirklich dynamisch und bestandfähig zu machen. Sie werden für unser Streben nach der Verwirklichung der Vision des Globalen Paktes, nämlich einer nachhaltigeren und integrativeren Weltwirtschaft, von größter Bedeutung sein.

---

## Kapitel VIII

### Fazit

295. Wie dieser Bericht zeigt, haben die Vereinten Nationen im Einklang mit den Grundsätzen und Zielen ihrer Charta auch in diesen schwierigen Zeiten weiter eine breite Vielfalt von Tätigkeiten wahrgenommen. In diesen Tätigkeiten spiegeln sich alle großen internationalen Probleme und Anliegen, und sie sind Teil des Kampfes für eine Welt, in der größere Gerechtigkeit herrscht. Trotz der geradezu überwältigenden Herausforderungen und Hindernisse tragen die Bemühungen der Organisation zum Aufbau einer besseren Zukunft bei.

296. Die Verfasser der Charta ließen sich von dem zentralen Gedanken leiten, dass der Weltfriede nur dann von Dauer sein kann, wenn er auf dem Fundament der Interdependenz aufbaut. Dem zugrunde lag die Überzeugung, dass die Herrschaft des Rechts und der Multilateralismus die einzige rationale Grundlage sind, auf der ein zivilisierter Diskurs zwischen den Nationen stattfinden kann. Das Konzept der gemeinsam getragenen Verantwortung bildet den Kern der im September 2000 verabschiedeten Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen. Seit dem Millenniums-Gipfel und erst recht seit der Verabschiedung der Charta hat sich vieles geändert, doch Interdependenz und geteilte Verantwortung sind nach wie vor Werte von grundlegender Bedeutung.

297. Im nächsten Jahr werden wir das sechzigjährige Bestehen der Vereinten Nationen feiern. Dies wird uns Gelegenheit bieten, neue Denkansätze für die Probleme unserer Welt sowie dafür zu finden, wie die Vereinten Nationen diesen Problemen begegnen können. Ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten, das Sekretariat und andere Stellen des Systems der Vereinten Nationen, die Zivilgesellschaft und privatwirtschaftliche Organisationen sowie einzelne Menschen überall auf der Welt gemeinsam dafür sorgen werden, dass dieses Jubiläum der Vereinten Nationen und all dessen, wofür sie stehen, würdig ist.